

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren-Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Dienstag, den 19. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

Die historische „Berechtigung“ der geistlichen Schulaufsicht.

Für den konservativen Durchschnittsmenschen ist etwas „berechtigt“ lediglich dadurch, daß es existiert. Für den gewöhnlichen Fortschrittmann hat jede Neuerung recht, eben dadurch, daß sie — neu ist. Beiden fehlt es an einem Maßstabe zur Beurteilung dessen, was im letzten Grunde eigentlich Recht ist.

Als im Jahre 1907 das damals noch sozialistenreine preussische Abgeordnetenhaus über das Schulgesetz und im Zusammenhange damit auch über die Frage der geistlichen Schulaufsicht beriet, erklärte ein solcher konservativer Durchschnittsmann, er wolle die geistliche Schulaufsicht, die etwas geschichtlich Gewordenes und darum Berechtigtes sei, nicht abgeschafft wissen. Selbst wenn das so wäre, d. h. wenn mit der Eincichtung von Schulen von Anfang an und immer die geistliche Schulaufsicht im heutigen Sinne verbunden gewesen wäre, könnte dem Manne un schwer klar gemacht werden, daß es nichts „Berechtigteres“ gäbe, als die sofortige Abschaffung dieses Hemmnisses an der Entwicklung unseres Schulwesens. Aber hinter der Vernunft auf das „historische“ Recht verbergt sich sehr oft nichts weiter als krasseste Rückwärtspolitik. Und die Vergangenheit, auf die man sich beruft, ist oft viel besser gewesen, als reaktionäre Geschichtsklitterung sie machen will. Das Bild von der Schule, die eigentlich zur Kirche gehört, weil sie von Anfang an nichts als Teil der Kirche war und sich erst allmählich von der Kirche als ihrer Mutter losgelöst hat, dieses Bild ist uns durch jahrelange Unterweisung ganz geläufig geworden und scheint auf den ersten Blick auch zu stimmen. In Wirklichkeit ist unsere Volksschule ein selbständiges Gewächs, das sich unabhängig von der Kirche, ja gegen sie entwickelt hat. Und wie mit der Volksschule im allgemeinen, so steht es bei näherer Betrachtung auch mit der Schulaufsicht. Wenn es so etwas wie historisches Recht wirklich gäbe, dann hätte die Volksschule kein besser gegründetes Recht als dasjenige auf Befreiung von der geistlichen Schulaufsicht. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts ist wie in vieler, so auch in dieser Beziehung eine Geschichte der Reaktion.

Daß die Volksschule kein Ableger der lateinischen Gelehrtenschule, sondern ein mit der Auflösung der bürgerlichen Geldwirtschaft von der mittelalterlichen Naturalwirtschaft notwendig entstandener selbständiger Organismus ist, sehen wir als bekannt voraus. Die Stadtschule, für die Kinder der Begüterten bestimmt, war gegründet von der Bürgerschaft, aus den Bedürfnissen des bürgerlichen Lebens heraus. Von Anfang an war ihr ein scharfer Gegensatz gegen die Geistlichkeit mitgegeben. Denn von Anfang an verlangten einige Domherren das Aufsichtsrecht über die Stadtschulen, nicht nur um klerikalen Tendenzen willen, sondern hauptsächlich auch, um das reichliche Schulgeld, das in diesen Stadtschulen bezahlt wurde, zu erhalten. Erst nach und nach wurden diese Stadtschulen rein städtisch verwaltet. Die Aufsicht übertrag der Rat oder der Magistrat der Städte entweder Ratmitgliedern oder auch Geistlichen. Neben diesen Stadtschulen gab es Schulen für die Kinder der Handwerker und Kleinbürger. Ihr Arbeitsplan umfaßte meist nur Schreiben, Lesen, Rechnen und etwas Deutsch. Diese sogenannten Schreischulen sind die eigentlichen Vorgänger der modernen Volksschulen. Während für Universitäten, Gelehrtenschulen und Stadtschulen sehr viel getan wurde, fristeten die Schreischulen von Anfang an ein kümmerliches Dasein. Sie waren der geistlichen Aufsicht am meisten entzogen. Aber trotzdem war ihr geistiges Niveau erschreckend niedrig: die Lehrer waren zumeist Handwerker, wie Schneider, Schuhmacher, Leineweber usw.

Die Bedeutung der sogenannten Reformation für die Entwicklung der Volksschule und der geistlichen Schulaufsicht ist zweischneidig. Einmal kann nicht geleugnet werden, daß Luther in seinem „Sermon, daß man solle die Kinder zur Schule halten“ die Wichtigkeit der Schule für das Gesamtleben des Volkes klarer und weitblickender erkannt hatte. Wir denken da besonders an die Stelle, in der er die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht in Parallele stellt. Andererseits befestigte gerade er die Grundlagen der kirchlichen Weltanschauung nur um so mehr. Es ist tatsächlich so, daß für Luther die gesamte Volksbildung nichts weiter als Mittel zum Zweck war: Um der Kirche willen hat Luther der Gründung von Volksschulen das Wort geredet.

Unter diesem Gesichtspunkte nimmt es nicht wunder, daß nach der Reformation die Abhängigkeit der Schulen von der Kirche für eine Zeitlang viel drückender wurde als vorher. Was früher fast selbstverständlich und darum ohne besondere Betonung vor sich ging, das wurde jetzt zu einem Ausdruck planmäßiger Schulpolitik. So heißt es z. B. in der „Instruktion für die Lokalvisitation der lutherischen Schulen“, die

Friedrich Wilhelm I. am 5. März 1715 ausgehen ließ, daß bei den königlichen Visitationen „die Patrone, Pastoren und Gemeinden wegen der Schulmeister befragt werden sollen, ob diese zu ihrem Amte tüchtig, in der Unterweisung der Jugend fleißig und in ihrem Leben und Wandel unsträflich seien. Der Visitator solle besonders den Pfarrer anweisen, die Schule fleißig und wenigstens einmal zu besuchen und auf des Schulmeisters Führung und Fleiß ein wachsam Auge zu haben.“ Hierbei ist freilich zu bedenken, daß die Lehrer immer noch nicht sachlich ausgebildet, sondern, wie oben erwähnt, im Hauptberuf Handwerker waren. Sie wurden ausgebildet durch „geschickte Schulfollegen oder fromme Studiosen“. (Was es mit den frommen Studiosen jener Zeit auf sich hat, ist freilich zur Genüge bekannt.) Im Jahre 1739 wurde z. B. der Unterricht in der Berliner Dreifaltigkeitskirche erteilt von einem unermögenden betagten Einwohner, einer ebensolchen Frau und einem Unteroffizier vom Garnisonregiment. Und auch das vielgelobte Generallandschulreglement, das Friedrich II. 1763 veröffentlichte, rechnete damit, daß bei der Besetzung von Schulstellen Invaliden zu berücksichtigen seien, die lesen, rechnen und schreiben können.

In einer Hinsicht aber ist dieses Reglement und seine Wirkung auf die Geistlichen interessant. Das Ziel, das der König seiner schulreformatorischen Tätigkeit gesteckt hatte, war dies: „Es soll der höchst schädlichen und dem Christentum unanständigen Unwissenheit vorgebeugt und abgeholfen werden, um auf die folgende Zeit in den Schulen geschicktere und bessere Untertanen bilden und erziehen zu können.“ Hier wird also — man mag dies Ziel im speziellen tadeln wie man will — ausdrücklich betont, daß die Schule durch die Steigerung der Volksbildung in erster Linie den Interessen des Staates, nicht der Kirche dienen soll. Die lutherisch-reformatorische Ansicht ist also prinzipiell aufgegeben. Wie reagierte die Kirche hierauf? Die Geistlichen zeigten plötzlich so wenig Neigung zur Mitwirkung an der ihnen gestellten Aufgabe, daß ihnen mit hohen Strafen und sogar Amtsentsetzung gedroht werden mußte. Nichts ist für das wahre Interesse der Kirche an der Schule charakteristischer als dieser Frontwechsel.

Die Gründung von Seminaren mit rein sachlicher Ausbildung, die in eben diesen Zeiten begann, ließ die antiklerikalen Tendenzen, die freilich während der ganzen lutherischen Periode nie ganz geschlummert hatten, von neuem mächtig emporkommen. Tatsächlich waren die Geistlichen nichts als Beauftragte des Staates. Und indem für die Visitatoren in methodischer Hinsicht verbindliche Vorschriften erlassen wurden, bekam die Tätigkeit der Geistlichen selber eine angemessene Schranke.

Welches waren die Gründe für die Verbindung von Kirche und Volksschule bis dahin gewesen? Entstanden war die Volksschule unabhängig von der Kirche. Erst die ungeliebte enge Verbindung von Staat und Kirche, die mit der Reformation aufkam, hat diese Verbindung recht eigentlich geschaffen. Wie lose aber dieser Zusammenhang eigentlich war, zeigt das Beispiel Friedrichs II., unter dem sich die Tätigkeit der Kirche rein auf eine gesetzlich umrissene sachliche Kontrolle beschränkte. Diese aber muß vom Standpunkt der ganzen damaligen Lage beurteilt werden: schließlich war es doch besser, ein Pfarrer kontrollierte die Unteroffiziere als gar niemand.

Das wurde aber total anders, indem von Jahr zu Jahr die Zahl der für Fachausbildung von Lehrern bestimmten Seminare stieg und so ein Stand heranwuchs, der nicht nur vor den ehemaligen Unteroffizieren, sondern auch vor den Geistlichen selber den Vorzug wirklicher Sachkenntnis hatte. Die Periode, in der dies geschah, ist die unter Friedrich Wilhelm III., der freilich selber sehr wenig an dieser Entwicklung Schuld hat. Will man einen Namen nennen, so ist es Pestalozzi, der durch seinen gewaltigen Einfluß erreicht hat, daß die Machtphäre der Kirche auf eine Zeitlang ziemlich eingeschränkt wurde. Wenn man von einer Blüte der Volksschule in Preußen überhaupt reden kann, so ist es in dieser Zeit gewesen, wo eine große Anzahl der tüchtigsten Volksschulpädagogen, die bei Pestalozzi persönlich ausgebildet waren, an der Spitze des preussischen Volksschulwesens standen. Es war die Zeit des Freiherrn vom Stein. In 13 Jahren wurden 14 selbständige Seminare gegründet. Eine eigene Wissenschaft der Pädagogik kam auf. Und auch nach außen zeigte sich die Veränderung: Die prinzipielle Abhängigkeit der Schule vom Staate und nicht von der Kirche wurde weiter befestigt, 1808 ward die Leitung und Beaufsichtigung des niederen Volksschulwesens den königlichen Regierungen übertragen, 1811 wurden die städtischen Schuldeputationen, 1812 auf dem Lande die Schulvorstände eingerichtet. 1817 wurde das Schulwesen, das bisher dem Ministerium des Innern unterstand, einem eigenen Ministerium unterstellt. Freilich wurden noch immer viele Geistliche, besonders auf dem Lande, als Schulinspektoren benutzt. Aber darüber ist kein Zweifel: der fabelhafte Aufschwung, den das Volksschulwesen in der damaligen Zeit genommen und der den französischen Unterrichtsminister Cousin zu dem Ausspruch hinriß: Preußen ist das klassische Land der Schulen, dieser Aufschwung ist gegen die Kirche und trotz der Kirche zustande gekommen. Er ist vor allen Dingen jenen Pestalozzischülern zu danken, die in dieser kurzen, aber glänzenden Zeit in leitende Stellen

des Volksschulwesens gelangten. Die „historische Berechtigung“ der geistlichen Schulaufsicht wird durch die Geschichte der Volksschule in Preußen bündig widerlegt.

War das Volksschulwesen in dieser Zeit einem üppigen Saatfeld zu vergleichen, so war die Reaktion unter Friedrich Wilhelm IV. wie ein Frostreif, der über Nacht Blüten und Reime befahl. Die Reaktion arbeitete mit den auch jetzt noch bekannten und beliebten Mitteln: Man sagte, daß die vorgeschrittene Volksschule „verbildete Halbwisser“ erzeuge, die ihr „halbes und verkehrtes Wissen“ dann „nach eigenem Gutun“ gestalten könnten. Auch geriet das Volk durch eine solche Schule auf eine „schiefe Richtung“. Das erste Opfer dieser Reaktion war der tüchtige Schulmann Diesterweg, der seiner freien religiösen Richtung wegen aus dem Amte entlassen wurde; die Namen Eichhorn und Stiehl sind mit dieser Reaktion auf ewig schmählich verknüpft.

Den offiziellen Ausdruck der neuen Reaktion findet man jedoch erst in dem berüchtigten § 24 der preussischen Verfassungsurkunde vom Jahre 1850. Dieser besagt, daß „den religiösen Unterricht in der Volksschule die betreffenden Religionsgesellschaften selber leiten“. Die Kirche mußte, daß es sich bei diesem Paragraphen um ihre fernere Herrschaft über die Schule handelte. Daher warfen sich die orthodox-konservativen Parteien mit ihrer ganzen Wucht auf die Durchsetzung dieses Paragraphen. Die Fortschrittspartei ist nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß nur dank ihrer Uneinigkeit und Unkenntnis dieser Paragraph Gesetz wurde. Dieser Paragraph aber ist ein Rückschritt gegen die Pestalozziperiode. Mit demselben „historischen Rechte“ wie die Knebelung kann auch die Freiheit unserer Volksschule verlangt werden.

Was seitdem geschah, ist noch in frischer Erinnerung. Das Schulaufsichtsgesetz von 1872 und das Schulunterhaltungsgesetz von 1907 ergänzen sich beide zu einer völligen Unterwerfung der Schule unter die Kirche. Eins aber ist interessant und muß noch hervorgehoben werden als ein Zeichen dafür, wie dieselben Herren, die mit der „historischen Berechtigung“ alles beweisen, gegebenenfalls, d. h. wenn diese Historie ihnen nicht in ihren Kram paßt, die ganze historische Berechtigung über den Haufen werfen. Das Schulaufsichtsgesetz von 1872 entstand im Kampfe mit der katholischen Kirche. Trotz allem geschickten Interpretieren wollte es nicht gelingen, diesen antiklerikalen Dorn aus dem Gesetz zu entfernen. Das Schulunterhaltungsgesetz von 1907 ist nun der Versuch, die Kirche mit den damals so stark betonten Staatsrücksichten auszuhebeln. Wie verhielten sich nun die Konservativen und Liberalen? Es ist ganz allgemein gewordene Weisheit, daß die Auslegung, mit der im Jahre 1907 sowohl der damalige Kultusminister wie auch die reaktionären Abgeordneten das Gesetz von 1872 bedachten, total unhistorisch und sophistisch ist. Das damalige Gesetz hatte, wie gesagt, eine antikerikale Tendenz. Lediglich aus Rücksichten auf die evangelische Kirche, die die Regierung damals im Kulturkampf brauchte, ist die Bestimmung aufrecht erhalten, daß die Regierung „Geistliche zuziehen könne, sofern dies in jedem einzelnen Falle dem Gedeihen der Schule und des Staates förderlich wäre“. Mit dieser Bestimmung aber wagten es die Männer der Regierung, folgenden Zustand zu verteidigen und historisch zu rechtfertigen: Im März 1907 waren von etwa 1238 Kreis- und Schulinspektoren etwa 963 Geistliche. Wenn irgend etwas historisch unberechtigt ist, das heißt unberechtigt im Sinne des Gesetzes, auf das man sich beruft, so ist es dieser Zustand, der sich übrigens bis heute in fast gar nichts gebessert hat.

Eine an festen Prinzipien orientierte Politik entnimmt ihre politischen Ziele und ihre Begründungen nicht irgendwelcher Historie. Die Politik kann die Berechtigung ihrer Ziele nur durch den Hinweis auf Machtverhältnisse begründen und rechtfertigen. So kann auch das Recht des Volkes auf eine Schule ohne geistliche Aufsicht nur gegründet werden auf die tatsächliche Macht eines aufgeklärten, dem geistlichen Gängelbände definitiv entwachsenen Volkes.

Herrenhaus und Wahlreform.

Wenn die Wahlrechtshasser des Dreiklassenparlaments ihre Hoffnung auf das Herrenhaus gesetzt hatten, so haben sie das nicht ohne Grund getan. Denn wie sich jetzt herausstellt, will das Kabinettsministerium zwar der sogenannten Wahlreform des Schnapsblocks nichts Wesentliches in den Weg legen, wohl aber dafür sorgen, daß die Dreiklassenämacher derartig munifiziert wird, daß die Ersetzung dieses Petrefakts durch ein modernes Wahlrecht für abschließbare Zeit so gut wie ausgeschlossen scheint. Die Kommission des Herrenhauses hat nämlich den Artikel I des Gesetzes eine Bestimmung hinzugefügt, wonach jede Änderung des Wahlgesetzes künftig einer Zweidrittelmehrheit der beiden Häuser des Landtages bedürfen soll. Jetzt bedarf es bekanntlich nur der einfachen Majorität und zweier Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß.

Die Absichten der edlen und erlauchten Herren sind nur zu klar. Sie haben begriffen, daß mit dem Wechselbalg des Schnapsblocks selbst dann die Wahlreform nicht zum Abschluß gebracht sein wird, wenn es durch einige weitere reaktionäre Verschönerungen gelingen sollte, auch die Nationalliberalen für die Spottgeburt zu gewinnen. Sie wissen, daß die Dreiklassenämacher nicht lange mehr zu konservieren ist, und versuchen deshalb jeder späteren Verfassungsänderung

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle ober deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

*) Ueber die geistliche Schulaufsicht ist im Volkserzieherverlag ein Spezialbüchlein von Wilhelm Paul erschienen. In seinem theoretischen Teile etwas romantisch verschwommen, verdient es doch wegen seiner lebendigen Tendenz warme Anerkennung.

unübersteigbare formale Hemmnisse entgegenzutreten. Ein Versuch, der freilich reichlich so naiv wie unverfroren ist! Denn daß sich trotz eines Blattes Papier politische Notwendigkeiten durchzusetzen wissen, sollte die Geschichte selbst so allfrenklichen Herren klargemacht haben, wie sie in dieser reaktionären Kumpelkammer ihr spukhaftes Dasein führen!

Trotzdem halten wir es natürlich für ganz ausgeschlossen, daß dieser Beschluß der Herrenhauskommission im Abgeordnetenhaus die Zustimmung des Zentrums oder der Nationalliberalen finden könnte! Wir halten es vielmehr für selbstverständlich, daß jede Wahlrechtsvorlage, die mit einer solchen Bestimmung verknüpft werden sollte, für jede dieser beiden Parteien absolut undisutabel wäre. Erklärt doch übrigens auch die „Köln. Volksztg.“ wiederum mit aller Bestimmtheit, daß für das Zentrum das Gesetz bereits durch jede Forderung des bisherigen Verteilungsverfahrens unannehmbar werde.

Verschiedene Blätter rechnen denn auch bereits mit dem Fall des ganzen Gesetzes. Wir unsererseits können allerdings einwilen nicht glauben, daß das Herrenhaus es wirklich auf ein Scheitern der Wahlreform ankommen lassen könnte. Denn eine Vertagung der Wahlreform würde ja nur eine Verschlimmerung der Lage der Reaktion bedeuten!

Das Osborne-Urteil.

London, 14. April. (Fig. Ber.) Die erste parlamentarische Debatte über die Folgen des Osborne-Urteils wurde gestern, nachts, im Unterhaus vorgenommen. Der Arbeiterabgeordnete Taylor begründete im Namen der Fraktion folgende Resolution:

„Das Haus ist der Ansicht, daß das Recht der Trade-Unions, Vertreter in das Parlament, in die Municipalitäten und in andere Verwaltungskörperschaften zu schicken und finanzielle Versorgung für deren Wahlen und Erhaltung zu treffen, — ein Recht, das die Trade-Unions seit 40 Jahren genossen, aber ihnen durch das Urteil der Lords in Sachen Osborne gegen den Verband der Eisenbahner genommen wurde, wiederhergestellt werden muß.“

Taylor sagte, dieses Urteil beweise, daß die Verfolgungen, denen die Trade-Unions so lange ausgesetzt waren, noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Die Mehrheit der Trade-Unions erkläre in dem Urteile einen weiteren Beweis, daß Armut rechtlos macht. Sein Hauptargument bestand in folgendem: Das ganze öffentliche Leben Englands beruht auf Mehrheitsbeschlüssen, denen sich die Minderheit fügen muß. Der Anschluß der Trade-Unions an die Arbeiterpartei erfolgte auf den Beschluß der Mehrheit der Mitglieder; die Minderheit hat also kein Recht, sich von der Zahlung der Beiträge für politische Zwecke zu befreien. Weißt aber das Lordsurteil bestehen, so wird die Trade-Union-Welt den verantwortlichen Minderheiten ausgeliefert. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß die Trade-Unions seit 40 Jahren politisch tätig sind und die Kosten dieser Tätigkeit selbst tragen.

Unterstützt wurde die Resolution vom Arbeiterabgeordneten Garvey, der das Urteil für unetwäglich hielt.

Zu dieser Resolution lagen zwei negierende Zusatzanträge vor. Ein Zusatzantrag, den der liberale Abgeordnete Pringle-Lonnars für begründete, verlangte die Aufrechterhaltung des Urteils, aber die Kosten der Wahlen und die Diäten an die Abgeordneten sollten vom Staate getragen werden, um auf diese Weise den Arbeitern die parlamentarische Tätigkeit zu ermöglichen. Das Lordsurteil enthalte das richtige Prinzip der persönlichen Freiheit in allen politischen Fragen. Man könne einen liberalen oder konservativen Arbeiter nicht zwingen, einen Geldbeitrag für einen sozialistischen Kandidaten oder Abgeordneten zu leisten. Und die Arbeiterpartei sei sozialistisch.

Rechtlich sprach der liberale Abgeordnete Bivian, der den Zusatzantrag begründete, daß es den mit der Politik der Arbeiterpartei nicht übereinstimmenden Gewerkschaften gestattet sein soll, den politischen Beitrag zu verweigern. Im selben Sinne sprach der liberale Abgeordnete Sherwell. Sodann sprach der Unterhauptrichter Sir W. Robson und nahm vermittelnde Stellung ein. Er meinte, das Urteil der Lordsrichter gehe in manchen Punkten zu weit, indem es dem Begriffe Trade-Union einen rein wirtschaftlichen Charakter gebe. Um diesen Mängeln abzuhelfen, dürfe eine gesetzliche Maßnahme nötig sein. Was aber die Beiträge für die Arbeiterpartei betreffe, so sei zu bedenken, daß die Arbeiterpartei über den Rahmen des Trade-Unionismus hinausgehe und für den Sozialismus eintrete. Man könne aber nichtsozialistische Arbeiter nicht zwingen, ihren Heberzeugungen Gewalt anzutun und Geldbeiträge für den Sozialismus zu leisten. Der beste Ausweg sei die Hebernahme der Abgeordneten diäten durch den Staat.

Der letzte Redner war der Abgeordnete Shackleton, der in lebhaften Worten für die Resolution eintrat und die Ansichten des Lordspräsidenten (liberal) und des Rechtsanwalts Sir E. Clarke (konservativ) wiedergab, die zugunsten der Legalität der Zwangsbeiträge sind. Shackleton fragte die Liberalen, warum sie schwiegen, als eine Minderheit von konservativen Arbeitern jahrelang gestungen wurde, Geldbeiträge für liberale Arbeiterabgeordnete zu leisten! Erst jetzt kämen sie plötzlich zur Heberzeugung, daß eine politische Minderheit nicht gezwungen werden dürfe, sich der Mehrheit zu fügen, da diese Mehrheit sich von der liberalen Partei losgesagt habe und selbständige Politik treiben wolle. Die Arbeiterpartei bestreite auf der Resolution, denn das Lordsurteil liefere die Trade-Unions überantwortlichen Minderheiten aus.

Zu einer Abstimmung ist es nicht gekommen. Die Debatte hinterließ den Eindruck, daß die Arbeiterpartei einen schweren Kampf haben wird, ehe sie die Resolution durchsetzt. Es gibt indes 200 liberale Abgeordnete, die bereit sind, für die Resolution zu stimmen. Die Tren sind ebenfalls für die Resolution.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. April 1910.

Die Reichsversicherungsordnung im Reichstage.

Aus dem Reichstage, 18. April. Das große sozialpolitische Werk der Kodifizierung der Reichsversicherungsordnungen, das angeblich alle Kräfte vereinen, alle Interessengegenstände ausgleichen soll, ist heute im Reichstage zur Verhandlung gekommen. Drei Tage sind für die erste Lesung in Aussicht genommen. Aber kaum in dieser Zeit wird es möglich sein, die Vorlage mit all der Gründlichkeit zu besprechen, die eine solche wichtige Angelegenheit erforderlich macht. Denn bei aller Anerkennung für den guten Willen der Verfasser, ist ihre Absicht doch in keiner Weise erreicht. Es protestieren gegen den Entwurf die Kräfte, es protestieren dagegen vor allem auch die versicherungspflichtigen Arbeiter. So ist es erklärlich, daß auch seitens der Parteien im Reichstage die Redner dem Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung wenig Gegenliebe entgegenbrachten. Wesentlich wohlwollend sprachen sich eigentlich nur der Vertreter der Konservativen Herr Schilder und der nationalliberale Herr Horn-Neuß, beide teils aus bürokratischer Kollegialität, teils weil in ihren Parteien das Unternehmerinteresse, und zwar in der kon-

servativen Partei das der agrarischen, in der nationalliberalen Partei das der industriellen Unternehmer am ungetriebtesten zum Ausdruck kommt. Schnapsjunker wie Schlotjunker sind aber gleicherweise damit einverstanden, daß die antierende Bürokratie bei der Abfassung des Gesetzentwurfes im Sinne der „gottgevollten Abhängigkeit“ von den Unternehmern gestanden hat.

Die sonstigen Redner standen dem Entwurf in wesentlichen Punkten ablehnend gegenüber. Selbst Herr Spahn erklärte sich namens des Zentrums gegen die Halbierung der Krankentafelvorschriften zwischen Unternehmern und Arbeitern. Herr Rugdan, der für die Fortschrittliche Volkspartei sprach, gab der Unzufriedenheit der Kräfte Ausdruck. Er konnte es sich natürlich auch nicht verkneifen, mit der Sozialdemokratie anzubinden, indem er den alten rangig gewordenen Lodenhüter wieder austrante, die Sozialdemokratie habe die Annahme des Zolltarifs von 1902 verschuldet, weil sie durch ihre Zustimmung zu dem § 15 wegen der Witwen- und Waisenversicherung dem Zentrum es ermöglicht habe, mit diesem Paradestück die volksfeindliche Schutzzollerei zu beschönigen.

Dieses oft widerlegte freisinnige Agitationsmärchen zerpflückte Genosse Wollenbuhr, indem er aus der agrarischen Grundstimmung der Zentrumspartei den Beweis erbrachte, daß sie aus der Ablehnung ihres Antrages auf Angliederung der Hinterbliebenenversicherung an das Zollgesetz keinesfalls den Anlaß zur Ablehnung des ganzen Gesetzes genommen hätte. Vielmehr wäre mit Sicherheit zu erwarten gewesen, daß der Schutzolltarif doch zustande gekommen und dabei der Zentrumspartei der Vorwand gegeben wäre, sich als alleinige und wahrhaftige Vertreterin der Witwen- und Waisenversorgung auszuspielen. Im Anschluß an diese Ausführungen erläuterte Wollenbuhr dann noch, wie nämlich der Gedanke der Hinterbliebenenversicherung durch die Regierung herbeigeführt worden ist. Als Hauptgrund für die Ablehnung des vorliegenden Gesetzes in seiner gegenwärtigen Fassung durch die Sozialdemokratie führte Wollenbuhr dann die Organisationsänderung der Ortskrankenkassen an, durch die den Unternehmern in der Verwaltung eine gleiche Anzahl von Vertretern wie den Arbeitern gegeben und die Entscheidung in die Hand eines vorliegenden Bureaukraten gegeben werden soll. Mit einer solchen Entrechtung konnten die Arbeiter sich nie einverstanden erklären. Es sei ein vergebliches Bemühen, wenn man hoffe, sie durch die Verminderung ihrer Beiträge von zwei Dritteln auf die Hälfte fette zu machen.

Dann wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Der neue Herr im Kultusministerium.

In der am Montag im Abgeordnetenhaus fortgesetzten Generaldebatte zum Kultusetat hat endlich auch Herr Troitz zu Solz, der augenblicklich an der Spitze des Kultusministeriums steht, das Wort ergriffen. Ein Programm zu entwickeln, hielt er nicht für nötig. Wozu auch? Weis doch jedes Kind, daß ein preussischer Minister ein Programm nicht haben darf, sondern daß er sich nach den jeweils in gewissen Kreisen herrschenden Anschauungen richten muß, wenn anders ihm sein Amt lieb ist. Der neue Kultusminister erhebt sich, nach seinem Debüt zu urteilen, nicht über den Durchschnitt seiner Kollegen. Mit einer zur Schau getragenen Wichtigkeit trägt er die plattesten Selbstverständlichkeiten vor; nicht einem einzigen originellen Gedanken vermag er Ausdruck zu verleihen. Zwar suchte er den Anschein zu erwecken, als trete er den allzu dreisten Forderungen des Zentrums entgegen, aber im stillen Kämmerlein werden die frommen Zentrumsleute schon anerkennen, daß Herr Troitz ein Mann nach ihrem Herzen ist. Von einer Trennung des Unterrichtsministeriums vom Kultusministerium will er nichts wissen, den Religionsunterricht will er unter allen Umständen der Schule erhalten sehen, auf das Zusammenarbeiten des Unterrichtsministers mit der Kirche legt er das größte Gewicht, dem Gewissenszwang, der gegen Kinder von Dissidenten ausgeübt wird, erweist er seinen Segen. Das Zentrum kann sich beruhigen, solange Herr Troitz zu Solz Kultusminister ist, wird sein Weizen blühen. Darüber, daß der Minister in bezug auf die polnische Frage von den Ansichten des Zentrums abweicht und genau so wie sein Vorgänger in Galatians macht, werden sich die frommen Herren ja nicht allzu sehr grämen, mit ihrem Widerstand gegen die unheilvolle Polenpolitik der preussischen Regierung ist es ihnen ja sowieso niemals so recht ernst gewesen.

Von Mitgliedern des Hauses kamen nur zu Worte der Abg. Cassel (Fortfchr. Vp.), der für die Simultonschulen eintrat und sich im Gegensatz zu dem nationalliberalen Redner vom Sonnabend mit großer Verbe für die Weibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen aussprach, der Abg. Stychel (Pole), der ein anschauliches Bild über die Drangsalierung der polnischen Staatsbürger gab, und endlich Genosse Adolf Hoffmann, der die erste Gelegenheit seines Auftretens nach seiner Keimwohl zu einer gründlichen Abrechnung mit den Dunkelmännern und Finsterlingen benutzte, die im preussischen Landtage die Macht haben. In groß angelegter Rede gab Hoffmann ein übersichtliches Bild des sogenannten Kulturstaates Preußen. Seine Gegenüberstellung der staatlichen Ausgaben für die Weisheit mit denen für die Schule, seine Schilderung der ungläublichen Schulzustände, namentlich im Osten, seine Darstellung der überhandnehmenden Verpöfung der Volksschule weckten die Aufmerksamkeit auf allen Seiten des Hauses, ja sogar die Vertreter der Regierung klappten gespannt seinen Ausführungen. Besonders interessant gestaltete sich die Abrechnung, die er mit dem Zentrum hielt. In richtiger Erkenntnis der Situation legte er dar, daß das Zentrum nur allzugern die Gefahr eines Kulturkampfes an die Wand malen möchte, um seine Anhänger, die infolge seines fortgesetzten Verrats von ihm abzufallen drohen, zusammenzuhalten. Ob wohl die Liberalen politische Einsicht genug besitzen, um der Warnung Hoffmanns zu folgen und dem Zentrum den billigen Vorwand, an dem ihm so viel gelegen ist, zu nehmen? Waren wir es ab!

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Der Hanfabund als Wahlmacher.

Der Hanfabund hält sich für so weit gerüstet, um in nächster Zeit die Wahlmache en gros betreiben zu können. In einer in Oldenburg abgehaltenen Versammlung dieser Vereinigung beschloß sich der Direktor des Bundes, Oberbürgermeister a. D. Knobloch mit der Meinung, der Hanfabund wolle bei der bevorstehenden Wahl in Hederländer-Hedem-Wollin eingreifen und Wahlmache treiben. Nach den „Gann. Tsg. Nachr.“ erklärte Herr Knobloch, der Hanfabund greife in lokale Wahlkämpfe nicht ein. Er verhandle nur mit den Führern der in ihm vertretenen Parteien und suche Einfluss auf die Wahlen zu gewinnen. Es werde aber hinstor keine Wahl erfolgen, bei der der Hanfabund nicht seine Hand im Spiele habe und seine Gegner aufs nachdrücklichste bekämpfe. In einer Hinsicht werde der Hanfabund rücksichtslos vorgehen, indem er sich

nämlich bei den Reichstagswahlen mit elementarer Gewalt auf die Gegner des Hanfabundes werfen wird, nicht mit Reden, sondern auf dem Entscheidungsfelde der Wahlschlacht.

Der letzte Satz ist etwas dunkel. Allen Anschein nach will der Hanfabund das Geld für die Wahlkosten liefern.

Sie schwindeln aus Prinzip!

Die „Germania“ macht erfolgreiche Anstrengungen, dem dümmsten Blatte, der „Freisinnigen Zeitung“, den Rang abzulaufen. — Der „Vorwärts“ hatte eine Nichtigstellung seines Berichts über die Diensttagstung des Abgeordnetenhauses getrachtet. Nach dem „Vorwärts“bericht sollte Genosse Liebknecht gesagt haben, der als Schriftführer fungierende Abgeordnete Fischer habe ihm erklärt, daß eine schriftliche Meldung unnötig sei, da er ihn auf Grund seiner mündlichen Meldung in die Rednerliste eintragen werde. Nach Ausweis des Stenogramms jedoch hatte Liebknecht nur von „dem Schriftführer“ schlechtthin gesprochen und damit den anderen Schriftführer Schülze-Bellum gemeint. Diese Berichtigung war für die Öffentlichkeit völlig gleichgültig; nur der Zentrumsabgeordnete Fischer selbst hatte daran ein Interesse, da ja gerade er in der Diensttagstung bemerkt hatte, daß eigentlich auch die mündliche Vormeldung geschäftsordnungsmäßig sei.

Und was folgert nun die „Germania“ aus diesem Bohalt-tatsakt des „Vorwärts“ einem Zentrumsabgeordneten gegenüber? Daß die Berichte des „Vorwärts“ mangelhaft seien und daß deshalb Genosse Ströbel um so weniger Veranlassung gehabt habe, sich am Freitag in der Geschäftsordnungsdebatte über die präsidiale Provokation auf den „Vorwärts“ als das durch seinen Bericht am besten informierende Blatt zu beziehen! Man weiß faktisch nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Unverfrorenheit oder die Dummheit der „Germania“!

Daß die Berichte des „Vorwärts“ so wenig wie die irgendeines anderen Blattes auf stenographische Treue Anspruch machen können, versteht sich ganz von selbst. Daß die Parlamentsberichte jedes Blattes jeden Tag kleinere oder größere Unrichtigkeiten enthalten und enthalten müssen, weiß jeder, der auch nur die blasseste Ahnung von journalistischen Dingen hat! Es konnte deshalb dem Genossen Ströbel auch nicht im Traume einfallen, den „Vorwärts“bericht im allgemeinen als absolut zuverlässig hinzustellen. Einzig und allein für den konkreten Fall der Darstellung des Zwischenfalles am Donnerstag behauptete Ströbel die Richtigkeit des „Vorwärts“berichts. Dabei erwähnte er auch sofort, weshalb die übrige Presse nicht genau informiert sein könne: weil die Journalisten die nur halbblauten Bemerkungen, die den Anlaß zur Entlassungskomödie des Schnapsbros gab, gar nicht gehört hatten! Der „Vorwärts“bericht dagegen war nach den Mitteilungen der beteiligten sozialdemokratischen Abgeordneten ergänzt worden.

Im Grunde handelte es sich also gar nicht um den „Vorwärts“-bericht, sondern um die Darstellung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Darstellung, die Ströbel in der Debatte eingehend wiederholte, ohne daß ihm auch nur von einem Ohrenzeugen die geringste Unrichtigkeit nachgewiesen werden konnte! Daß Herr Trutz, statt Ströbels Darstellung auch nur in einem Punkte zu verstärken, immer wieder von dem Bericht des „Vorwärts“ sprach, der doch sicher zugunsten der Sozialdemokratie gefärbt sei, war eine so unehrliche und abgeschmackte Verlegenheitsausrede, daß unsere Genossen dies einfältige Geschwnz zuletzt gar nicht mehr einer Entgegnung für wert hielten.

Und nun plappert die „Germania“ Herrn Trutz seinen jämmerlichen Unsinn nach! Nun heißt sie es — zweifellos wider besseres Wissen! — so dar, als habe Ströbel sich auf den „Vorwärts“ als eine Informationsquelle berufen, während doch der Mindeste kapieren mußte, daß gerade umgekehrt der „Vorwärts“ von den sozialdemokratischen Abgeordneten informiert worden war!

Es wäre naiv, von einem Zentrumsblatt Ehrlichkeit zu erwarten. Aber wenn für die „Germania“ das Schwindeln schon zum täglichen Handwerk gehört, sollte sie wenigstens nicht gar so dum und durchsichtig schwindeln!

Nationalliberale Würde.

Die „Kreuzzeitung“ ist über den Wahlausfall in Olesko-Dah sehr verschäupft und in ihrem Kerger plaudert sie eine allerliebste Petzelei der nationalliberalen Reichstagsfraktion aus, die aufs neue beweist, bis auf welches Niveau der Nationalliberalismus bereits herabgesunken ist. Das Junkerblatt berichtet:

Persönlich wollen sie nicht abdanken. Dafür bot ein Vorgang im Reichstage ein amüsantes Beispiel. Es handelte sich um die Wahl eines Schriftführers an Stelle des verstorbenen fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Hermes. Die Konservativen halten es für selbstverständlich, daß die fortschrittliche Volkspartei den Erfahrungsmann zu bestimmen hat. Die Nationalliberalen aber möchten gern bei dieser Gelegenheit wieder einen zweiten Schriftführer stellen und ersuchten die Konservativen, ihnen dazu zu verhelfen. Das naive Ansuchen erregte die Heiterkeit; man kann es aber vielleicht schon als tragische Verblendung auffassen. Nach den Vorgängen bei der Finanzreformagitation und bei der Wahl in Olesko-Dah noch zu verlangen, daß die Konservativen einem Nationalliberalen vor dem fortschrittlichen den Vorzug geben sollten, beweist ein aufschallendes Maß von Selbstüberschätzung.

Man kann es dem Zentrum kaum verdenken, wenn es über diese Spezies von Liberalismus lacht und wigelt.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Frankfurt a. M., 17. April.

Die hiesige Polizei hatte sich bei den zwei letzten Demonstrationen einigermaßen vernünftig verhalten. Am heutigen Sonntag schlug sie wieder einmal eine andere Taktik ein, sie jagte in einem ungeheuren Aufgebot durch die Straßen und verperrte den aus der Versammlung heimwärts ziehenden den Weg. Wenn es dabei zu keinen Zusammenstößen kam, so ist dies der Ruhe und Besonnenheit der Demonstranten zu verdanken. Im Circus Schumann am Bahnhof sprach um die Mittagstunde vor ungefähr 7-8000 Männern und Frauen die Genossin Rosa Luxemburg über den Wahlrechtskampf und seine Lehren unter stürmischem Beifall der Zuhörer. Mit Hochrufen auf das freie Wahlrecht, die sich draußen noch fortsetzten, verließen die Massen die Versammlung. Ein Demonstrationzug war nicht geplant, wie das auch in der Versammlung ausgesprochen wurde. Indessen bildete sich der Zug von selbst, da ja eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer denselben Weg in die Stadt hatte. Sie zogen mit der Genossin Luxemburg in losen Trupps unter Hochrufen und Singen der Marschlied vom Bahnhof die Kaiserstraße entlang nach der Zeit zu. Als der Zug aus Oldendardental kam, war schon ein großes Aufgebot von Schutzleuten zur „Verhütung“ aufgejogen. Die Massen gingen ruhig vorbei, und die Polizei folgte teilweise in der Elektrischen — dem Zuge nach. Kurz bevor er auf die Zeit kam, wurde die Kaiserstraße am Hofmarkt abgesperrt und der Zug in die Altstadt abgelenkt. Als der Hauptzug vorbei war, hob man die Absperrung wieder auf. Auf der Zeit wurde unterdessen

die Schutzmannschaft herumgejagt, sie mußten sämtliche Zugänge von der Altstadt zur Zeit besetzen, um ein Durchdringen des Lagers zu verhindern. Dieser nahm unterdessen ungehindert seinen Weg durch den Hirschgraben nach dem Gewerkschaftshaus, wo er sich aufstellte. Und hinter ihm drein konnte man Schutzmannspatrouillen erblicken. Gegen 1/2 Uhr — die Versammlung war um 2 Uhr zu Ende — konzentrierten sich die riesigen Aufgebote der Schutzleute um die Konzentration; und von hier aus durchschwärzten sie, die Schuppenleiten herunter, den Feind suchend, in einzelnen Trupps die Straßen in der Richtung zum Gewerkschaftshaus. In nervöser Hast eilten sie da und dort hin, aber nirgends gab es für sie etwas zu tun. So erwiderte ihre Geschäftigkeit überall nur Heiterkeit. Gegen 3 Uhr wurden die Polizeimannschaften ins Präsidium zurückgezogen.

In Guben fand zum erstenmal eine Versammlung unter freiem Himmel statt, die von 5000 Personen besucht war.

Am Sonnabend fand in der Mittagsstunde eine Straßen demonstration in Schweidnitz statt. Um 12 Uhr füllte sich der Ring mit Demonstranten. Die herbeigerufenen Polizei nahm zwei Verhaftungen vor.

Infolge einer Mystifikation erwartete die Polizei im Waldenburger Kohlenrevier für Sonntag eine Wahlrechts demonstration und ließ angelehnt der Vorkommnisse am letzten Sonntag, aus Schweidnitz eine Kompanie Soldaten des 10. Infanterieregiments herbeiführen. Das vollständig ausgerüstete Militär besetzte die Straßen von Waldenburg und Gottesberg. Da sich der Feind aber nicht blicken ließ, mußte das Militär abends wieder zurückgezogen werden. — Am Sonnabendabend ließ die Polizeibehörde Plakate anbringen, in denen unter Hinweis auf die strafgesetzlichen Bestimmungen über den Aufruhr, vor Ausschreitungen gewarnt wurde!

In Blumenthal (Provinz Hannover) hatte die Parteileitung zum Protest gegen Gewalttätigkeiten, die die Gendarmen am 10. April gegen die Wahlrechtsdemonstranten verübte, für Sonntag zu einer Wahlrechtsversammlung mit Demonstrationszug aufgerufen. Die Demonstration, an welcher sich 2000 Personen beteiligten, verlief ohne Zwischenfälle, da die Gendarmen, durch die Erfahrungen der letzten Zeit gewarnt, zu Hause blieben.

Graf Oriola †.

In der Sonnabendnacht ist der rechtsnationalliberale Reichstagsabgeordnete Graf Waldemar v. Oriola an den Folgen eines vor einigen Tagen erlittenen Straßenbahnunfalls gestorben. Obgleich er eigentlich weit mehr konservativ als liberal war und ihn mit den Bestrebungen des Bundes der Landwirte die innigste Sympathie verband, hat er doch als Nationalliberaler 16 Jahre lang den zweiten hessischen Reichstagswahlkreis, Friedberg-Wüdingen, im Reichstage vertreten, bis er im vorigen Jahre bei dem parlamentarischen Kampfe um die Reichsfinanzreform erkrankte, daß die Erbkrankheit eine zu große Last für die Reichen sei und zusammen mit den nationalliberalen Abgeordneten Heyl zu Herrnhain und Lehmann aus der nationalliberalen Fraktion auswich. Im Reichstage war er besonders dadurch bekannt, daß er stets auf einen wohlgepflegten Bar, eine gute Saarfisur und seines Parfüm hielt, wie denn auch auf seine Anregung die Einrichtung einer Freireisestube im Reichstage zurückzuführen ist.

Durch seinen Tod wird eine Ersatzwahl im Kreise Friedberg-Wüdingen nötig. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt er im ersten Wahlgange 8492 gegen 7432 sozialdemokratische Stimmen. Reformen und Freireisestube erhielten 1473 und 8299 Stimmen. In der Stichwahl siegte Oriola mit 11300 über 8500 sozialdemokratische Stimmen.

Das Hoch am Bismarck-Denkmal in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 18. April. (Privatdepesche des „Vortages“.) Mit sechs Wochen Haft soll Genosse Redakteur Hermann Wendel die von ihm bei der Demonstration am 13. Februar am Bismarckdenkmal ausgeführten Hochrufe büßen. So will es das Schöffengericht, das Wendel heute zu jener außerordentlich hohen Strafe verurteilte. Nach der Anklage soll Genosse Wendel großen Unmut dadurch erregt haben, daß er „angelehnt einer erregten und zu weiteren Ausschreitungen geneigten Volksmenge sich auf das Bismarckdenkmal hinaufschwang und mit lauter Stimme nach der Menge hin rief: Auf, alle hierher! Hoch lebe das freie Wahlrecht, so daß die Menge erneut in Aufregung geriet, sich dem Bismarckdenkmal zuwendete und durch ihre auf die aufreizenden Rufe des Beschuldigten zurückzuführende erregte Stimmung und Haltung die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Straßen erheblich gefährdete“. Wegen dieser Wissetat belam Wendel einen Strafbefehl von drei Wochen Haft, gegen den er natürlich Einspruch erhob. Bei der heutigen Verhandlung ließ die Polizei 14 Belastungszeugen aufmarschieren. Wendel gab ohne weiteres zu, daß er ein Hoch ausbrachte, bestritt aber die Worte: „Auf, alle hierher“ und „Psui!“ gerufen zu haben. In striktem Gegensatz zu den Aussagen der Schutzleute fanden die zweiten Journalisten, des Genossen Kirchner und eines hürgerlichen Redakteurs. An einen Kommissar richtete Wendel die Frage: Sind Sie überzeugt, daß wenn die Polizei nicht eingeschritten wäre, alles ruhig verlaufen wäre? Der Kommissar erklärte, ohne Erlaubnis des Polizeipräsidenten könne er eine derartige Frage nicht beantworten. Der Vorsitzende ließ dann die Frage nicht weiter zu. Wendel beantragte nunmehr, Privatzeugen darüber zu vernahmen, daß die Erregung der Masse durch das brutale Vorgehen der Polizei hervorgerufen wurde. Das Gericht lehnte diesen Beweisanspruch ab. Der Staatsanwalt beantragte drei Wochen Haft. — Wendel betonte in seiner Verteidigungsrede, das Recht auf die Strafe strebe dem Volke ebenso zu, wie das Recht auf die Luft. Er strebe nicht an zerknirschter Sünden da, sondern er werde das Hoch wiederholen, wann und wo es ihm passe, denn Hochrufe seien nicht strafbar. Wendel plädierte auf Freisprechung. Wenn aber das Gericht der Meinung sei, daß er eine strafbare Handlung begangen habe, dann verzichte er auf mildernde Umstände. Das Gericht ging über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß noch hinaus und verurteilte Wendel zu der Höchststrafe von sechs Wochen Haft. Gegen das Urteil wird Genosse Wendel natürlich Berufung einlegen.

Von zwei weiteren Angeklagten wurde der eine wegen Nichtfolgebildung zu 20 M. Geldstrafe und der andere wegen Nichtfolgebildung und Beleidigung (Psui-Ruf) zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Dem Verdienste seine Krone.

Eine Anzahl Polizeibeamter, die sich bei den letzten Straßendemonstrationen ganz besonders hervorgetan haben, sind mit Auszeichnungen bedacht worden. Die höheren Beamten erhielten den Kronenorden 4. Klasse, eine Anzahl unterer Beamter dürfen sich mit dem „Allgemeinen Ehrenzeichen“ schmücken. Die Auszeichnungen werden überdies dazu beitragen, daß sich der Eifer der Polizei noch erhöht, denn es dürfte auch noch andere Polizeibeamte geben, die sich gerne mit einem blühenden Stern sehen lassen möchten.

Wieder ein Berliner Demonstrationprozess.

Die 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin verhandelte am Montag als Berufungsinstanz gegen den russischen Langer und den tschechischen Jytlowski, die am 17. Oktober v. J. nach einer Protestversammlung im Gewerkschaftshaus in der Adalbertstraße bei einer Polizeigrausamkeit auf die abziehenden Versammlungsbesucher nach polizeilicher Angabe den „Bluthund“ gegen die Polizei ausgießen haben sollen. Die erste Instanz hatte wegen „groben Unfugs“ gegen Langer auf 30 Mark, gegen Jytlowski auf 10 Mark Geldstrafe erkannt. Das Berufungsgericht erhöhte nach längerer Verhandlung, in der sich die Befundungen der — vornehmlich polizeilichen — Belastungs- und Entlastungszeugen über das Vorgehen der Polizei scharf gegenüberstanden, die Strafe für Langer auf zwei Wochen Haft, für Jytlowski auf 50 Mark Geldstrafe.

Wie kommen auf die interessante Beweisaufnahme zurück.

Wahlrechtsversammlung in Schöneberg.

Gestern mittag fand im Garten der „Schloßbrauerei“ in Schöneberg eine von den demokratischen Vereinen Schönebergs, Friedenau und Wilmersdorf eiderne öffentliche Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel statt. Es sprachen der frühere Oberst Gaebele, Pastor a. D. Köstliche, Frau Regina Deutsch und der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Edward Bernstein. Auf Antrag des Stadtvorordneten Rolf Wilmersdorf gelangte folgender Beschluß zur Annahme:

„Die in der „Schloßbrauerei“ in Schöneberg auf Einladung der demokratischen Vereinigung versammelten Bürger und Bürgerinnen von Schöneberg und Wilmersdorf erheben einmütig Protest gegen die von den preussischen Dummkammern aufgeführte Wahlrechtskomodie. Sie erkennen die Erwählung des Dreiklassenwahlrechts und die Junker des Herrenhauses nicht als Vertretung des preussischen Volkes an und lehnen das Gnadenbrot, das diese rüchständigen Elemente dem Volke statt seines Rechts anbieten, mit Entrüstung ab. Die Versammelten geloben, nun erst recht und mit verdoppelter Energie für die Erlämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen wirken zu wollen. Sie erklären als die vornehmste Pflicht aller gleichgesinnten Volksgenossen, sich an diesem Kampfe durch Eintritt in die das Reichstagswahlrecht fordernden politischen Parteien zu beteiligen.“

Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das gleiche Wahlrecht geschlossen. — Man sah auf dem weiten Terrain in einiger Entfernung nur einen Polizeioffizier und einige Schutzleute, die sich vollständig passiv verhielten. Die Versammlung verlief in größter Ruhe.

Landräte als Bücherkollportiere.

Die Bücherkollportage scheint die neueste Nebenbeschäftigung preussischer Landräte zu sein. In seinem amtlichen Publikationsorgan, dem „Dhlauer Kreis- und Stadtblatt“, macht der Landrat des Kreises Dhlau Herr v. Herzberg auf ein vor einiger Zeit erschienenen Buch: „Der innere Feind“ aufmerksam und empfiehlt es allen Arbeitgebern zur Anschaffung. Dabei wird, nach alter Geschäftsroutine selbstverständlich auch auf den Rabatt bei dem Bezug von größeren Posten hingewiesen.

Der Zentrumsabgeordnete als Aftlochgänger.

Die Strafkammer in Düsseldorf verhandelte am Sonnabend über die Verurteilung des badischen Zentrumsabg. Seubert, dem vom ehemaligen „Offenburger Volksblatt“ vorgeworfen worden war, daß er mehrmals zu der Zeit als Frauenbater, durch ein Aftloch in die Wabankalt seines Wohnortes Gengenbach hineingesehen hat. Wegen dieses Artikels war Genosse Adolf Ged in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 40 M. verurteilt worden. Das Berufungsgericht erhöhte die Strafe auf 150 M. Der zweite Beklagte, Genosse Haberer, erhielt als Redakteur des „Volksblattes“ 40 M. Geldstrafe. Beide Kläger wurden zu drei Viertel der Kosten, der Wiederbeklagte Seubert zu einem Viertel verurteilt. Das Gericht erkennt an, daß der Wahrscheinlichkeit dafür erbracht werden sei, daß Seubert auf seinen Spaziergängen das Frauenbad aufsuchte, um in „Aftlocher Reugierde“ die habenden Frauen durchs Aftloch zu beobachten.

Herr Seubert ist trotz der Prüderie und Sittlichkeitsforde der Zentrumsparlei noch heute Mitglied der Zentrumsfraktion des badischen Landtags.

England.

Das Budget.

London, 18. April. Unterhaus. Asquith brachte in dicht besetztem Hause seine Guillotine-Resolution ein, welche die Debatte über das vorjährige Budget auf fünf Tage beschränkt. Er erklärte, daß die einbringende Finanzbill im wesentlichen dieselbe sei, wie diejenige des vorigen Jahres und eine rückwirkende Kraft besitzen würde, wie wenn sie im vorigen Jahre angenommen worden wäre. Einige Amendements von technischem Charakter würden hinzugefügt werden, welche die Absichten der Regierung bezüglich gewisser Punkte klar machen sollten.

Die Iren und das Budget.

London, 18. April. In einer Versammlung der irischen Partei wurde beschlossen, die Budgetvorlage der Regierung in allen Lesungen zu unterstützen.

Dänemark.

Liberaler Verrat an der Verfassungsreform.

Kopenhagen, 17. April. (Eig. Ber.) Das Folkething hat am Freitag die dritte Lesung der großen Verfassungs- und Wahlrechtsreform beendet und die radikalen Vorschläge, die sich auf das Landsting erstrecken, mit 40 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Die Konservativen hatten sich bei der ersten Lesung bereit erklärt, hinsichtlich der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Landsting Konzessionen zu machen unter der Bedingung, daß zum Folkething das Proportionalwahlrecht eingeführt würde. Bei der dritten Lesung aber stellten sie den Antrag, daß die ganze Verfassungsreform auf die Einführung des Proportionalwahlrechts für das Folkething beschränkt werden, das Landsting aber unverändert fortbestehen sollte. Ebenso wenig wie sie wollten die Delegationsparteien unter Führung der ehemaligen Ministerpräsidenten Christensen und Neergaard von der Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts zum Landsting wissen, jedoch beantragten sie die Ausdehnung des Folkethingwahlrechts auf die Frauen, das Gefinde und die jungen Leute vom 25. Lebensjahre ab samt dem Proportionalwahlrecht. Dieser Antrag wurde mit 60 gegen 40 Stimmen angenommen, und für die in solcher Weise vermittelte Verfassungsreform wurden schließlich in namentlicher Abstimmung 60 Stimmen abgegeben, während 46 Abgeordnete sich der Stimme enthielten und ein Konservativer mit Nein antwortete. Das ganze war ein abgekartetes Spiel zwischen den Delegationsparteien und den Konservativen, um eine gründliche Demokratisierung der gesetzgebenden Körperschaften zu hintertreiben. Die Konservativen, als Vertreter des Mittelstandes, hatten eigentlich ein parteipolitisches Interesse an der Beseitigung des privilegierten Wahlrechts zum Landsting, da dieses Thing bei dem gegenwärtigen System exzessiv ist und die 1100 Güterbesitzer als Landstingwähler ebenso viel Einfluß haben wie die gesamte Stadtbewölkerung Dänemarks. Es wäre also im Folkething ein Vorschlag über die Umgestaltung des Landstings möglich gewesen, wenn die Konservativen ihr vordem gegebenes Versprechen gehalten und die Reformparteier nicht wieder einmal ihr altes demokratisches Parteiprogramm schmählich verraten hätten. Der Führer der Gemäßigten, Neergaard, war es, der bei dem Ab-

kommen, daß vorher mit den Konservativen über die Abstimmung getroffen worden war, den Unterhändler gemacht hatte. „Er“, sagte Genosse Borgbjerg in der Debatte, „ist mit verantwortlich für den Kampf, der nun kommt, und wir sind klar zum Kampfe in England kämpft man denselben Kampf unter der Losung: Wieder mit dem Oberhaus! In Preußen kämpft man denselben Kampf unter der Losung: Hoch das gleiche und allgemeine Wahlrecht! Er wird zum Siege führen im Süden und im Westen und hier zu Lande, wie überall in der Welt.“

Das Folkething hat am Sonnabend seine diesjährige Session beendet. Es wird wohl in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht mehr zusammentreten, denn die Regierung ist entschlossen, es aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Neuwahlen.

Kopenhagen, 18. April. Durch königliches Dekret wird die Auflösung des Folkething für den 19. Mai verfügt. Die Neuwahlen sind auf den 20. Mai festgesetzt.

Türkei.

Die Lage in Albanien.

Konstantinopel, 18. April. Nach amtlichen Meldungen aus Brischatina ist die Ruhe dort wiederhergestellt. Das Kriegsgericht hat seine Tätigkeit begonnen. Der Oberkommandant ist in Brischatina eingetroffen. Der Ministerat beschloß, weitere Verhigungsmaßnahmen und Reformen einzuführen, darunter das Verbot des Waffentragens, die Eröffnung von Schulen und die Schaffung von Gerichten.

China.

Aufstand in der Provinz Chuen.

London, 17. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Tschangschä: Der Gouverneur und sein Sohn sollen getötet sein, der Namen ist zerstört worden. 24 000 Plünderer suchen die Stadt heim, die in Brand steht. Die nordwestliche und die katholischen Missionen sind verbrannt, die übrigen zerstört. Eine allgemeine Vernichtung fremden Eigentums, darunter des japanischen Konsulates, folgte. — Alle den Ausländern gehörigen Gebäude in Tschangschä sind in Brand gesteckt worden, ausgenommen das englische Konsulat. Wenn auch das Gericht geht, der Gouverneur sei ermordet worden, so glaubt man doch, daß er sich verborgen hält. Die Truppen schritten nicht gegen die Aufständischen ein. Es ist Befehl ergangen, die Missionen der ganzen Provinz zu räumen, da die Beamten einen allgemeinen Aufstand fürchten und sich außerhalb erklärten, die Fremden zu schützen. Der Bizefing hat Truppen in Stärke von zweitausend Mann abgeandt. — Eine zur Nachtzeit ohne Licht fahrende Dschunke wurde von dem nach Tschangschä eilenden englischen Kanonenboot „Hütle“ überannt. Drei Amerikaner werden vernichtet und sind diese möglicherweise mit der Dschunke untergegangen.

Die Ruhe wiederhergestellt?

London, 18. April. Wie das Reutersche Bureau aus Hankau meldet, herrscht nunmehr in Tschangschä Ruhe. Der Schatzmeister der Provinz übernahm die Leitung der Geschäfte.

Aus der Partei.

Wahlrechtszeitung.

Im Laufe dieser Woche gelangt vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine Wahlrechtszeitung zur Ausgabe. Sie bringt u. a. Bilder aus den verschiedenen Städten, in denen Demonstrationen unter freiem Himmel stattgefunden haben. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer wird 20 Pf. betragen.

Zur Maifeier.

In Götting genehmigte die Polizei einen Straßenumzug unter der Bedingung, daß keine Rinder und keine roten Fahnen sich im Zuge befinden dürfen.

Dem Gewerkschaftskartell Spandau ging auf ein Gesuch um Genehmigung eines Umzuges der folgende salomonische Bescheid zu: Auf das Gesuch vom 5. April 1910 ergeht zum Bescheide, daß die Genehmigung zur Veranstaltung des Umzuges am 1. Mai 1910 verweigert wird, weil aus der Veranstaltung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist.

Der 1. Mai ist von den Sozialdemokraten als „Weltfeiertag“ gefeiert worden und wird daher auch in Spandau von ihnen gefeiert werden. Nun fällt der 1. Mai 1910 auf einen Sonntag. Es ist daher anzunehmen, daß die Feiernenden in noch größerer Zahl auftreten werden als an Wochentagen. Dazu kommt, daß der Sonntagverkehr in Spandau ohnehin sehr stark ist. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß der von dem Gewerkschaftskartell Spandau beabsichtigte Aufzug einerseits mit den feiernden Sozialdemokraten und andererseits mit dem Sonntagspublikum aus Spandau und Umgebung (Berlin) in Konflikt gerät und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Die Polizeiverwaltung von Spandau hat absonderliche Beschränkungen. Wiewohl der Aufzug zu Zusammenzügen mit dem Sonntagspublikum führen sollte, ist schon nicht einzusehen, wie er aber gar mit den Sozialdemokraten in Konflikt geraten sollte, das ist absolutes Geheimnis der Spandauer Polizei. Wahrscheinlich hat sie ja sagen wollen, daß es bei dem Aufzug zwischen den Sozialdemokraten und dem Sonntagspublikum zu Konflikten kommen könnte — richtiger wird die Sache dadurch allerdings auch nicht. Zur Beleuchtung der Nachtgleichheit in Spandau ist darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahre der bürgerliche Bürgerbund ein Wettrennen veranstaltete, woran sich am Umzug ungefähr 10 000 Personen beteiligten. Bei der Grundsteinlegung der katholischen Kirche am Dammstraße beteiligten sich die sämtlichen katholischen Arbeitervereine der Provinz Brandenburg am Umzuge. Da war natürlich keine Gefahr für das Sonntagspublikum zu besorgen. Gegen den Bescheid wird Beschwerde eingelegt.

Gegen den Bescheid der Lübecker Polizeibehörde, der unseren Genossen zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel am 1. Mai die Genehmigung verweigert, protestierten am Mittwoch mehr als 2000 Arbeiter. Es wurde eine scharfe Resolution angenommen, in der das Vorgehen der Behörde als Resse mit zweierlei Maß charakterisiert wird. Den Feiertag nach dem benachbarten Orte Roßling hat das Volksgemein nunmehr gestattet, jedoch seine Notizen dadurch belundet, daß es das Mitnehmen der Fahnen und Abzeichen untersagte.

Der vom Sozialdemokratischen Verein in Kiel zum 1. Mai nachgesuchte Umzug vom Exzerzierplatz nach dem Lokal „Waldwiese“ ist verboten. Begründet wird das Verbot damit, daß es ebenso zu Ausschreitungen kommen könnte, wie am 15. März. In Suetersee wurde der Maifeiertag ebenfalls verboten wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Jeder Versuch, einen Umzug zu veranstalten, solle mit Gewalt verhindert werden.

Gewerkschaftliches.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Erst in den nächsten Tagen werden wir eine Uebersicht über die Aussperrungen und bestimmte Zahlen über die von der Aussperrung betroffenen Bauarbeiter geben können. Noch magt alles durcheinander und die Angaben der einzelnen Korrespondenten sind widersprechend. Absolut zuverlässige Angaben können begreiflicherweise nur die Organisationen machen. So viel steht man aber schon: Die Meldungen in bürgerlichen Zeitungen über den Umfang der Aussperrungen sind vielfach übertrieben. Sicher ist aber, daß trotzdem noch große Zahlen der von der Aussperrung Betroffenen aufmarschieren werden, was bei der großen Zahl der im Bauberuf Beschäftigten nicht wundernehmen kann.

Soviel steht jedoch jetzt schon fest, daß die Aussperrung lange nicht den Umfang angenommen hat, den die Scharfmacher unter den Baunternehmern wünschten.

Aus dem Süden des Reiches wehte ein besonders scharfer Wind. Von dort her wurde die Aussperrung am stärksten propagiert. Da ist es denn interessant zu wissen, daß der Vorsitzende des Süddeutschen Bauarbeiterverbandes Herr Gustav Busch, nicht ausgesperrt hat. So zeigt sich schon recht deutlich, daß doch recht viele verständliche Unternehmer den Scharfmachern nicht unbedingt Heeresfolge leisten.

Im Frankfurter Wirtschaftsgebiete

Ist die Aussperrung lange nicht in dem Maße erfolgt wie erwartet wurde. Mehrere organisierte Unternehmer sind dem Anruf der Scharfmacher gar nicht gefolgt, andere haben nur einen Teil der bei ihnen beschäftigten Arbeiter ausgesperrt. Und schon kommt auch die Kunde, daß Unternehmer wie die Firma Hanke in Frankfurt a. M. die Arbeit am Montag wieder aufnehmen lassen. Von anderen Bauunternehmern wird berichtet, daß sie Bauarbeiten nicht ausperrenden Arbeitgebern übertragen haben, und diese die ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen wollen. Während aber auf der einen Seite die Arbeiter den ihnen ausgesetzten Kampf ruhig und siegeszuversichtlich aufnahmen, scheint der Kampf bei den Arbeitgebern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Die Zahl der im Zweigvereinsgebiet Frankfurt a. M. des Maurerverbandes ausgesperrten Arbeiter beträgt nach den Feststellungen der Verbandsleitung 1966. Die Aussperrten verteilen sich auf folgende Orte: Frankfurt a. M. 1800, Offenbach a. M. 250, Hanau 270, Höchst 36, Taunusgebiet 110. In diesen Orten sind 8671 Maurer, Kalfinger und Zementarbeiter beschäftigt, und zwar bei organisierten Unternehmern allein 2610. Ein Drittel der bei den organisierten Arbeitgebern beschäftigten Arbeiter wurden also nicht ausgesperrt.

Bei den Zimmerern wurde nur ungefähr die Hälfte der bei organisierten Unternehmern Beschäftigten ausgesperrt. Im Zweigvereinsgebiet Frankfurt a. M. wurden von 71 Unternehmern 607 Zimmerer ausgesperrt, und zwar in Frankfurt a. M. 379, in Offenbach a. M. 57, in Hanau 57, in Höchst 17, in Homburg 30 und in Friedberg 6. Insgesamt sind in diesen Orten 1600 Zimmerer beschäftigt und davon bei organisierten Unternehmern circa 1100.

Von den Bauhilfsarbeitern wurden verhältnismäßig weniger ausgesperrt als von den Maurern. Eine große Anzahl Hilfsarbeiter wurde zu Aufräumungsarbeiten usw. zurückgehalten. Im Zweigvereinsgebiet Frankfurt a. M. wurden bisher rund 500 Aussperrte gezählt.

Die Zahl der Aussperrten sämtlicher Arbeitsgruppen kann sich jeden Tag nach oben oder nach unten verschieben. In den Kreisen der Arbeiter herrscht die Hoffnung, daß sie sich reduziert. Und diese Ansicht ist durch das Verhalten der Arbeitgeber auch begründet.

In Mainz wurden 305 Maurer und 107 Hilfsarbeiter ausgesperrt. In Marburg beträgt die Zahl der Aussperrten: 102 Maurer und 35 Hilfsarbeiter.

In Solingen, Wald, Ohligs, Hühlscheid und Gräfrath wurden am Freitagabend die Bauarbeiter ausgesperrt. Es kommen 600 Arbeiter in Frage. Ueber diejenigen Unternehmer, die sich der Aussperrung nicht anschließen, soll die Materialsperrung verhängt werden.

In Remscheid wurden von fast allen Unternehmern die Arbeiter am Freitagabend ausgesperrt. Den Arbeitern wurden die Papiere eingehändigt und das Arbeitsverhältnis als aufgelöst bezeichnet. Es kommen mehrere Hundert Arbeiter in Betracht.

In Kenney (Kreis Remscheid) lehnen sich fünf Firmen an die Beschlüsse der Bauunternehmer nicht und lassen weiter arbeiten.

Gerne-Necklinghausen

find nach einer uns zugehenden Privatdepesche 823 Maurer und 641 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Nicht ausgesperrt sind 239 Maurer und 116 Bauhilfsarbeiter. Die Zahlen haben nicht ausgesperrt.

In Welsenkirchen sind ausgesperrt 335 Maurer und 168 Bauhilfsarbeiter, nicht ausgesperrt 230 Maurer und 175 Bauhilfsarbeiter.

In Wochum sind 646 Maurer und 244 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Es arbeiten weiter 660 Maurer und 538 Bauhilfsarbeiter.

In Duisburg ist die Aussperrung bisher nicht annähernd in dem Umfang erfolgt, als dies in der vom Unternehmertum direkt oder indirekt inspirierten Presse angekündigt wurde. Von den angekündigten 3000 (!) Aussperrungen, die am Freitagabend erfolgen sollten, waren trotz wiederholter Aufforderung zur sofortigen Meldung am Sonnabendabend erst 244 bei den Organisationsvorständen der freien Gewerkschaften für die Aussperrungsliste eingezeichnet, nämlich 115 Maurer, 59 Bauhilfsarbeiter und 70 Zimmerer. Die Zahl der aus den „christlichen“ Organisationen Aussperrten ist noch nicht bekannt. Da die christlichen Organisationen im Bauberuf nicht halb so stark sind wie die frei organisierten, so ist anzunehmen, daß bei gleichem Prozentsatz bis jetzt etwa 350 Bauarbeiter in Duisburg ausgesperrt sind. Das ist etwa ein Drittel der Bauarbeiter Duisburgs. Doch wird es dabei nicht bleiben, denn die Scharfmacher aus der Großindustrie terrorisieren diejenigen Bauwerkstätten, die den Gewaltstreik nicht mitmachen möchten oder noch zögern! Von verschiedenen industriellen Werken sollten am Sonnabend die von den Baugeschäften ausgesperrten in eigener Regie beschäftigt werden. Noch im Laufe des Tages wurde das indiziert. Einen direkten Beweis von dem Hand-in-Hand-arbeiten der Industriemagnaten mit den Scharfmachern im Baugewerbe lieferte die in Arbeiterkreisen berüchtigte Fache Reumühl. Für diese hat eine Firma Braunsteiner eine größere Anzahl Kolonialhäuser in Arbeit. Die Firma Braunsteiner hatte — jedenfalls, um einen Ueberblick über den Umfang der Aussperrung zu gewinnen — erst zum 20. April gekündigt. Es wurde also am Sonnabend an den Kolonialbauern flott weiter gearbeitet. Da kam nun der Fache direktor hinzu. Und mit den Worten: „Auf Besche Reumühl dürfe kein Stein mehr vermauert werden“, jagte er die Bauarbeiter der Firma Braunsteiner vom Bauplatz!

Ostpreußen.

In der Provinzhauptstadt Königsberg sind rund 600 Arbeiter ausgesperrt, davon gehören circa 450 Mann den Zentralverbänden an und 150 „Schwören“ zur christlichen Fahne. Die Zentralverbände der Bauarbeiter weisen aber in Königsberg circa 1800 Mitglieder auf, die Stohkraft der Unternehmer hat also kaum ausgereicht, ein volles Viertel der freiorganisierten auszusperrn.

Kehnlich liegt die Sache in der Provinz. In Allenstein sind von 800 Bauarbeitern circa 300 ausgesperrt. Hier sind die Christlichen mehr von der Sperre betroffen worden als die freien Gewerkschaften, weil die Arbeitgeber, die dem Schutzverbande angehören, zumeist nur Christliche zu beschäftigen pflegen. Fast ebenso liegt es in Thorn. Auch dort gehen die Unternehmer mit der Aussperrung sehr zaghaft vor und es liegen Zeichen vor, daß es in dieser Stadt bald zur Einigung kommen wird.

Zur Aussperrung ist es ferner gekommen in Heilsberg, Wartenburg und Raftenburg, aber auch in diesen Städten ist nur etwa die Hälfte aller Bauarbeiter der „Kampfschlus“ der Unternehmer zum Opfer gefallen.

Dagegen scheint es in Memel und Tilsit scharfer zugehen zu wollen, vornehmlich in Tilsit wollen die edlen Scharfmacher die Organisationen zum Weichbluten bringen, zahlenmäßiges Material über den Umfang der Aussperrung liegt aber noch nicht vor. Jedenfalls wird aber in beiden Städten das Solidaritätsgefühl der Arbeiter dafür Sorge tragen, die Herrenmoral der Bauherren gehörig einzuschränken.

In Westpreußen

geht es allerdings etwas lebhafter zu. Im ganzen Provinzgebiet sollen angeblich mehrere Tausend ausgesperrt sein. Von Danzig wird die Zahl der Aussperrten auf 2000 angegeben. Dirschau meldet 500 Arbeiter als ausgesperrt. In Marienburg ist es einstweilen nur auf dem Kasernenbau zur Aussperrung gekommen. Betroffen sind 140 Personen. Dagegen weist Marienwerder beinahe ein halbes Tausend Aussperrte auf, nur die Polizei und Lehrlinge blieben auf den Bauten zurück, es dürfte aber kaum möglich sein, durch diese Kräfte den Staat retten zu können. Klein wieder dagegen ist die Zahl der Aussperrten in Grauburg, nur 90 Bauarbeiter wurden auf Straßensperren geschickt. Hier liegen die Dinge so, daß die meisten Unternehmer nicht im Schutzverbande organisiert sind und darum flott weiter arbeiten lassen können.

Es bleibt nun abzuwarten, ob mit Anfang dieser Woche in den beiden östlichen Provinzen des Reiches die Aussperrungswelle der Unternehmer noch größere Dimensionen annehmen wird.

In

Wilhelmshaven-Näherungen

ist es nicht zur Aussperrung gekommen. Die dortigen Arbeitgeber haben sich vom Bundesvorstand Dispens erteilen lassen, weil durch die Verlegung des Geschwaders nach Wilhelmshaven dort eine anormale Lage geschaffen ist. Der Bundesvorstand erkennt an, daß die Fertigstellung der Hafenanlagen, Kasernenneubauten und anderer staatl. Dienst- und Privatgebäude, die zur Aufnahme des nach dort verlegten Militärs dienen, notwendig ist und ist daher mit der Verlängerung des alten Vertrages bis auf weiteres einverstanden, verpflichtet jedoch die Arbeitgeber, keine auswärtigen Bauten zu übernehmen und keine auswärtigen streikenden oder ausgesperrten Arbeiter zu beschäftigen. — Die Arbeitnehmer haben über die veränderte Sachlage noch nicht beraten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der am Sonntag, den 17. d. M., stattgefundenen Wahl der 3 Revisoren sind 9155 Stimmen abgegeben. Davon waren 129 ungültig, somit verblieben 8926 gültige Stimmen. Albert Dräger erhielt 7498, Hermann Gries 6470, Otto Volmer 6412, Karl Priesert 5273 Stimmen. Demnach sind die Kollegen Dräger, Gries und Volmer als Revisoren gewählt.

Gleichzeitig fand auch die Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress statt. Hierbei wurden 9185 Stimmen abgegeben. Davon waren 260 ungültig und verblieben somit 8925 gültige Stimmen. Davon erhielt: Wilhelm Richter 6268, Wilhelm Böckel 5789, Kurt Selbrich 5646, Adolf Robbel 5214, Hermann Gries 5103, Paul Robinson 4968, Arthur Kahner 4960, Otto Habicht 4980, Max Behrend 4673 und Karl Büde 3764 Stimmen. Demnach sind die Kollegen Richter, Böckel, Selbrich, Robbel, Gries und Robinson gewählt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Wittenau beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter kamen am Sonntagvormittag zu einer Versammlung in den Germania-Sälen, Chausseestraße, zusammen. Es handelte sich in erster Linie um die Verhältnisse der Hilfsarbeiter. Robinson vom Deutschen Metallarbeiterverband legte dar, wie dringend notwendig eine Regelung dieser Verhältnisse geworden ist. Man hatte sich schon in einigen vorhergegangenen Versammlungen damit beschäftigt und eine bestimmte Lohnskala für die 170 Hilfsarbeiter verlangt, denn die Entlohnung schien ganz willkürlich und war äußerst gering. Als Minimallohn wurden 23 Pf. pro Stunde gefordert. Der Verband stellte fest, daß durchschnittlich ein Mann, der 2 1/2 Jahre alt ist, nach einer Beschäftigungsdauer von 11 Monaten nur 42,5 Pf. pro Stunde verdient. Die Leute suchten durch Ueberstunden ihren Wochenverdienst zu erhöhen, aber sie machten auch Anstrengungen, durch gemeinsames Vorgehen eine Regelung der Lohnverhältnisse zu erzielen. Sie glaubten sich dazu um so mehr berechtigt, als in anderen großen Werken der Minimallohn für die Hilfsarbeiter 40 Pf. beträgt. Außerdem waren viele Arbeiter der Meinung, daß die Generaldirektion keine Kenntnis davon hätte, wie schlecht die Hilfsarbeiter gestellt sind. Man wählte eine Kommission, die bei der Direktion in Wittenau vorstellig wurde. Die Kommission machte geltend, daß bei der herrschenden Teuerung die Hilfsarbeiter mit den gezahlten Löhnen unmöglich auskommen könnten, und sie wünscht vor allen Dingen die Aufstellung einer bestimmten Lohnskala. Die Direktion kam dem Wunsch nach und legte eine solche Skala vor. Danach sollte den Hilfsarbeitern gezahlt werden: Als Anfangslohn 36 Pf., nach 4 Wochen 38 Pf., nach 3 Monaten 40 Pf., nach 1 Jahr 42 Pf., nach 2 Jahren 44 Pf., nach 3 Jahren 46 Pf., nach 4 Jahren 48 Pf. Wenn jetzt die Hilfsarbeiter endlich genau wissen, nach welcher Regel sie bezahlt werden, so können sie doch mit den Sätzen dieser Regel noch nicht zufrieden sein; der Minimallohn ist immer noch geringer als in den anderen Werken; darum werden die Arbeiter die Agitation um Erhöhung der Löhne fortsetzen müssen.

Die Versammlung beschäftigte sich noch mit mancherlei Mißständen im Betriebe. Es wurden Klagen laut über große Staubentwicklung in der Schleiferei, wo es an der Einrichtung eines geeigneten Staubabzuges fehlt. — Mit einigen neuen Anordnungen, die Betriebszwecken dienen, war man sehr zufrieden. Man wünschte auch eine Verlängerung der Arbeitszeit. Ueber die Betriebskrankenkasse hatte man mancherlei zu sagen. Die Kommission, die dazu eingesetzt ist, die Klagen der Arbeiter an der geeigneten Stelle vorzubringen, erhielt noch verschiedene Anweisungen.

Der Streik der Leitergerüstbauer.

Die Leitergerüstbauer, Blaharbeiter und Aufseher der Aktien-Gesellschaft Berliner Leitergerüstbau- und Leihanstalt (L. A. G. B. L.) sehen nun seit Dienstag voriger Woche im Streik. Sie hatten Forderungen auf Abschluß eines Tarifvertrages zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt, aber der

Direktor der Firma lehnte jegliche Verhandlung über die Forderungen ab. Er hatte wohl vor acht Tagen den Vertreter der Organisation zu einer Besprechung geladen, redete dabei jedoch über alles mögliche, nur nicht über das, was notwendig war, und erklärte, daß keinerlei Mißstände in seinem Betriebe herrschten und daß er auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen werde. So blieb den Arbeitern kein anderes Mittel übrig als die Arbeitsniederlegung, um zum Ziele zu gelangen. Der Herr hatte erwartet, daß ein großer Teil seiner Arbeiter, namentlich die Polen und die älteren Leute, im Betriebe bleiben würde, hat sich aber darin sehr getäuscht. Wohl blieben am ersten Tage des Streiks noch 28 oder 30 Mann in Arbeit, aber nun ist die Zahl der Arbeitswilligen auf 14 — 8 Polier und 6 Gerüstbauer — zurückgegangen, während über 250 Mann im Streik stehen. Die Forderungen sind, zumal mit Rücksicht auf die anstrengende und gefährliche Arbeit, sehr bescheiden. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, für die Poliere werden 85 Pf. für die Gerüstbauer 75 Pf. und für die Blaharbeiter 55 Pf. Stundenlohn verlangt, für die Aufseher 32 M. Wochenlohn. Für Ueberstunden werden entsprechende Zuschläge verlangt, ebenso für Nachtarbeit. Da die Gerüstbauer bisher nur zum zweimal einer halben Stunde Pause von morgens 7 Uhr bis 7, 8, 9, ja 10 Uhr abends arbeiten, und die Aufseher manchmal sogar noch länger tätig sein mußten, scheint eine Beschränkung der Ueberzeitarbeit ganz besonders notwendig. Die Aufseher hatten bisher einen Durchschnittslohn von 26 M. die Woche; die Gerüstbauer erhielten nach dem Tarifvertrag von 1908 65 Pf. Stundenlohn, die Blaharbeiter gar nur 45 Pf. Auch sonst herrschten in dem Betriebe noch mancherlei Mißstände, und die Tatsache, daß die große Masse der Arbeiter so einmütig in den Streik trat, beweist ja schon hinreichend, daß Grund genug zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Herr Altmann soll gesagt haben, wenn die paar Gammels aus der Kostentrage“ streiten, so würden sich die übrigen dadurch nicht von der Arbeit abhalten lassen. Er wird nun wohl schon eingesehen haben, daß es nur ein paar Leutchen sind, die ihm Hausierdienste leisten, mit denen er aber seinen Betrieb unmöglich aufrechterhalten kann.

Am Sonntag beschäftigte sich eine zahlreich besuchte Versammlung der Leitergerüstbauer aus allen Betrieben Berlins und der Umgegend mit dem Streik. Sie füllte den großen Saal des Volkshauses in Charlottenburg. Der Referent Siebert berichtete über die gegenwärtige Lage, die ja bei der Einmütigkeit, mit der die Streikenden im Kampfe ausharren, als sehr günstig bezeichnet werden muß. Dem Vortrage folgte eine sehr rege Diskussion, die bewies, daß die Streikenden gar nicht daran denken, den Kampf aufzugeben, und daß alle übrigen Leitergerüstbauer Groß-Berlins sich mit ihnen solidarisch fühlen und bereit sind, auch ihrerseits alle im Interesse des Kampfes notwendigen Opfer zu bringen. Namentlich werden sie darauf achten, daß von keiner Firma Streikarbeit für L. A. G. B. L. ausgeführt wird. Um den Jungorganisierten und noch Unorganisierten unter den Streikenden einen Aufschub zu der vom Transportarbeiterverband geleiteten Unterstützung zusammen zu lassen, beschloß die Berliner Leitergerüstbauer einstimmig, vom Sonnabend dieser Woche ab einen besonderen Streikbeitrag zu zahlen, der für die Poliere 5 M., für die Gerüstbauer 3 M. betragen soll, und nahmen ferner folgende Resolution an:

„Die versammelten Leitergerüstbauer Berlins schließen sich den streikenden Kollegen der Firma L. Altmann, L. G., mit voller Sympathie an. Sie versprechen ferner, finanzielle und materielle Opfer zu bringen, bis den Gerüstbauern, Polieren, Aufsehern und Blaharbeitern der Firma bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden werden.“

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von St. Krüger, Kalifadenstr. 96, sind Differenzen ausgebrochen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Achtung, Maler! In Finsterwalde haben die Arbeitgeber auf die von uns eingereichten Forderungen jede Verhandlung abgelehnt. Die Arbeit wurde daher einmütig eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Bezirksleitung des Verbandes der Maler usw. (Sitz Hamburg).

Achtung, Fabrikarbeiter! In der Degtrinfabrik Reudamms von R. Arndt haben die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Sie verlangen eine Erhöhung des jetzt 17 M. betragenden Wochenlohnes um 2 M. Da der Chef der Firma diese Forderung ablehnte, kündigten 44 von 45 im Betriebe beschäftigten Arbeitern. Die Arbeiter gehören vollständig den Organisationen der Fabrikarbeiters und Heizer und Maschinisten an.

Ausland.

Achtung, Marmorarbeiter! Die Firma Haertlich u. Cie. in Rheind. sucht in deutschen Zeitungen Marmoristen und Polier. Wir warnen vor jedem Zugang, da die dort Arbeitenden alle auf den 23. d. M. ihr Anstellungsverhältnis gekündigt haben und von da ab sich im Streik befinden werden. Sekretariat des Steinarbeiterverbandes des Schweiz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen das Prokentum im Baugewerbe.

Heilbronn, 18. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Heilbronner Gesamtarbeiterschaft protestierte heute Abend in drei überfüllten Versammlungen gegen die Gewalttätigkeit der Bauherren. Im Anschluß daran fand ein Demonstrationzug durch die Hauptstraßen der Stadt statt, an dem annähernd 4000 Personen teilnahmen. Die Polizei verhielt sich unlästig, so daß der Zug in bester Ordnung verlief und sich ruhig auf dem Marktplatz auflöste. Besonders zu bemerken ist, daß der Vorübermarsch an dem Versammlungsort der Unternehmer großen Eindruck machte.

Vom Kriegschauplatz im Baugewerbe.

Mel, 18. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Aussperrung im Baugewerbe hat hier nicht den Umfang angenommen, wie bisher gemeldet. Bis Montag mittag waren als ausgesperrt gemeldet: 340 Zimmerer, 750 Maurer und 442 Bauarbeiter. Die Zahl der Aussperrten beträgt also rund 1500. In Reumünster und Bordesheim ist nicht ausgesperrt. — Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat den Mut und teilt der bürgerlichen Presse mit, daß sie zur Aussperrung „gezwungen“ seien.

Mün, 18. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Im Kölner Bezirk sind nicht 4000 Bauarbeiter ausgesperrt, wie die bürgerliche Presse berichtet, sondern bis Montag mittag nur 1720, nämlich 720 organisierte Maurer und 615 Bauhilfsarbeiter. 385 gehören dem christlichen Verband an.

15 Frauen ertranken.

Satoralia-Nibely (Ungarn), 18. April. (B. L. O.) Siebzehn Frauen aus den Ortschaften Felsőberek und Karos wollten sich zum Jahrmarkt hierher begeben. Als sie auf einer Fähre über den Bodrog fuhren, schlug diese um und 15 Frauen ertranken.

Der Aufrüstung in Chunen.

Changhal, 18. April. (B. L. O.) Die chinesischen Truppenverstärkungen sind in Tschangsha eingetroffen. Der Aufrüstung hat nachgelassen, die Zollämter sind gerüstet. Die drei Euro-päer, die bei dem Zusammenstoß einer Dampfschiffe mit dem englischen Annonenboot „Thistle“ ertranken sind, waren spanische Augustinermönche, unter ihnen der Bischof Perez von Nordhuan.

Quittung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona, sozialdemokr. Verein des 8. und 10. Schleswig-holst. Wahlkreises, 4. Quartal 09 2244.62. Berlin-Groß, a Konto seiner acht Wahlkreise 10 000 (darunter Bezirk 218 II 2, Urban, Grünter Str. 67, 2.50, Vordrüberück, Abteil. 5, IV. Kreis 5.68, Ueberück vom Vergnügen der 7. Abteil., IV. Kreis 24.55, Bezirk 226 II 5, Ungenannt durch B. Mann 3, B. Wandach 2, Gölke 5, amerikanische Auktion auf der Herrenpartie des letzten Wahlkreises 54.90, für die Opfer des Wahlrechtskampfes: Bieberei-Abt. der Kollegen der Firma Gebauer 13, statt eines Märzkranzes von den Kollegen der Firma Hölcher 8.50, Ueberück vom Vebel-Telegraph: Verhandlung der A. G. B. durch Bezirk 729 0.80, Märzkranzüberschuss von den Kollegen der Firma Dreesch u. Comp. 39.15, Ueberück der Märzkranzspende der Kollegen von Schwartkopf 150, Märzkranzüberschuss der Kollegen der Firma Piegler 5.75, Märzkranzüberschuss der Kollegen der Firma Kappeler (Mühlenbau) 17.80, statt Märzkranz von den Kollegen der Firma Weber u. Hampel durch Haase 38.90, Bezirk 5480 Häbner 5, Bezirk 527 Ungenannt 10, A. V. Müller 1, Bah-Karl 3, von den Kollegen der Firma Alb u. Sons für die Wahlrechtsbewegung statt eines Märzkranzes 20.25, ameril. Auktion 584. Bezirk d. Denger 10.90, aufgelöste Schülerklasse Bezirk 6380, -90, Dr. R. A. 50, Alexander F. 8, Kranzübersch. v. d. Arb. der Monoline 56.55, Ueberück v. Märzkranz v. d. Arb. d. Fa. Edert, Lichtenberg 51.50, desgleichen v. d. Arb. der Fa. Gebr. Siemens, Viatenberg 12.10, desgleichen aus der Müllinfabrik, Rummelsburg 12, -1, Teilerfassung der Müllinfabrik B. V. G., 18. März 6.85, Unfall K. durch E. Dr. 3, -1, von den Konten und Mechanikern der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft statt Märzkranz 26.70, Berlin, diese Beiträge: Sparverein „Hilfsbundzwanzig“ 12, -1, Madetes 5, Ueberück der Märzkranzspende von den Arbeitern der Firma Kayle, A. G. 36.85, Dr. S. A. 100, -1, von den Arbeitern der Fa. E. Verticher an Stelle eines Märzkranzes 5.25, Reisefonds der Kranzklasse von Voigt u. Winde 2.75, Sammlung d. Angef. v. Heymanns Verlag für Märzkranz 1.50, Ueberück vom Märzkranz von den Arbeitern der Firma J. C. Pfaff, Rappah-Ufer 20.25, desgleichen von den Kollegen der Rotorenfabrik Ragnet 31.75, desgleichen von Roland, Flaschenbierverand 9.75, Desgl. von den Arbeitnehmern der Schultzebiererei, Abt. IV 17.95, desgleichen aus dem Böhmischen Braubau 16.76, desgleichen v. d. Arbeiterkassier der Allgem. Metallwerke für Beleidigung 5, -1, Die Kontobucharbeiter v. Wedding 5, -1, Ueberück v. Märzkranz v. d. Koll. der Hoch- und Untergrundbahn, Betriebswerkst. Warschauerbrücke 8.25, desgleichen v. d. Arbeitern der Eigengieberei und Maschinenfabr. A. Hartmann 24.35, Desgl. v. d. Arbeitern der Fa. Otto Rachtigall 4.50, An Stelle eines Märzkranzes v. d. Arbeitern des Medizinischen Warenhauses 18.90, von dem Personal v. Desfontayn u. Rieger, Logametersfabrik, Plauerstraße 20, -1, zum Kampf für ein freies Wahlrecht v. 6. Genossen der Biehl-Abegg-Werke, Weihensee 8.05, An Stelle eines Märzkranzes für den Wahlrechtskampf gesammelt v. d. Arb. d. Maschinenfabr. Sieclaff, Spenerstr. 23 24.10, Gutenberg 62, -1, Ueberück v. Märzkranz v. d. Arbeitern d. Firma D. Jachmann 75.20, Desgl. v. d. Arbeitern d. Fa. Karl Flohr, Wittenau 26.25, Desgl. v. d. Arbeitern d. Fa. F. Stolzenberg, Reinickendorf 13.40, Desgl. v. d. Kollegen d. Fa. Hein, Lehmann u. Co., Reinickendorf 8.20, Desgl. v. d. Arbeitern der Intern. Talking Machine Co., Weihensee 8.90, Kranzsp.-Ueberück v. d. Koll. d. Fa. D. Schulz, Halleisches Ufer 38 6, -1, Kranzüberschuss v. Knorr-Gremlé 1.55, Ueberück v. Märzkranz d. Gen. bei Feyling u. Thomas 14.50, desgleichen v. d. Koll. der Firma Werner, Völkowstr. 6 19.05, Kranzüberschuss v. d. Arbeitern d. Firma Senker 28.25, von der Schülerklasse d. Mischerei 2. Kähler 10, -1, An Stelle eines Märzkranzes v. d. Kollegen d. Firma Loeb u. Co., Charlottenburg 10, -1, Ueberück v. Märzkranz v. d. Metall- u. Holzarbeitern d. Karosierfabrik J. W. Utermöhlé 5.85, P. S. 50, -1, A. V. 60, -1, zum Wahlrechtskampf v. einigen Kollegen d. Firma Schering, Pflückerstraße 170-171 8.25, Märzkranz, Ueberück von den freigeordneten Arbeitern der Firma K. Veermann 45.25, Knabe 3, -1, Quibach I. S. J. 7, -1, Vern 50, -1, Coburg, Wahlkreisbeitrag für 1909/10, 1. Rate 50, -1, Dresden-Land, 6. sächs. Kreis, a Konto seiner Beiträge für 1909/10 2000, -1, Dresden, 5. sächs. Kreis,

a Konto der Beiträge f. 1909/10 1000, -1, Fallenberg (Oberhessen) 8, -1, Friedrichsdagen, Ueberück v. Märzkranz von der Genossenschaftsbrauerei 4.75, Gaben, Beitrag des Wahlkreises Guben-Lübben 100, -1, Göttingen, 12. hannov. Wahlkreis, 2. Halbjahr 1909 110.80, Grafsee 1.50, Hamburg, 1. Wahlk. 6000, -1, Hamburg, 2. Wahlkreis 7000, -1, Hamburg, 3. Wahlkreis 10 000, -1, Igehoe sozialdemokr. Zentral-Wahlverein des 5. sächs. -holst. Wahlkreises 295.44, KSn a. Ks., Reg.-B. 20, -1, Lichtenberg, für den Wahlrechtskampf v. W. St. 8, -1, Pöge, R. d. 10.08, Welle-Diepholz, 5. hannov. Wahlk. 43.42, Meerane, 17. sächs. Kreis 1. Quart. 1910 125, -1, Nürnberg, Gau Nordbayern, 4. Quartal 1909, Wahlkreise: Regensburg 46.71; Amberg 8.25; Neumarkt 4.16; Reunburg 3.57; Neustadt a. W. R. 20.37; Hof 136.89; Bayreuth 138.48; Forchheim-Kulmbach 36.60; Kronach-Lichtenfels 65.79; Bamberg 57.83; Nürnberg 131.83; Erlangen-Regen 482.51; Ansbach-Schwabach 107.46; Eichstätt 10.53; Dinkelsbühl 19.23; Rothenburg 10.83; Altschaffenburg 61.92; Aizingen 12.27; Lohr 11.01; Neustadt a. Saale 17.61; Schweinfurt 92.10; Würzburg 96.21; Summa 2734.23, Nordhausen-Graßkufel-Hohenstein, sozialdemokr. Verein, 2. 3. und 4. Quart. 09 272.10, Ober-Schönewalde, Ueberück einer Kranzsp. d. Saales 29.27, Summisfabrik der A. G. B. 33.40, Oberkroba, sozialdemokr. Verein d. 15. sächs. Reichstagswahlk., 4. Quart. 09 450, -1, Plauen i. S., G. S., -1, Pantom, Ueberück v. Märzkranz v. d. Arb. der Firma Giesele 10.45, Rom, Bg. v. B. 20, -1, Rindorf, gesammelt bei Geburtstagsfeier des Genossen K. 1.20, Saargemünd-Förschlag, soz. Kreisverein, 2. 3. und 4. Quartal 09 14.94, Stettin, Provinz Pommern 4. Quartal 1909, Wahlkreise: Stettin 219.78; Randow-Greifenhagen 302.72; Uedermünde-Ulsted-Wollin 76, -1, Greifswald-Grümmen 61.84; Stralsund-Rügen 67.66 (darunter von Frauen 4.42); Anklam-Demmin 20.72 (darunter von Frauen -69); Kolberg-Roslin 3. Quartal 41.54 (darunter von Frauen 1.54); Stolp-Ranenburg 13.58 (darunter von Frauen -66); Ranzburg-Regenwalde 10.28; Khrig-Saargig 11.60 (darunter von Frauen -04); Greifenburg-Ramin 9.84 (darunter von Frauen -40); Reustettin 8.04; Dromburg-Schweibitz 3, -1 (darunter von Frauen -20); Vätow-Rummelsburg 4.80; Summa 981.20, Stuttgart, G. U. 10, -1, Steglitz, Sammlung zur Gemeindefahrt 1. Dez. 6, -1, Wegelad, sozialdemokr. Kreiswahlverein d. 18. hannov. Wahlk., 1. Quart. 1910 206.80, Weylar-Altenkirchen, Wahlkreisbeitrag für 3. u. 4. Quart. 1909 50, -1,

In der Dultung in Nr. 63 des „Vorwärts“ v. 15. 3. d. J. muß es unter Vordr., Heilstätte, nicht heißen Pab. V. III, sondern P. I und III. In der gleichen Dultung muß es unter den Beiträgen der Provinz Westpreußen nicht heißen Wahlkreis Konig 7.46, sondern -46; dafür muß der Wahlkreis Schwieg mit 7.20 eingefügt werden.

Berlin, den 12. April 1910.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 60.

Reichstag.

66. Sitzung vom Montag, den 18. April, mittags 12 Uhr.

Am Bundespräsident: Kommissare.
Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident Graf Schwerin Mitteilung von dem in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erfolgten Tode des Abg. Graf Oriola (b. I. Pr.); das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung.

Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß der Staatssekretär Deibred durch Krankheit verhindert ist, den Entwurf im Hause zu vertreten; er hoffe aber, im Laufe der Verhandlungen noch erscheinen zu können.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die Anregungen für eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgebung liegen schon weit zurück, zugleich mit Anregungen zu ihrer Ausdehnung, vor allem auf die Witwen und Waisen. Der Entwurf bringt auch wesentliche materielle Veränderungen der Versicherungsgebung; in der Krankenversicherung wird der von ihr umfaßte Personenkreis sehr erheblich erweitert, von 13 auf 20 Millionen Personen. Der Entwurf schafft Versicherungsämter, nicht als Organe der Versicherten, sondern als

Behörden des Reichs und der Einzelstaaten. Gegen diese neue Einrichtung hat man den Vorwurf erhoben, sie schädigen die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Meine Freunde teilen diese Befürchtung nicht, sondern stehen — vorbehaltlich der Einzelheiten — der Einrichtung der Versicherungsämter sympathisch gegenüber; daß auch die versicherten Arbeiter Vertreter zum Versicherungsamt wählen und dadurch in der Verwaltung mit tätig sind, ist jedenfalls zu begrüßen. — Eingreifend wird durch den Entwurf die Krankenversicherung geändert. Träger der Versicherung bleiben die Krankenkassen, aber ihre Bezirke und Organisation werden erheblich geändert. Während bisher die Arbeiter 2/3, die Arbeitgeber 1/3 der Beiträge zahlten, sollen nach dem Entwurf beide Gruppen die Hälfte zahlen, und der Vorsitzende des Vorstandes soll in beiden Gruppen getrennt gewählt werden, und wenn sich beide Gruppen nicht auf dieselbe Person einigen, soll er vom Versicherungsamt ernannt werden. Dadurch wird die Stellung der Arbeiter im Vorstande verschlechtert. Der Entwurf regelt die Stellung der Kassen zu den Ärzten, Zahnärzten und Krankenpflegern, dagegen nicht die zu den Angestellten; hier muß die Kommission Wandel schaffen. Bei der Ausdehnung der Versicherung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung und das Gefinde gewinnt die Frage der Arztfrage ein viel engeres Gesicht als bisher. Ob aber die Regelung der Arztfrage, wie der Entwurf sie vorsieht, möglich ist, erscheint mir sehr zweifelhaft; hier wird die Kommission sehr ernst die Grundlagen des Entwurfs zu prüfen haben. Ebenso wird zu prüfen sein, ob dem Verlangen der Apotheker nach Änderung der Paragraphen, die ihre Stellung zu den Kassen regeln, vor allem des § 405, Rechnung zu tragen ist.

Bei der Invalidenversicherung hat der Entwurf die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre abgelehnt; es wurde davon eine Mehrbelastung von 28 Millionen Mark befürchtet. — Auffällig ist, daß Witwen und Waisen, die nach dem 1. Januar 1910 in diesen Fall geraten sind, noch nicht versichert sein sollen; das entspricht nicht den Zusagen, die bei der Beratung des Politarifs im Jahre 1902 gemacht sind. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Entwurf muß bezüglich der Hinterbliebenenversicherung rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1910 erhalten. Zu erwägen ist auch, ob die Beiträge und Pensionsätze nicht zu erhöhen sind, angesichts der in der Zeit, seit man sich mit dem Entwurf beschäftigt, gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. — Der Entwurf bedarf also in vielen Punkten noch sehr enger Durchberatung, aber im ganzen wird er hoffentlich zum Segen des deutschen Volkes beitragen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schider (L.): Meine Freunde begrüßen mit Genehmigung, daß der Plan der Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige ausgegeben ist. — 6-7 Millionen Personen, darunter vor allem landwirtschaftliche Arbeiter, sollen neu in die Versicherung einbezogen werden, was eine Belastung mit 60 Millionen Mark verursachen würde. Es ist genau zu prüfen, ob die Landwirtschaft diese Belastung ertragen kann. Wir begrüßen es, daß man die ländlichen Versicherten nicht in die Schablone der Ortskrankenkassen pressen will. Sehr erfreulich ist auch, daß man der parteipolitischen Ausschachtung der Krankenkassen durch anderweitige Stimmverteilung entgegengetreten will. — Es wird zu prüfen sein, ob die Regelung der freilich sehr schwierigen Beziehungen zwischen Kassen und Ärzten, wie sie in der Vorlage vorgeschlagen wird, das Richtige trifft. — Die Angliederung der Hinterbliebenenversicherung an die Invalidenversicherung scheint uns durchaus angemessen zu sein. Es darf nicht vergessen werden, daß die Hinterbliebenenversicherung die Inanspruchnahme eines bisher unbeachteten Feldes bedeutet. — Die Versicherungsämter sind zahlreichen Bedenken begegnet, namentlich auch seitens der Berufsvereinigungen. Auch in unserer Fraktion bestehen wesentliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Organisation. Wir hoffen jedoch, daß diese Bedenken und unsere Bedenken gegen anderweitige Bestimmungen im Laufe der Kommissionsberatungen sich beseitigen lassen und daß ein Werk zustande kommt, welches dem Vaterlande und der minderbemittelten Bevölkerung zum Segen gereicht. (Beifall rechts.)

Abg. Horn-Reuß (natl., schwer verständlich): Wir werden die Vorlage objektiv und wohlwollend prüfen. Auch wir begen mancherlei Bedenken, hoffen jedoch, wie der Vordredner, daß sie in der Kommission beseitigt werden. — Mit der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung sind wir einverstanden. Wir begrüßen ferner im

Gestirne in dem Rachsinnen über ihre ewige Gesetzmäßigkeit den Sinn vom Jzwange blinder Begierden geläutert hat, sagt an des Alters Schwelle zu einem jungen blühenden Geschöpf, der Tochter seines Schuidners, zarte Reizung. Er weiß nicht, daß sie sein Werden nur aus Liebe zum Vater, um die Schuld zu tilgen, angenommen. Ihr offenes Bekenntnis in der Hochzeitsnacht, daß sie mit ganzer Seele an einem anderen hängt und nur aus Pflicht dem Gatten dienen werde, ruft ihn zu schmerzlicher Besinnung. Kein Wort des Jorns, kein Vorwurf drängt sich über seine Lippen. Er denkt der Sterne und daß das Handeln der Menschen gleich unbedarbarer Notwendigkeit gehorcht. Kein Wille kann es ändern. So mag die Sobede tun, wozu ihr Inneres sie treibt und zu dem fremden Jüngling, der ihr das Glück bedeutet, gehen. Diese gehegte Unterwerfung unter das Schicksal wird in edel feierlichen, schönen Wortakorden verherrlicht. Aber die Innigkeit und Wärme des Gefühls, die dem Leser an vielen Stellen entgegenströmt, verfliegt, sobald man die Figuren auf der Bühne vor sich sieht und sie immer nur als Instrumente des Dichters melodisch tönen, doch nirgends als eigen-lebendige Individualitäten dramatisch-charakteristisch sprechen hört. Die Freiheit, die die Sobede erfährt, hat ihr namenloses Elend gebracht. Gebrochen, um einer Dirne willen von dem schönen Jüngling fortgeführt, kehrt das Mädchen am Morgen heim. Sie sucht den Tod. Und als sie mit geschmetterten Gliedern, sterbend das erste sanfte Anklag des Gatten gültig über sich gebeugt sieht, fällt es ihr wie Schleier von den Augen; sie fühlt, daß sie ihn wie keinen anderen hätte lieben können. Was dazwischen liegt: der ganze zweite Akt ist poetisches leeres Gähnen, das durch allgand übertriebene Tragheit vergebens Bewegung vorzutauschen sucht. Das sein gestimmte Spiel der Sorma fand in der letzten Szene, dem aufsteigenden Erleben eines neuen Glüdes und Verlöschen des Lebens, den Höhepunkt.

Reizend, grazios und munter war sie in der drohenden Schattigen Blauder, wo sie eine zwischen sentimentalem Pfliz und ehelicher Kameradschaft hin- und herpendelnde Lady, eine Art von travestierter Candida zu geben hatte. Der exemplarische Ehemann, dem die Gedichte des Liebhabers, eines schwächenden jungen Poeten, in die Hände fallen, rechnet sich diese Dokumente im Namen der Gemahlin nur als Ehre an. Um so empfindlicher wird er, als der Verfasser leugnet. In befallender Vorerstellung stehen sich die beiden gegenüber; erst durch das Eingreifen der trefflichen Dame wird der Friede hergestellt. Die Herren Siebert und Konberg assistierten der Sormaschen Lady mit viel Humor.

Schiller-Theater Charlottenburg: „Die Ratafomben“. Von Gustav Davis. Ist da ein Offizial, namens Bohrmann, eines jener Originale von beaniteten Stubenholdern, wie sie in solch ausgeprägter Art noch ziemlich häufig in süddeutschen oder österreichischen Amstufen gezeiten: Jüwiderwurgen, Kauger, farschlücker Verneiner, feind jedweder Strederei und Dummhüchheit, grober Kerl nach oben wie unten, kurz und gut: eine ehrliche, leuzbrade „Haut“ mit warmem Herzen und aufrechten Denken. Reinhold Kötlin, er selber eine prächtige Schwabematur, ist geradezu prädisponiert für die Darstellung dieses Beamtenstypus. Seine einzig humorvolle Charakterisierung entschied von vornherein den

Vombenerfolg, den dies Lustspiel davontrug. Gustav Davis bringt mit ihm ein neues Genre: lauter Archidbeamte einer Hofgüterdirektion aller Chargen, höchste wie subalterne. Man muß sagen: er kennt seine Leute, hat sie gründlich an Ort und Stelle studiert und liebevoll nachgezeichnet. Es steht da noch im Beamtenkörper ein Stück Atmosphäre aus vormärzlichen Zeiten, als da sind: Protektionswirtschaft, bürokratische Vornehmheit, unfähiges Wanzgen- und Stredertum. Jeder sucht nach „oben“ zu gelangen, sette Posten mit minimalster Arbeitsleistung zu ergattern. Hierzu liefert Davis allerdings Schulbeispiele. Und weil er selber weder des lachenden Humors noch des satirisch gefärbten Wizes ermangelt, so wirkt er außerordentlich amfiant. Freilich ist es ihm noch nicht gelungen, ein technisch einwandfreies Lustspiel zu schaffen. Er mutet uns mancherlei Unlogik und Unwahrscheinlichkeit zu. Und was vollends die tolle Russin Rastja Borowjew angeht, so meinen wir plötzlich aus dem Lustspiel ins Varietés veretzt zu sein. Gleichwohl nehmen wir auch diese Figur in Kauf, weil es der glänzenden Darstellung Else Basas gelingt, uns völlig zu fesseln. Daneben traten dann noch Martin Hartwig und Marie Gundra aus dem Rahmen des Ensembles heraus, das den äußerlichen Lacherfolg steigern half.

Notizen.

Die große Berliner Kunstausstellung wird in diesem Jahre ihre Eintrittspreise erhöhen. An den Sonn- und Festtagen während des ganzen Tages und an den Wochentagen abends von 6 Uhr ab an beträgt der Eintrittspreis 50 Pf. Für die übrigen Zeiten ist jedoch das Eintrittsgeld auf 1 R. festgesetzt worden.

Die Zensur im Dienste des schwarz-blauen Blocks. Dem Hebbeltheater sind gleich drei Stücke auf einmal verboten worden, darunter Otto Erler's Komödie „Meliqre“. Dies Stück, das den Untertitel „Die Hofen des heiligen Bartolus“ führt, hat den uralten und wohlberkmt aus fasthollischen Quellen stammenden Schwankstoff verarbeitet, wie eine Königschöfe bei einem Liebesabenteuer zurückbleibt und nun für eine Reliquie ausgegeben wird, damit kein Ungernis entsteht. Die Zensur hat aber doch Ungernis daran genommen.

Der Hr.-Wilhelm-Meister Coelkes, den ein glühendes Gesicht und so wunderbar erhalten hat, ist bekanntlich Gegenstand kapitalistisch-juristisch Streitfragen geworden. Vielleicht kann er gar nicht beröfentlich werden, weil — die Erben Coelkes Einspruch erheben oder von diesem unerwarteten Erbsück noch Gewinn beziehen könnten. Solche Erben haben sich denn auch in Gestalt des Grafen Hendell v. Donnermark und des Dr. Vulpis gemeldet. Hinter den Kulissen wird jetzt um die Erbschaft gefeilscht. Armer Coelke! Wundervolles Beispiel, wohin das Privatigentum an Kulturgütern führt!

Der Halleische Komet, der sich der Sonne feht mit großer Geschwindigkeit nähert, ist auf der Wiener Sternwarte bereits Freitag nacht aufgefunden und mit Hilfe des großen Refraktors längere Zeit verfolgt worden. Der Komet, dessen Schweif noch nicht sichtbar wurde, hatte die Helligkeit eines Sternes dritter Größe.

Kleines Feuilleton.

Aus der Entwicklungsgeschichte der Kleider. Dr. Webb, ein herbortragender Erforscher vollständiger und kulturhistorischer Fragen, hat in London einen merkwürdigen Vortrag gehalten, worin er sich mit eigenartigen Tatsachen in der Entwicklungsgeschichte unserer gewöhnlichsten Kleidungsstücke befaßt hat. Nach seinen Ausführungen müßte man wirklich zu dem Schluss gelangen, daß die Grundzüge und wesentlichen Bestandteile unserer Kleider trotz aller Wandlungen, die sie durch die Mode von Jahr zu Jahr erfahren, noch immer Eigenschaften besitzen, die auf ein hohes Alter zurückgehen und verhältnismäßig unveränderlich zu sein scheinen. Als das älteste Kleidungsstück bezeichnet Dr. Webb den Schal, der gleichzeitig als rodfartige Bekleidung beider Geschlechter benutzt wurde. Näht man sie in geeigneter Weise in der Mitte zusammen, so entsteht daraus ein Paar Hosen. Ob der früheste Ursprung des Weinleides diesen Weg genommen hat, läßt sich wohl schwerlich noch ergründen, aber jedenfalls kann er so gewesen sein. Ganz sonderbar, aber nicht weniger einleuchtend ist die Erklärung, warum der männliche Hut gewöhnlich von einem Band umgeben ist. Dr. Webb betrachtet dies als ein Ueberbleibsel der Kopfbinde, mit der zunächst der Schal, so weit er als Kopfbedeckung benutzt wurde, über dem Haupt zusammengebunden wurde. Auch die Zeit, in der die Hute noch nicht nach Nichteckformen hergestellt und verkauft wurden, sondern durch Schmirnvorrichtungen dem Kopf angepaßt werden mußten, macht sich heute noch in einigen Ueberbleibseln bemerkbar. Bei der männlichen Kopfbedeckung wird eine Verjüngung in Form von Schnallen, Federn (Alpenhut) und dergleichen immer auf der linken Seite angebracht. Warum? — Dr. Webb findet die einzig mögliche Deutung darin, daß er diese Seite auf eine Zeit zurückführt, als das Schwert und sein Gebrauch noch zu den alltäglichen Gewohnheiten des Mannes gehörte und er bei der Föhrung der Waffe dadurch hätte behindert sein können, wenn er auf der rechten Seite seiner Kopfbedeckung einen herabhängenden Federbümel gehabt hätte. Den noch heute überall vorbereiteten Feuerwehrlhelm leitet der Forscher unmittelbar von den alten Helmen der Griechen her, dem er fast unverändert entsprechen soll.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Sormagastspiel (Hochzeit der Sobede von Hugo von Hofmannsthal. Wie er ihren Mann belog von Bernard Shaw.) Der Wortlaut und lyrische Stimmungsgelhalt Hofmannsthalscher Weise bietet im Theater für den Wangel dramatischer Entwicklung keinen genügenden Erfolg. Das ließ die Darstellung der Dame am Fenster* trotz aller nistierenden Lebendigkeit der Sorma spüren; und dieser Eindruck, nur noch in sehr verhöfster Nähe, stellte sich auch bei der Aufföhrung der breiter ausgefponnenen „Sobede“ ein. Das Wiederhervorholen des Stückes, das in den neunziger Jahren mit dem „Abenteurer“ zusammen von Brahms im Deutschen Theater gegeben wurde, hat sich kaum verlohnt.

Dem Dichter schweben Szenen von stiller, tief im Menschlichen wurzelnder Tragik vor. Ein Weiser, der im Anshauen der

Prinzip die Ausdehnung der Versicherung auf weitere Kreise des Mittelstandes; die detaillierten Vorschläge freilich teilweise nicht unbedenklich und bedürfen der eingehenden Prüfung in der Kommission. Ebenso wird sich die Kommission sehr eingehend mit den Forderungen der Ärzte zu beschäftigen haben, wie sie eben erst der außerordentlichen Versammlung formuliert hat. Auch die Einschränkung der Betriebskrankenkassen ist nicht unbedenklich, — im allgemeinen haben sie sich bewährt, die Angriffe sozialdemokratisch geleiteter Ortskrankenkassen gegen die Betriebskrankenkassen rühren nur daher, daß in diesen die Sozialdemokratie keinen Einfluß gewinnen kann. Weil sie den Einfluß in den Ortskrankenkassen nicht verlieren will, ist die Sozialdemokratie gegen die gleichmäßige Verwaltung dieser Kassen durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Geldierung der Beiträge, obwohl die Arbeiter dadurch 50 Millionen Mark sparen würden, welche die Arbeitgeber nicht aufzubringen hätten. Aber im allgemeinen Interesse liegt diese gleichmäßige Verwaltung der Kassen durchaus. — Die Apotheker wenden sich dagegen, daß Gegenstände des Handelsverkehrs an Krankenkassen nur zu Handverkaufspreisen abgegeben werden sollen, auch wenn sie auf Rezept hin verordnet werden. Mit Recht sagen die Apotheker, daß dadurch namentlich die kleinen Apotheken schwer geschädigt werden. Aber andererseits wird ihnen durch die Ausdehnung der Krankenversicherung neuer Gewinn zugeführt. Mit den Bestimmungen der Hinterbliebenenversicherung sind meine Freunde im allgemeinen einverstanden. In der Kommissionsberatung werden wir fleißig mitarbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hr. Dr. Mugdan (Fortschr. Sp.): Graf Bosadowitz meinte, zur Schaffung einer einheitlichen Reichsversicherungsordnung gehöre ein Diktator. Die Vorlage aber, wie sie ist und präsentiert wird, schmückt vielmehr nach einem Cunctator. Für einen Schritt vorwärts tut man zwei zurück. Ein Rückschritt sind vor allem die Landkrankenkassen, denen jede Selbstverwaltung versagt bleibt. Man kann den landwirtschaftlichen Arbeiter gegen seinen Willen ins Krankenhaus bringen und seiner Familie die Unterstützung entziehen. Ich bedauere, daß die Verfasser des Entwurfs und die Regierung so wenig die Reichen der Zeit verstehen. Sie sagen selbst, daß es der Landwirtschaft geht, nur unter der Leitung leidet sie. Und da trifft man Bestimmungen, durch welche den landwirtschaftlichen Arbeitern zu Gemüte geführt wird, daß sie als Arbeiter zweiten Grades behandelt werden. Das muß die Landwirtschaft noch verneinern. (Sehr wahr! links.) Weiter spricht der Entwurf von einer Vereinfachung der Versicherung und will die kleinen Klassen und Kassen beseitigen. Aber er läßt Betriebskrankenkassen bestehen, auch wenn sie nur 100 Mitglieder haben, und Innungskrankenkassen läßt er zu ganz ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl. (Hört! hört! links.) Auch nach dem Entwurf wird es noch zahlreiche Arbeiter geben, die bei jedem Arbeitswechsel die Krankenkasse wechseln müssen. Die Leistungen der Krankenkassen erhöht der Entwurf nicht; er unterläßt eben die Schaffung großer leistungsfähiger Klassen über einen ganzen Stadt- oder Landkreis. Deshalb werden meine Freunde aber auch nicht den Entschlossenheitsvorschlagen der freien Hilfskassen zustimmen können. Das gleiche gilt für die Halbierung der Beiträge; bei allgemeinen großen Ortskrankenkassen stimmen wir der Halbierung der Beiträge und der darin liegenden Verstärkung der Selbstverwaltung der versicherten Arbeiter zu. Da solche nicht in Frage kommen, und da Millionen von Arbeitern den Landkrankenkassen ohne jede Selbstverwaltung zugewiesen werden können, können wir einer Beschränkung der Selbstverwaltung, wie sie in der Halbierung der Beiträge liegt, nicht zustimmen. (Zustimmung links.) Bei der Regelung der Arztfrage hätte man die württembergischen Einrichtungen zum Muster nehmen müssen, wo sie geradezu vorbildlich sind. Statt dessen sind ganz komplizierte Bestimmungen getroffen, und die obere Verwaltungsbehörde soll diese Bestimmungen für die Betriebskrankenkassen des Reiches und Staates außer Kraft setzen dürfen. Die Bestimmungen über die Vertragsabschluss werden den Krieg zwischen Ärzten und Krankenkassen verewigen. Dieselbe behördliche Bevormundung zeigt sich auch gegenüber den Apothekern. Inerhört ist der Eingriff der Regierung in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Apotheker, denen sie vorschreiben will, bei Rezepten den Krankenkassen Handverkaufspreise zu bewilligen; die Regierung will sogar den Rabatt bestimmen, den die Apotheker den Krankenkassen zu gewähren haben. Ueberhaupt ist der Entwurf durchweht von dem Gedanken der Vorgesetztheit der Behörden. Früher beruhte der Erfolg der Arbeiterversicherung auf der freiwilligen, opfermätigen Tätigkeit der Versicherten; in der Zukunft wird es lediglich darauf ankommen, ob die Verwaltungsbehörde gut funktioniert.

Die Versicherungsämter scheinen jetzt auch beim Zentrum auf Widerstand zu stoßen, das früher so intensiv nach ihnen als dem gemeinsamen Fundament der gesamten Versicherungszweige gerufen hat. Aber ein geringerer Unterbau der Versicherungen ist eben nicht zu finden, wenigstens solange nicht, als die verschiedenen Versicherungen so wesentlich gleich sind. Wohl sind wir für gemeinsame Ausschüsse, aber nicht für neue Polizeibehörden, denn Polizeien haben wir in Deutschland gerade genug. (Sehr richtig! links.) Wer steht uns denn für die sozialpolitische Sicherung der vorgelegten Versicherungssammlungen? Auf deutschen Universitäten liegt man keine Kollegen über Arbeiterversicherung. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Warum scheut man sich so, die Frauen zu den Versicherungsämtern zuzuziehen? Gerade die Mitarbeit der Frauen würde sehr wertvoll sein. (Sehr richtig! links.) — Man sträubt sich sehr dagegen, Arbeiter zur Festlegung der Unfallrenten zuzuziehen. Ich verstehe dies Strauben nicht so recht. Das Zentrum ließ durch Herrn Spahn erklären, daß es fleißig mitarbeiten würde, damit etwas Nützliches zustande komme. Das glaube ich. Nach dem Plaisio seiner glorreichen Hinterbliebenenversicherung hat es alle Veranlassung dazu. Schade, daß damals, beim Posttarif, die Sozialdemokraten dem Zentrum auf den Leim getreten sind und für die Witwen- und Waisenversicherung gestimmt haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Wäre diese Versicherung abgelehnt worden, so wäre vielleicht mancher Rentensammlungsleiter schwankend geworden und hätte gegen den Posttarif gestimmt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Rauber Glauben!) Wie haben doch damals die Zentrumredner die Witwen- und Waisenversicherung als „Rednung des sozialen Gedäubes“ gepriesen. Und was kommt heraus? Klägliche Renten, die man mit Recht als Pfennigrenten bezeichnet. (Lebhafter Zustimmung links.) Daß der Versuch der gemeinsamen Kodifizierung der Arbeiterversicherung nicht gelungen ist, liegt in der Natur der Sache; ihre Vereinheitlichung kann nicht mit einem Male erfolgen, sondern nur allmählich. Ich will auch nicht verschweigen, daß das Werk theoretisch einen großen und bleibenden Wert hat; praktisch ist der Wert nur gering. Wir werden uns an der Kommissionsberatung beteiligen und versuchen zu retten, was zu retten ist. (Lebhafter Beifall bei der Fortschritt. Sp.)

Hr. Mollenhuth (Soz.): Der Vordredner behauptete, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter entrechtet werden durch den Entwurf. Bei der gottgewollten Abhängigkeit der Regierung von den Agrariern ist es ja gar nicht anders möglich. (Sehr richtig! d. d. Soziald.) Weiter läßt sich der Vordredner darin, daß er meint, das Zentrum hätte 1902 den Posttarif verworfen, wenn die Witwen- und Waisenversicherung abgelehnt wäre. Denn das Zentrum ist keine Arbeiterpartei, sondern eine agrarische Partei. (Widerpruch im Zentrum.) Das Zentrum hat immer Grundbesitzerinteressen vertreten, sonst hätte es das Krankenversicherungsgesetz seinerzeit auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt; auch in die Alters- und Invalidenversicherung sind die land-

wirtschaftlichen Arbeiter nicht aufgenommen, nur 13 Mitglieder des Zentrums waren dafür zu haben, aber auch diese nur, wenn den Grundbesitzern als Kompensation die

Beschränkung der Freizügigkeit gegeben würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Ablehnung der Witwen- und Waisenversicherung wäre dem Zentrum ein großer Gefallen erwiesen worden; es hätte dann sagen können: wir haben den Witwen und Waisen sehr viel zugegeben. Jetzt müssen sie gestehen, daß sie den Witwen das Brot verteuert und nichts dafür gegeben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Kann zu der Vorlage selbst. Es ist zur Debatte gestellt, ohne daß es vollständig vorliegt; denn es fehlt noch das Einführungsgesetz. Das dickleibige Werk hat wohl theoretische Bedeutung, aber praktisch ist es für die Arbeiter von sehr geringer Bedeutung. Natürlich beurteilen es verschiedene Arbeitergruppen verschieden; diejenigen, welche bisher noch gar nicht versichert waren, werden ja vielleicht etwas günstiger gestellt, aber die schon bestehenden Beiträge werden erheblich verschlechtert, und hier nimmt der Entwurf den Versicherten weit mehr als er den Witwen und Waisen gibt. —

Als Zweck des Gesetzes wird die Vereinheitlichung der Versicherung angegeben. Wenn das der Fall ist, warum verzichtet man dann von vornherein auf jede Vereinheitlichung, indem man z. B. die Versicherung der Privatangestellten aus dem Gesetz herausläßt?

Die Höchstgrenze des Einkommens, bei welcher die Versicherungspflicht eintritt, ist im Jahre 1888 auf 2000 M. festgesetzt, und jetzt, im Jahre 1910 läßt man diese Grenze bestehen! Auch das ist eine Verschlechterung, weil 1888 ein Einkommen von 2000 M. eine höhere Lebenshaltung gestattete als heute. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als die Arbeiterversicherung geschaffen wurde, sollte sie eine Art Ergänzung des Sozialistengesetzes sein, nach dem Rezept: Peitsche und Zuckerbrot. Die Versicherungsgesetze haben natürlich die Sozialdemokratie ebensowenig vernichtet, wie das Sozialistengesetz dies vermocht hat; die Sozialdemokratie hat die Zahl ihrer Anhänger seit Erlaß der Versicherungsgesetze ungefähr verdreifacht. Schlimmer hätte es auch ohne Versicherungsgesetzgebung nicht kommen können. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Als man die Versicherungsgesetzgebung schuf, tappte man im Dunkeln über ihre Wirkungen; es fehlte an statistischen Grundlagen usw. Damals also hatte man einigermaßen triftige Entschuldigungsgründe für Unvollkommenheiten, Gründe, die heute, nach einem Vierteljahrhundert der Erprobung nicht mehr stichhaltig sind.

Als der Gedanke einer allgemeinen Revision der Versicherungsgesetzgebung auftaucht, stand im Vordergrund der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der gesamten Versicherung. Der Gedanke war keineswegs neu; er ist von Sozialdemokraten, wie Webel, schon in den siebziger Jahren vertreten worden. Von unserer Seite wurde schon bei der Beratung des ersten Krankenversicherungsgesetzes gegen die Zersplitterung der Kassen protestiert, belächelt vergeblich. Und die Vorlage, die uns heute beschickt, bringt diese Vereinheitlichung auch nicht.

Der Mangel an Einheit, die Zersplitterung der Kassen, ist keineswegs nur ein formaler Schönheitsfehler. Die Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung wird durch diese Zersplitterung schwer beeinträchtigt. Teilweise hat das schon Kollege Mugdan richtig auseinandergesetzt. Hätte man die ganze Krankenversicherung auf den einheitlichen Typ der Ortskrankenkassen gebracht, so würde man ungefähr 200 Paragraphen gespart haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen schafft man die

famosen Landläden, in denen man neben Landarbeitern auch die häßlichen Diensthofen, Bahnenpersonal und die aller heterogensten Elemente hineinsetzt. Daneben konterbiert man sorgfältig die Betriebskassen. Für den sozialpolitischen Wert gerade dieser Kassen oder wenigstens eines großen Teils dieser Kassen ist es bezeichnend, daß Staatsbetriebe, die solche Kassen haben, grundsätzlich Arbeiter über 40 Jahre nicht aufnehmen, um die Kassen nicht zu belasten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daneben konterbiert man auch die Innungskrankenkassen, weil man das Innungsleben fördern will; wenn die Innungen krank sind, sollen sie anderswo Heilung suchen als im Krankenversicherungsgesetz. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgaben der Krankenkassen können die Innungskassen nicht erfüllen, die im Durchschnitt nur 100 Mitglieder haben. Um das Innungsleben zu fördern, schädigt man die Krankenversicherung der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Für die Beschränkung der Selbstverwaltung

der Krankenkassen führen die Motive an, sie seien mehrfach zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Der ganze Mißbrauch wird wohl darin bestanden haben, daß hin und wieder auch Sozialdemokraten in den Vorstand gewählt sind. Das ist aber kein Mißbrauch, vielmehr sollen doch die Arbeiter die Männer ihres Vertrauens wählen. Die Berufsgenossenschaften ihrerseits wählen gewiß keine Sozialdemokraten, sondern Leute ihres Vertrauens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Keine Ortskrankenkasse hat je einen Sozialdemokraten in den Vorstand gewählt, weil er Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation ist. Aber eine ganze Anzahl Berufsgenossenschaften gehören dem Zentralverband deutscher Industrieller an, dessen vornehmste Aufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist; zu dieser Bekämpfung werden Mittel der Berufsgenossenschaften hergegeben, das ist ein politischer Mißbrauch allerersten Ranges. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Um die Entrechtung der Arbeiter bei den Krankenkassen zu begründen, sagen die Motive, die Unternehmer zahlen 807 Millionen Mark Versicherungsbeiträge, ohne eine Gegenleistung dafür zu haben. Bisher hat die Gesetzgebung diesen Standpunkt nicht gehabt. Noch 1908 wurde in der Denkschrift des Reichsamts des Innern gesagt, daß die Versicherungsbeiträge ein Teil der Produktionskosten sind, die vom Unternehmer nur ausgelegt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Motive sagen, die Unternehmer bekommen für diese 807 Millionen nichts; sie bekommen Arbeit dafür, für jeden Pfennig will der Unternehmer Arbeit haben, aus der er Mehrwert herausfährt. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Unternehmer sagt, der Arbeiter muß für mich arbeiten, und wenn ich ihm dafür zu essen gebe, so muß er mir dankbar sein, und dieser Standpunkt kommt in der Vorlage zum Ausdruck, von diesem Standpunkt aus wird die Entrechtung der Arbeiter gefordert. Nur sagt man, die Arbeiter haben ja ein Mitbestimmungsrecht. Bei den Betriebs- und Innungskassen bestimmt der § 3511, der Arbeitgeber oder sein Vertreter hat so viel Stimmen, wie die jeweilig anwesenden Versicherten zusammen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Bestimmung braucht man in einer Arbeiterversammlung nur vorzulesen, nichts, die schlimmste fogenannte Hechrede nicht, kann aufpeitschender wirken als solche Bestimmung, bei der man noch von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter spricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1888, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, gab man im Krankenversicherungsgesetz den Arbeitern eine Bewegungsfreiheit, weil man wußte, daß man mit den Bureautanten das Ding nicht würde durchführen können. Tatsächlich haben die Arbeiter von hohem Standpunkt aus in den Krankenkassen gearbeitet, und dafür dankt man ihnen jetzt mit dieser Entrechtung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Einzelheiten der Arztfrage will ich hier nicht eingehen; dazu wird in der Kommission und bei späteren Lesungen Gelegenheit sein. Wir sind gewiß bereit, den Ärzten entgegenzukommen, ihre Forderungen zu prüfen und ihre billigen Wünsche zu erfüllen. Aber exorbitante Forderungen, die geradezu zum Ruin der Krankenkassen führen müssen, weisen wir mit Entschiedenheit zurück! Die Kranken-

lassen sind schließlich doch nicht der Ärzte wegen da. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber manche Einzelheiten wird sich mein Parteifreund Robert Schmidt verbreiten. Ich möchte hier noch als schweren Mangel der Vorlage hervorheben, daß sie die Gelegenheit verabsäumt, die Unterstellung der Hausgewerbetreibenden unter die Invalidenversicherung gesetzlich festzulegen. Diese Unterstellung soll also auch in Zukunft bundestätlicher Verfügung überlassen bleiben. Jetzt, wo der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenversicherung angegliedert werden soll, wäre es an der Zeit gewesen, diese Versicherung auf ganz andere Grundlagen zu stellen, nämlich das wirkliche Einkommen der Versicherung und damit der Rentenfestsetzung zugrunde zu legen. Nur auf diese Weise würde es möglich sein, die Renten aus der Sphäre der Almosen herauszuheben. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Selbst bei der heutigen Höhe der Beiträge wären übrigens doch höhere Renten versicherungstechnisch möglich. Aber man sucht zu sparen, zu sparen um jeden Preis,

naturlich auf Kosten der Arbeiter. Daher die Verschönerung der Renten, daher das empörende System der „Rentenquetschen“, diese Rentenquotierungen, mit denen man vom Jahre 1902 ab arme Greise, Krüppel und Witwen — oft unter Anwendung empörender Härten (Lebhafter Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — heimsuchte. Es galt Geld zu schaffen für die so pomphaft angelegte Hinterbliebenenversicherung und daher jagte man armen Teufeln ihre kümmerlichen Renten ab.

Damit komme ich zu der Hinterbliebenenversicherung.

Belamntlich sollten ursprünglich alle Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Pölle für die Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden. Die Vor- und Nachgeschäfte des § 16 des Posttarifgesetzes, der Lox Trimborn, sind bekannt genug. Immer enger wurde der Kreis der Pölle gezogen, die für die Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten; von den Pöllen, die schließlich übrig blieben, ließen aber keine Ueberschüsse ein, weil das, was einlief, von den Einfuhrzöllen aufgezehrt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So suchte man denn anderweitig Geld zu beschaffen, und so verfiel man auf das oben geschilderte System der Rentenquotierungen. — Es konnte unter solchen Umständen nicht ausbleiben, daß auch der Kreis der Personen, auf die die Lox Trimborn sich erstrecken sollte, immer mehr eingeschränkt wurde.

Trimborn hat den Weg schon gewiesen, als er beantragte, nur den invaliden Witwen Rente zu bewilligen; mindestens sollte man doch jeder erwerbslosen Witwe die Rente geben. Und nun die Höhe der Renten! Sie sind die reinen Almosen. In Schöneberg bezahlt die Armenverwaltung für einen Säugling 252 M. pro Jahr, für Kinder von 2—3 Jahren 216 M. und für ältere Kinder 100 M. Mit diesem Almosen vergleiche man die Reichsversicherung, die 40 M. Rente pro Jahr

für ein Kind gibt. — An Verwaltungsstellen verlangt die Krankenversicherung am wenigsten von allen; deshalb muß gerade sie ausgebaut werden, und nach ihrem Muster auch andere, damit wir eine wirkliche Invalidenversicherung bekommen, und dann im Anschluß daran auch eine Witwen- und Waisenversicherung, eine Mutterschaftsversicherung, eine Schwangerschaftsversicherung, und im Laufe der Zeit auch eine Arbeitslosenversicherung. Aber da fürchtet man sich vor den Kosten; diese fürcht vor dem Bankrott kommt aber immer nur bei der Sozialpolitik. Wenn man 1888 gesagt hätte, daß bis zum Jahre 1907 für die Arbeiterversicherung die Unternehmer 4014 Millionen Mark hergeben sollten, so hätte man erwidert, damit schlägt man unsere Industrie tot. Aber das Gegenteil ist eingetreten, unsere Industrie hat einen Aufschwung genommen wie in keinem anderen Lande der Welt. Alle diese Summen, die nötig wären für eine Mutterschafts-, eine Schwangerschafts-, eine Arbeitslosenversicherung usw., sind doch nicht Gelder, die man erspart, wenn man die Versicherung nicht hat. Krankheit, Unfälle, Invalidität, Schwangerschaft usw. kommen auch vor, ohne daß diese Versicherung eingeführt ist, sie müssen dann aber gerade von den schwächsten Schultern getragen werden. Mancher Arbeitslose wird Vagabund oder Verbrecher. Die Kosten, die seine Verurteilung und der Strafvollzug ausmachen, sind ganz gewaltig. Wenn man diese Summen bei der Arbeitslosenversicherung angelegt hätte, der Mann wäre vielleicht kein Verbrecher geworden und hätte der Gesellschaft erhalten werden können. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Arbeiterversicherung betrachtet werden. Mit Einführung der Arbeiterversicherung ist die

sterblichkeitsziffer in Deutschland ständig zurückgegangen von 27 auf 20,46. Ob ein Zusammenhang besteht, bleibt dahingestellt, jedenfalls liegt mehr vor als ein rein zeitliches Zusammenreffen. Mögen die Regierenden die Arbeiterchutzgesetze einmal ebenso behandeln wie die Militärsgesetze. Da wird auch nicht nach den Kosten gefragt, sondern es wird aus dem Vollen gewirtschaftet auf Kosten des arbeitenden Volkes. Zentrum und Konservative empfinden da keinerlei Skrupel. Man treibe einmal eine wirkliche Sozialpolitik. Würde man sich in Deutschland entschließen, eine wirkliche Invaliden- und Arbeiterversicherung zu machen, das englische Proletariat würde sicher ein so starkes Druck auf seine Regierung ausüben, daß sie das nachmachen müßte. Ein solcher

Weitstreit der Mächte

hätt bei Brennhölz des Krieges das Brennhölz des Friedens zusammenzutragen, wäre mehr wert als die volkfeindliche ewige Weiterkrieger. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Gewinne der Straßenbahnen.

Fast alle Gemeinden leiden unter Finanznöten. Die Bilanzierung der Städte macht immer größere Schwierigkeiten. Die Ursachen der wachsenden kommunalen Geldbedürfnisse sollen hier nicht erörtert werden, aber als Hinweis auf begangene Unterlassungen in der Erschließung von Einnahmequellen können die Gewinnaufweise der Straßenbahnen dienen.

Die größeren deutschen Straßenbahnen, die zumeist in der Form von Aktiengesellschaften bestehen, haben in den letzten Jahren sehr günstig abgefahren. Soweit bis jetzt Berichte vorliegen, ist bei 17 Straßenbahnen mit einem Aktienkapital von insgesamt 193,47 Millionen Mark die Durchschnittsdividende von 7,4 Proz. im Jahre 1908 auf 7,5 Proz. im Jahre 1909 hinaufgegangen. Die auszuschüttende Dividendensumme stieg von 14,24 auf 14,61 Millionen Mark. Die durchschnittliche Dividende der Straßenbahnen ist bereits von 1908 auf 1907 und von 1907 auf 1908 in die Höhe gegangen. Der Reingewinn der Straßenbahnen, die im ersten Quartal ihre Geschäftsergebnisse veröffentlichten, ist von 18,03 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 18,53 Millionen im Jahre 1909 hinaufgegangen. Dabei sind auch die Abschreibungen kräftig vermehrt worden; ihre Summe stellte sich 1909 auf 11,62 Millionen gegen 10,79 Millionen im Jahre 1908.

Hätten die in Betracht kommenden Kommunen das Verkehrsweisen nicht von Privatunternehmern kapitalistisch ausnutzen lassen, könnten sie aus den Ueberschüssen manches Loch zuspülen. Sie könnten den Verkehr verbilligen und doch noch etwas für den Gemeindefiskus erübrigen.

Deutschlands Außenhandel. Der Wert des deutschen Spezialhandels betrug ohne Edelmetalle in der Einfuhr im März d. J. 783,6 Millionen Mark, im 1. Vierteljahr 1910 2108,8 Millionen Mark (1907,6 Mill. d. V.), in der Ausfuhr 612,3 Millionen Mark im März

*) Fabius Maximus, römischer Diktator, Feldherr im Kriege gegen den Karthager Hannibal, erwarb sich durch seine vorsichtige oder übervorsichtige Kriegsführung den Beinamen „Cunctator“ oder „Zauderer“.

Im 1. Vierteljahr d. J. 1726,3 Millionen Mark (1503,1 Mill.). Der Edelmetallverkehr betrug in der Einfuhr im März 42,4 Millionen, im 1. Vierteljahr 92,4 Millionen Mark (83 Mill.), in der Ausfuhr 34,9 und 67,4 Millionen Mark (82,6 Mill.).

Rückgang des Schnapskonsums.

Die monatlichen Rückweise über Branntweinsteuerung lassen für die Zeit nach dem Inkrafttreten der neuen Steuern ziffernmäßig einen ziemlich bedeutenden Rückgang erkennen. Die an diese Zahlen geknüpften Schlussfolgerungen über den Branntwein- und Schnapskonsum, schließen allerdings weit über das Ziel hinaus, wenn die Vorkaufsmenge als Maßstab der Steuererhöhung unberücksichtigt bleibt. Daß der Vorkauf dort, wo er genügend propagiert wird, aber doch gut wirkt, dafür liefert unter anderem auch der Geschäftsbericht des Konsumvereins „Vorwärts“ in Ludenwalde einen guten Beweis. Im letzten Quartal 1908 verkaufte der Konsumverein 21 142 Liter Schnaps, im vierten Quartal 1909 nur noch 12 623 Liter. Der Rückgang macht über 40 Prozent aus. Es muß also doch!

Wegen die Einführung von Schiffsverkehrsabgaben sprach sich ganz entschieden die Wagdeburger Handelskammer aus, in einer am 16. April abgehaltenen Versammlung, zu der auch Interessenten aus Schiffsverkehrsreisen und Vertreter mehrerer Kommunen erschienen waren.

Ein Kaffee-monopol.

In österreichischen Blättern ventiliert man gegenwärtig eine Anregung, die darauf hinausläuft, durch Einführung eines Kaffee-monopols einen Teil der Gewinne, die heute den Kaffeehändlern zufallen, der Staatskasse zu sichern. Von den rund 550 000 Meterzentnern Rohkaffee, welche die Doppelmonarchie gegenwärtig im Jahre konsumiert, kommen 510 000 Meterzentner aus Brasilien und nur 40 000 Meterzentner aus den sonstigen Produktionsländern. Der brasilianische Kaffee stellt sich loco Trieste und untergibt auf 85 Heller pro Kilogramm, der außerbrasilianische auf 128 Heller. Da nun auf jeden Sach nicht-brasilianischen Kaffees 12 Sach aus Brasilien entfallen, so kostet das Kilogramm Kaffee vor Einfuhr in das österreich-ungarische Zollgebiet durchschnittlich 90 Heller. Hierzu kommen 88 Heller Zoll, also fast 100 Proz. vom Werte (h) und 20 Proz. Gewichtsverlust beim Rösten, so daß sich der Bezugspreis pro Kilogramm gerösteten Kaffees auf 2,40 Kronen stellt. Der Verkaufspreis beträgt nun aber 3,80 bis 4 Kronen pro Kilogramm. Das ergibt einen Gewinn des inländischen Kaffeehandels in Höhe von 1 bis 1,50 Kronen. In Wahrheit ist dieser Nutzen jedoch noch größer, denn der Profit der Händler beginnt schon vor dem Eintreffen des Rohkaffees in Trieste, da die Kaffeeproduzenten Brasiliens in den letzten Jahren kaum mehr als 40 Heller pro Kilogramm Rohkaffee erhielten.

Das Monopol ist so gedacht, daß sich der Staat nur das Recht der alleinigen Einfuhr reservieren soll; der Großverkauf hätte dann zu festen Preisen zu erfolgen und der Kleinhandel würde ganz in bisheriger Weise in Privathänden bleiben können.

Die Entwicklung des Viehstandes in den europäischen Staaten.

In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik veröffentlicht Prof. Dr. A. Steinbrück eine Untersuchung über die Entwicklung des Viehstandes während der letzten Jahrzehnte in den wichtigsten Staaten Europas. Dieser Aufstellung liegt folgende Umrechnung zugrunde. Es wurde ein Haupt Großvieh = 1 Rind = 1/2 Pferd = 2 Maultiere, Maulfelle oder Esel = 10 Schafen = 4 Schweinen = 12 Ziegen, alles ohne Rücksicht auf die Altersstufen, angenommen. Es zeigt sich dann, daß in allen Ländern seit den 60er Jahren die Zahl des Großviehs im Verhältnis zur Einwohnerzahl ständig gelunten ist, wenn auch in den letzten 20 Jahren in verlangsamtem Tempo. Es wurden gezählt:

Land	Jahr der Viehzählung	Haupt Großvieh	
		(ohne Pferde und Esel)	auf 1000 Einwohner
Deutsches Reich	1873	20 250 999	498
	1907	27 232 046	450
Frankreich	1806	15 248 782	432
	1906	17 593 948	447
Österreich	1893	11 180 652	468
	1900	11 028 909	422
Ungarn	1893	7 937 271	541
	1908	8 508 540	447
Schweiz	1886	1 145 388	454
	1906	1 688 563	507
Großbritannien	1867	13 168 543	434
	1908	15 853 031	382

Mit Ausnahme Frankreichs und der Schweiz hat also in allen Ländern eine zum Teil sehr erhebliche Abnahme des Viehbestandes, auf je 1000 Einwohner berechnet, stattgefunden. Freilich erlauben diese Angaben noch keine unmittelbaren Schlüsse auf die Fleischproduktion und den Fleischverbrauch der Bevölkerung, da das durchschnittliche Lebendgewicht und die Fleischreife der Tiere ständig gestiegen sind. So betrug in Deutschland das durchschnittliche Lebendgewicht bei Rälbern unter 6 Wochen 60, 1900: 55 Kilogramm, bei Rälbern von 6 Wochen bis 6 Monaten 94 bzw. 99 Kilogramm, bei Jungvieh von 1/2 bis 2 Jahren 210 bzw. 230, bei Stieren und Ochsen 460 bzw. 531 Kilogramm, bei Kühen 890 bzw. 443, bei Schweinen (1 Jahr und älter) 116 bzw. 126 Kilogramm. Innerhalb dürfte trotz dieser Steigerung des Lebendgewichtes der einzelnen Tiere eine Verminderung des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Fleischquantums zu konstatieren sein.

Aller Voraussicht nach werden wir in den nächsten Zeiten weiter mit Viehknappheit und demzufolge mit steigenden Viehpreisen zu rechnen haben.

Soziales.

Die Ärzte über die Reichsversicherungsordnung.

Eine Kundgebung der Ärzte gegen den Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung war der außerordentliche Deutsche Ärzteskongress, der vom Deutschen Ärzteverein nach Berlin einberufen worden war und am Sonntag abgehalten wurde. Er beschäftigte sich vornehmlich mit denjenigen Bestimmungen des Entwurfes, die das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten regeln wollen. Die Beteiligung an diesem Ärzteskongress war sehr groß; anwesend waren 491 Delegierte mit 23 710 Stimmen, durch die 350 Vereine vertreten wurden.

Das Referat des Dr. Streffer-Leipzig stellte sich auf den Standpunkt der Lübecker Beschlüsse, wettete gegen die „Kassenpotenzen aller Schattierungen“ und verlangte Freiheit der Verfolgung der Ärzte durch die Ehrengerichte, die sich dem Diktum des Leipziger Verbandes nicht unterwerfen, sondern Kassenmitglieder gegen die Beschlüsse des Verbandes ärztlich behandeln. In der Debatte traten nur wenige Ärzte gegen die freie Arztwahl ein. Angenommen wurde mit allen gegen drei Stimmen die folgende Resolution, die ihr Einverständnis mit den Vorschlägen der Referenten ausdrückt — in ihr ist auch Nichtinbeziehung der Personen mit mehr als 2000 M. Gehalt verlangt — und in eine Kriegserklärung auslief:

Der am 17. April in Berlin versammelte außerordentliche Deutsche Ärzteskongress stellt fest, daß der Reichstages vorgesehene Entwurf einer Reichsversicherungsordnung in seinen Bestimmungen über die Ordnung des kassenärztlichen Dienstes die seit langen Jahren immer wieder einmütig erhobenen Forderungen der im Deutschen Ärztevereinsbunde organisierten 24 000 Ärzte unberücksichtigt läßt. Er erkennt in der geplanten Errichtung getrennter Vertragsvereine für jedes kassenärztliche System die Gefahr, daß in die Einigkeit der Ärzteschaft Risse gelegt, die ärztliche Organisation ausgeschaltet und vernichtet wird, und so die Ärzte wech-

gemacht und der unbeschränkten Herrschaft der Kassenverbände ausgeliefert werden. Eine Ordnung der Ärztsfrage, die selbstständigen Sonderverbänden ihre Fürsorge zuzuwenden und sogar Vorkaufsrechte dem vom Staate eingesetzten Ehrengerichten entzieht, dafür aber das jedem freien Beruf zuzehörende Koalitionsrecht beseitigt, lehnt der Ärzteskongress entschieden ab. Eine solche Ordnung ist nicht geeignet, den von allen Seiten und nicht zuletzt von der deutschen Ärzteschaft im Interesse aller sozialen Fürsorgeeinrichtungen als unbedingt notwendig erkannten Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen herbeizuführen, sondern nur allzu sehr dazu angetan, den Krieg zwischen Kassen und Ärzten zu verschärfen und zu verewigen, und dazu noch Kampf und Streit der Ärzte untereinander zu entfachen.

Zimmer und immer wieder hat der Deutsche Ärzteskongress seine maßvollen und gut durchführbaren Forderungen einmütig aufgestellt. Sie sind ein untrennbares Ganze und müssen es bleiben. Zimmer und immer wieder hat der Deutsche Ärzteskongress gezeigt, wie leicht man durch ihre Erfüllung im Rahmen des Gesetzes eine glückliche Lösung der Kassenarztsfrage und dauernden Frieden zwischen Ärzten und Versicherungsträgern herbeizuführen kann. Er will auch bis in die letzte Stunde an dem Versuche einer friedlichen Lösung festhalten, und beauftragt deshalb seinen Geschäftsausschuß, dem Reichstages sofort die von ihm als unbedingt notwendig erkannten Abänderungen des Entwurfes mit Begründung zur Berücksichtigung zu unterbreiten; und er erwartet, daß die Gesetzgebung, nachdem sie den Ärzteskongress mit seinen Berufsnotwendigkeiten seit Beginn der sozialen Gesetzgebung als unbeachtlich beiseite gelassen hat, nunmehr endlich seinen Forderungen die gesetzliche Anerkennung verschafft.

Der Deutsche Ärztevereinsbund erklärt nochmals feierlich, daß er jedem Versuche, die Einigkeit der Ärzte zu untergraben, ihre Koalitionsfreiheit anzufassen und Schutzmaßnahmen für Schädlinge des Standes zu treffen, den äußersten Widerstand entgegenzusetzen wird. Leiden dann Sozialversicherung und Versicherte Not, fällt allein der Gesetzgebung die Verantwortung dafür zu.

So ruft heute in der Stunde der Not und Gefahr der Deutsche Ärzteskongress von neuem die Ärzteschaft auf, in seinem Zusammenschluß die Waffen der Selbsthilfe bereitzubehalten, und er beauftragt seine wirtschaftliche Abteilung, den Leipziger Verband, diejenigen Maßnahmen schleunigst zu ergreifen und durchzuführen, die dem ärztlichen Stande die Freiheit seiner Berufsausübung auf jeden Fall zu gewährleisten und die ihm gebührende Stellung den Krankenkassen gegenüber zu sichern geeignet sind.

Gegenüber dieser Stellung des Ärztesverbandes wird zur Durchführung der Krankenversicherung die Einführung des Antierzwanges dringend erforderlich.

Verständige Wege in der Fürsorgeerziehung.

Aus Weiskalen wird uns geschrieben: Das jetzt fast ein Jahrzehnt auf der Agl. Domänenherrenhäuser bei Scherfede bestehende evangelische Fürsorge-Erziehungsheim ist seit etwa drei Jahren zu einer neuen Erziehungsweise übergegangen, die von der früheren und auch von der anderwärts meist üblichen Methode wesentlich abweicht. Rücksichtvolle, milde Behandlung, tunlichst geringe Freiheitsbeschränkung und engerer, fast familiärer Anschluß an die Anstaltsleitung und deren Hauswesen sind die hauptsächlichsten Mittel, durch welche die Zöglinge einen möglichst vollkommenen Erfolg des Elternhauses finden, ihr Heim lieb gewinnen und zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft gemacht werden sollen. Das neuartige, von philanthropischen Grundsätzen getragene System, dessen ideale, humane Motive voll und ganz verwirklicht wurden, begegnete anfänglich auch bei erfahrenen Pädagogen mancherlei Zweifel und Bedenken, hat aber dennoch in der verhältnismäßig kurzen Zeit schon recht erfreuliche Resultate erzielt. Früher waren heimliche Entweichungen und deren unangenehme Begleiterscheinungen, wie arge Belästigungen einsam wohnender Familien, tobe Sachbeschädigungen usw. an der Tagesordnung. Jetzt ist davon schon längst keine Rede mehr. Man sieht die Knaben stundenweit von der Anstalt entfernt ohne jede Aufsicht in den Dörfern ihre Geschäfte besorgen, und keiner von ihnen denkt daran, die ausgiebig gebotene Gelegenheit zur Flucht zu benutzen, jeder kehrt gern und freudig nach „Hause“ zurück. Der offensichtlich liegende schöne Erfolg zeigt auch verbohrtens Prügelschellen, daß auch bei den Verwahrlosten durch Güte noch manches zu erreichen ist.

Unternehmer-Mohel.

Nach dem „Regulator“ zugegangen, angeblich „ganz bestimmten“ Nachrichten waren auf der Armaturenfabrik vorm. A. Hilpert, A.-G. in Nürnberg sechs Arbeiter, meist ältere Leute, die mehr Anwalde sind, beschäftigt, eine schwere Fundamentplatte, die mehrere Tage auf einem Wagen gelegen hatte, abzuladen. Ein Monteur hatte die Anwendung eines Juges (wohl Flaschenzuges) angedeutet. Der Betriebsführer A. erklärte aber, daß nehme ihm zu viel Zeit weg und er kommandierte: „Angepaßt!“ Die Platte kam aber ins Rollen und fiel einem der beteiligten Arbeiter auf den Fuß, so daß dieser abgeschlagen wurde. Der Verunglückte wurde ins Bureau gebracht, um die Sanitätsleute zu erwarten, und da soll der Betriebsführer A., der durch die Verwundung eines Flaschenzuges keine Zeit verlieren wollte, die unvorsichtigen brutalen „Trostworte“ zu dem Verunglückten getan haben: „Die Faulheit muß bestraft werden!“

Wenn also der Verunglückte als dauernder Krüppel wieder aus dem Krankenhaus entlassen wird, so hat er dies nicht dem Betriebsführer zu danken, sondern seiner eigenen Faulheit!

Der „Regulator“ hält den Vorgang für so ungeheuerlich, daß er kaum zu glauben sei, und er will die Verantwortung für die Wahrheit dem Einsender überlassen. Wir werden ja sehen, was der Betriebsführer zu der Mitteilung zu sagen hat. Ist die Darstellung richtig, so wäre wohl ein Einschreiten des Staatsanwalts wegen Körperverletzung gegen den Betriebsführer angebracht.

Befreiung von der Schenkungssteuer.

Das Reichsgericht erklärt in einer Entscheidung, die letzten zufolge eines Rechtsstreits der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin mit dem preussischen Fiskus erging, daß eine Schenkungssteuer nicht zu erheben ist, wenn die Schenkung einer stiftlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entspricht. Die Prozeßurkunde ist durch eine Zuwendung geschaffen worden, die die Handelsgesellschaft der für ihre Angestellten und deren Witwen und Waisen seit dem Jahre 1867 bestehenden Pensionkasse gemacht hat. Dieser hat die Handelsgesellschaft regelmäßig einen gewissen Teil ihres Reingewinns der Kasse zugewendet. Als sie im Jahre 1907 auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses 100 000 M. an die Kasse überwies, behauptete die Steuerbehörde, daß diese Zuwendung nach den §§ 65 ff. des Reichs-Einkommensteuergesetzes vom 3. Juni 1906 als Schenkung mit 6 Proz. zu versteuern sei, und zog den Betrag von 6000 M. ein. Auf die Klage der Handelsgesellschaft erkannte das Landgericht zunächst auf Anweisung der Klage; das Kammergericht zu Berlin gab dagegen der Klage statt. Nunmehr hat das Reichsgericht das auf Rückzahlung der Steuer lautende Urteil bestätigt.

Deutsch-nationale Niedertracht.

Um die Arbeiter der Fabriken der österreichisch-schlesischen Fabrikstadt Friedebel bei den Krankenwahlen um ihr Wahlrecht zu bestehen, stellten einige Fabriken auf Anregung der deutsch-nationalen „Arbeiterorganisation“ auf zwei bis drei Wochen den Betrieb ein!

Zur Lage der Wädlerlehrlinge.

Die Ausbeutung, unter der die Wädlerlehrlinge zu leiden haben, wird illustriert durch den Jahresbericht der Städtischen Fortbildungsschule in Waden. Es heißt in dem Bericht: „Direkt und indirektigen Besuch wies die Wädlerklasse auf. Sie zählte bei

34 Schülern 107 Versäumnungen und 159 Stunden Versäumnisse. Hauptschuld trug aber hier wohl die ungünstige Lage der Unterrichtsstände von 1/3 bis 1/6 Uhr. Angekündigte Nachfragen ergaben, daß 8 Schüler nachts vor 2 Uhr, 13 Schüler vor 3 Uhr und 3 vor 4 Uhr mit der Arbeit begannen, weiterhin, daß diese Arbeitszeit alsdann bei sämtlichen, mit einer Ausnahme, bis zur Schulzeit dauerte. Von den Unterrichtsbedingungen bei dieser Klasse sei besser geschwiegen, da man es den Schülern nicht verübeln konnte, daß sie offenen Auges schliefen.“

Der Bericht teilt ferner mit, daß zur Beseitigung der Versäumnisse der Fortbildungsschüler im allgemeinen sich Nahrungsstrafen bewährt haben. Mit diesen Strafen konnte man nur dann einverstanden sein, wenn die Wädlermeister, als die wirklich Schuldigen, sie absetzen müßten, nicht aber die armen Lehrlinge, denen man damit noch die bitter nötige Sonntagserholung verweigerte.

Aus der Frauenbewegung.

Rangel an Arbeiterinenschnitz.

Unter der vorstehenden Überschrift beschäftigt wir uns in Nummer 82 des „Vorwärts“ mit Nöthlingen in verschiedenen Betrieben. Von der Firma Altmann u. Dresel, die dabei in Frage kommt, ging und dann eine sehr lange Zuschrift zu, in der sie alle Nöthlinge bestritt. Es sei unrichtig, daß die Bedürfnisanstalten für die Geschlechter nicht getrennt seien; der Garderobenraum sei von der Gemeinbesichtigung als genügend groß bezeichnet; eine den Einblick wehrende Gardine hätte die Frauen selbst entfernt; zwar fehle ein Speiseraum, im Arbeitsaal sei dafür genügend Platz und Gelegenheit zur Einnahme der Mahlzeiten. Unwahr sei auch die Behauptung von der Entlassung einer Arbeiterin, und für Reinigung werde in ausreichendem Maße gesorgt. Sodann wird noch berührt, den Nachweis zu führen, daß die Firma ganz besonders human sei.

Zu den sachlichen Behauptungen bemerkt unsere Vertrauensperson:

Es ist möglich, daß einige Nöthlinge inzwischen abgestellt worden sind; unsere Schilderung betraf Verhältnisse, die vor circa 4 Wochen konstatiert wurden. Wenn die Firma behauptet, die Bedürfnisanstalten für Männer und Frauen seien getrennt, so trifft das nur halb zu, denn in dem Raum, den die Frauen passieren müssen, um zu ihren Klosets zu gelangen, befindet sich ein Becken, das von Männern benutzt wird. Selbst der Meister benutzt dieses Becken. Der Garderobenraum enthielt zur Zeit keine Schellen, als Herr Dresel einmal an dem Raume vorbei kam, bemerkte er, man solle einen Saal vor die Öffnungen hängen. Vielleicht hat unser Kritiker die Firma veranlaßt, Milchglasgehäusen einlegen zu lassen.

Mit dem Bestellen der Tische mit Schudereme verhält es sich so, wie es geschildert worden ist. Mit Mühe erkämpften sich ein paar alte Arbeiterinnen die Preiszahlung eines kleinen Tisches, sie können dort dann zu dreien ihr Brot verzehren. Die übrigen Arbeiterinnen sind gezwungen, sich an die mit Wäsche bestellten Tische zu setzen. Wenn nun behauptet wird, die Arbeiterin, die mit dem Kessel gefallen ist, sei nicht entlassen worden, so entspricht das ebenfalls nicht der Wirklichkeit. Die Bemerkung, man könne eine solche Schlafstätte nicht gebrauchen, ist tatsächlich gefallen. Die Frau hat dann eine Arbeit im Keller zugewiesen bekommen, die allgemein als Strafarbeit betrachtet wird. Als sie sich darüber beschwerte, wurde sie entlassen. Mit der Unsauberkeit des Fußbodens verhält es sich genau so, wie wir angaben.

Kundgebungen für die politische Gleichberechtigung der Frauen.

Am Mittwoch, den 13. April, veranstalteten die Wiener Genossinnen eine Demonstrationsversammlung gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen. Aus allen Bezirken Wiens kamen die Arbeiterinnen in geschlossenen Zügen. Selbst aus der Umgebung Wiens waren Abordnungen von Arbeiterinnen erschienen. Es handelt sich um eine Kundgebung für die Reform des Vereinsgesetzes. Österreich ist in bezug auf das Vereinsrecht noch weit zurück. Politische Vereine dürfen nicht in Verbindung treten; die Mitglieder sind der Behörde anzumelden und „Ausländer, Minderjährige und Frauenpersonen“ dürfen überhaupt nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Die Frauen organisieren sich trotz alledem politisch in der freien Organisation. Ungefähr 10 000 Frauen besitzen schon heute ihre Legitimationskarte als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Nach dem Gesetz dürfen sie sich aber nicht politisch betätigen. Schikanöse Behörden können natürlich der Frauenorganisation Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Genossinnen würden zwar lernen, auch Schikanen unmerklich zu machen und sich nicht davon lassen in der Aufklärungsarbeit bei den Frauen. Aber die Frauen wollen nicht von Zufälligkeiten abhängig sein; sie wollen aber Rechte haben zu den Pflichten, die sie als Erwerbende und indirekte Steuern zahlende zu erfüllen haben. An Schikanen fehlt es ja nicht. So wurden kürzlich drei Genossinnen verurteilt, weil sie die freie politische Frauenorganisation der Behörde nicht angemeldet haben. Würden sie das aber tun, so würde man mit Hinweis auf den § 30 des Vereinsgesetzes die Organisation nicht gestatten. Hat man doch vor einigen Jahren die Gründung eines Vereins zur Propaganda für das Frauenstimmrecht unterjagt. Weil Frauen keine politischen Rechte haben, verbietet man ihnen auch die Propaganda dafür. So hat kürzlich noch der Bezirkshauptmann von Reichenberg verboten, Versammlungen zu veranstalten, in denen über die Rechtslosigkeit der Frauen gesprochen werden sollte.

Das Frauenrechtskomitee der österreichischen Genossinnen hat nun beschlossen, im ganzen Reich Kundgebungen für die Reform des Vereinsgesetzes zu veranstalten.

Die Wiener Versammlungen verliefen außerordentlich imponierend. Die Reden der Genossinnen Papp und Poschek und des Genossen Vernerstorfer lösten Stürme der Begeisterung und Kampfschloffenheit aus.

Am selben Abend fanden in Graz und in sechs anderen Orten der Steiermark Versammlungen mit derselben Tagesordnung statt. Wöden und Schlesen folgen als nächste.

In der Wiener Versammlung wurde unter allgemeiner begeisterter Zustimmung auch erklärt, daß die Frauen entschlossen sind, eventuell vor dem Parlament aufzumarshieren, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Versammlungen — Vorkaufungen.

Groß-Vorkaufung. Freitag, den 22. April, im „Kaiserhof“ Vorkauf über: „Wohnungskunst“.

Gerichts-Zeitung.

Ein nicht zustande gekommenes Wahlrechtsbuch.

Ist ein Wahlrechtsbuch grober Unfug? Das Kammergericht sagt: Nein! Kann ein Wahlrechtsbuch grober Unfug sein, wenn es dem Leser abgeschrieben wurde, ehe er damit fertig war? Das Amtsgericht Berlin-Mitte (100. Abteilung) hätte gestern diese Frage zu prüfen gehabt, wenn's nicht anders gekommen wäre. Angeklagt war ein Laiklerer Erler des groben Unfugs, den er dadurch begangen haben sollte, daß er am 6. März in der Wohnung des Angeklagten „als Zeilenhauer eines Demonstrationszuges laut gesungen, gesehlt, gebrüllt“ habe. Erler bestritt das. Zu einem Zuge habe er überhaupt nicht gehört; er habe nur, als ein Zug vorüberkam, gerufen: „Das allgemeine, gleiche Wahlrecht!“ und in demselben Augenblick sei er auch schon verhaftet worden. Der Vorsitzende fragte: „Was riefen Sie? Nur „das allgemeine, gleiche Wahlrecht“? Weiter nichts? Das hätte doch keinen Sinn!“ Der Angeklagte antwortete: „Ich ist weitergesprochen konnte, war ich ja schon verhaftet.“ Schumann Brand, der als Zeuge geladen war, um die Anklage zu führen, wußte nicht, ob Erler überhaupt gerufen habe. Der Vorsitzende las ihm vor, daß in der Anzeige siehe, E. habe fortgesetzt gesungen und die Menge

aufgefördert, Hochrufe auszubringen. Als Zeuge hierfür sei doch Schuhmann Brand benannt worden. Brand erklärte, nicht er habe Erster fiffiert, und er könne auch nicht sagen, wer fiffiert habe. Hiernach blieb dem Staatsanwalt — es war wieder ein Spezial-Staatsanwalt für „Demonstrationsfächer“ zur Stelle — nur übrig, selber die Freisprechung zu beantragen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann schloß sich dem an, und das Gericht erkannte ohne Beratung sofort auf Freisprechung, weil kein Beweis erbracht sei. Man sieht wieder einmal, was alles in „Demonstrationsfächer“ möglich ist!

Streitposten finden geschwinde Anküßer.

In der Metallgießerei von Lasky u. Körper, Oranienstr. 108, wurde im Winter gestreift. Herr Körper, der Inhaber, war entschlossen, seinen Streitposten zu dulden. Vor allem war's ihm darum zu tun, etwaigen Streitposten den Zutritt zu dem Grundstück zu verwehren, auf dem er sein Geschäft betrieb. Der Fehler war nur der, daß dieses Grundstück nicht ihm gehörte. Die Besitzerin ist eine alte Dame, die schwerlich das rechte Verständnis dafür hatte, um was es sich hier handelte. Herr Körper brachte sie dahin, daß sie ihm völlig freie Hand gab. Er ließ sich von ihr das Hausrecht übertragen, damit er die Möglichkeit habe, Streitposten hinauszutreiben und sie eventuell wegen Hausfriedensbruchs zu belangen. Aber Herr Körper hatte nicht Lust, den ganzen Tag daheim zu bleiben, um auf Streitposten zu lauern. Darum beschloß er, das ihm übertragene Hausrecht seinerseits wieder auf einen Herrn Wigweil zu übertragen, der dort wohl eine Art Hauswart war. Wigweil beobachtete nun am 5. Januar auf dem Grundstück den Former Vergath und den Herrnmacher Guttschmidt, die er für Streitposten halten zu sollen glaubte. Es wies sie weg, und da sie ihm nicht hinlänglich genug sich entfernten, so erstattete er Herrn Körper Bericht. Dieser zeigte sie wegen Hausfriedensbruchs an, und es wurde Anklage erhoben.

Westen standen Vergath und Guttschmidt vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (129. Abteilung). Die Angeklagten erklärten, auf Wigweils Aufforderung sofort gegangen zu sein. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann stellte fest, daß die Besitzerin des Grundstücks erklärt hat, sie selber habe gar kein Interesse an der Verfolgung des auf ihrem Grundstück angeblich begangenen Hausfriedensbruchs. In der Tat war Herr Körper der Einzige, der ein Interesse daran hatte. Vernommen wurde Herr Wigweil. Er bekundete, daß er, sobald die beiden Angeklagten ihm zu Gesicht gekommen seien, gefragt habe, was sie da suchten. Als ihm grob geantwortet wurde, daß er doch ihn nicht an, habe er gefolgt. „Das geht mich wohl etwas an!“ Und schließlich habe er sie aufgefordert, den Hof zu verlassen. Vergath sei dann bald gegangen, später auch Guttschmidt. Legitimiert hatte Wigweil sich nicht, aber es war vor Erhebung der Anklage keinem Ankläger eingefallen, zunächst einmal feststellen zu lassen, ob die Beschuldigten überhaupt gewußt hätten, daß dem Herrn Wigweil so etwas wie ein Hausrecht zustiehe. Trotz diesem Ergebnis der Beweisaufnahme vertrat der Ankläger den Standpunkt, daß die Angeklagten das hätten wissen oder merken können, als sie weggegangen wurden. Sie müßten ihren „Hausfriedensbruch“ mit je 20 M. Geldstrafe büßen. Der Verteidiger forderte Freisprechung. Er bezeichnete es in objektiver Hinsicht als sehr zweifelhaft, ob es überhaupt angängig sei, sein Hausrecht in dieser Weise durch einen zweiten auf einen dritten zu übertragen. Unter allen Umständen aber könne von Hausfriedensbruch keine Rede sein, da Wigweils Antwort: „Das geht mich wohl etwas an!“ nie und nimmer eine ausreichende Legitimation sei. Das Urteil lautete: Freisprechung. Den Angeklagten sei nicht nachgewiesen, daß sie Kenntnis von der Uebersetzung gehabt und sich einer Rechtswidrigkeit ihrer Handlung bewußt gewesen seien.

Am das festzustellen, hatte es erst einer Gerichtsverhandlung bedurft. Sollte man das von vornherein festzustellen versucht, so wäre der Staatsanwaltschaft die Mühe einer Anklagerhebung erspart worden — und den Angeklagten die Schere und der Zeitverlust, wofür kein Mensch sie entschädigt.

„Weil er die Hände nicht frei hatte!“

Ein Straßenbahnfahrer Bach, der bei der Straßenbahn der Stadt Berlin beschäftigt ist, stand gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 142) unter der Anklage der vorsätzlichen gefährlichen Körperverletzung. Er sollte auf seinem Wagen einem Gaudiebener Dames mit dem in schwerem Holzschuh stehenden Fuß einen Stoß vor die Brust gegeben haben, sodah D. herunterfiel. Der Angeklagte versicherte, er habe Dames nur vom Versteigen des Wagens abhalten wollen. Zu diesem Zweck habe er den Fuß vorgestreckt, und dann habe D. selber sich zu Boden geworfen. Die Zeugenaussagen ergaben ein anderes Bild. Bach habe, so wurde befundet, einen auf dem Vorderperson seines Wagens stehenden Angetrunkenen in unnötig barscher Weise zurückgewiesen und ihn von dem noch nicht mal ganz zum Stehen gebrachten Wagen heruntergestoßen. Als die anderen Fahrgäste diese Handlungsweise tadelten, habe er einem der Tadler dieselbe Behandlungsweise in Aussicht gestellt und dann tatsächlich auch ihn vom Wagen heruntergestoßen. Hinterher sei ein Schuhmann erachtet worden, die Persönlichkeit des Fahrers festzustellen. Als darauf Dames, der mit abgestiegen war, den Wagen wieder besteigen wollte, habe D. ihm das verwehrt und mit dem Fuß nach ihm gefaßt, so daß D. 1½ 2 Meter weit zurückfiel, mit einem Schrei auf das Pflaster fiel und stöhnend liegen blieb. D. sei weitergefahren, ohne sich noch um D. zu kümmern, von anderen Personen sei D. nach dem Krankenhaus gebracht worden, wo man eine Brustquetschung festgestellt, ihn aber nach Hause entlassen habe. Auch der Schuhmann Geiber, der die Persönlichkeit Bachs festgestellt hatte, bekundete, daß D. mit dem Fuß gefaßt habe. Er erklärte das daraus, daß D. beide Hände an der Kurbel gefaßt habe. Er wiederholte: „Mit den Händen konnte er nichts machen, also hat er mit dem Fuß gefaßt.“ Dem Staatsanwalt schien dieses „also“ nicht sehr plausibel zu sein, er beantragte 50 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schwarz, beantragte Freisprechung. D. habe das Recht gehabt, D. zu hindern, daß er den Wagen besteige. Er habe von D. einen Angriff, wenn nicht auf seine Person, so auf die Betriebsfähigkeit seines Wagens befürchtet, und den habe er in der Notwehr abgewehrt. Sei er zu weit gegangen, so wolle man bedenken, daß er durch die Kritik der Fahrgäste gereizt worden war. Das Urteil verhängte über D. eine Geldstrafe von 50 M., weil die Vorsätzlichkeit erwiesen sei. Anerkannt wurde, daß das Amt eines Straßenbahnfahrers schwer ist und er sich in Erregung befand. Andererseits wurde ihm aber als erschwerend angerechnet, daß die Fahrgäste, als sie seine Handlungsweise tadelten, sich offenbar sehr ruhig und anständig benommen hätten.

Unlauterer Wettbewerb bei Nachdruck von Inseraten.

Der Zeitungsverleger Otto Schulz in Berlin klagt gegen die Firma A. von Deder's Verlag daselbst neben anderem auf Unter-

lassung des Nachdrucks von Inseraten, in denen Stellenanzeigen von Behörden und Privaten bekanntgemacht werden. Prozeßgeschichtlich ist von Interesse, daß beide Parteien Herausgeber von mehreren Balanzzeitungen sind. Es sind Zeitschriften, für Staats- und Gemeindebeamte, die ähnliche Titel führen. Der Kläger behauptet, daß die beklagte Firma mit ihrem „Balanz-Anzeiger für Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbehörden“ unzulässiger Wettbewerb betreibt. Der Balanz-Anzeiger sei nicht weiter als ein planmäßiger Abdruck seiner Balanzzeitung. So seien bei 63 Ausfertigungen von Behörden nur 8 Originale vorhanden, das andere seien Nachdrucke.

Das Landgericht und das Kammergericht Berlin verurteilte die Beklagte, in dem von ihr herausgegebenen Balanz-Anzeiger den Nachdruck von Inseraten zu unterlassen, in welchem Stellenanzeigen von Behörden und Privaten bekanntgemacht werden, sowie die Behauptung zu unterlassen, der Balanz-Anzeiger sei Beiblatt der Monatschrift für deutsche Beamte und er sei das alleinige Organ des 170 000 Mitglieder zählenden Verbandes deutscher Beamtenvereine. Das Kammergericht erklärt, es sei als erwiesen anzusehen, daß die Behauptungen des Klägers über die Nachdrucke im wesentlichen tatsächlich richtig sind. Diese Annahme aber führe zu dem Ergebnis, daß das fortgesetzte, planmäßige Nachdrucken einer großen Anzahl von Stellenanzeigen-Inseraten, welche die Beklagte für ihren Balanzanzeiger aus der klägerischen Balanzzeitung entnommen hat, sich als eine Zuwiderhandlung gegen § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs darstellt. Denn bei den Lesern werde durch die abgedruckten Inserate der Glaube erweckt, es handle sich um ein von Behörden viel gesuchtes Blatt und eine auch vom Publikum vielgelesene Zeitung, was bei einer Zeitung mit wenigen Inseraten nicht anzunehmen sei.

Gegen das Urteil des Kammergerichts hatte die Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der zweite Zivilsenat erkannte jedoch im wesentlichen auf Zurückweisung der Revision. Nur insoweit billigte er eine Maßgabe zu, als der Nachdruck von Füllannoncen dann nicht weiter unteragt sein soll, wenn die Beklagte die Füllannoncen als solche kenntlich macht.

Ein gefährlicher Jugendverberber

mußte sich gestern in der Person des angeblichen „Redakteurs“ Otto Reich unter der Anklage der tätlichen Verlesung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der jetzt in der Rheinprovinz wohnhafte Angeklagte hielt sich Anfangs d. J. in Berlin auf. Am Newjarsstage telephonierte er an eine Filiale der Messinger-Börsen-Gesellschaft und ließ sich einen Notiz nach seiner Wohnung in der Stallstraße senden, um diesem angeblich wichtige Bestellungen zu übergeben. Als der Notiz, der 14-jährige jehige Väterlehrling B. in der Wohnung des Angeklagten eintraf, wurde er von diesem mit hartem Grog und schweren Bibern traktiert, so daß der junge Bursche sich bald dem Willen des Düstlings gefügig zeigte. Angeblich um ihn zu zeichnen, ließ der Angeklagte den jungen Menschen sich entkleiden und berging sich dann an dem durch den Alkohol fast Willenlosen in einer Weise, die hart an ein Vergehen gegen den § 175 grenzt. Der Bierzehn-jährige machte aus Scham seinem Vater, einem Palermeister, von dem Vorfall keine Mitteilung. Durch einen Zufall erhielt jedoch die Direktion der Messinger-Börsen-Gesellschaft von dem Vorgang Kenntnis, die dem Vater hiervon Mitteilung machte. — Das Schöffengericht Berlin-Mitte sah die schweren sittlichen Verfehlungen des Angeklagten sehr milde an und verurteilte ihn nur zu 50 M. Geldstrafe. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung beantragte Staatsanw.-Assessor Lammer mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen recht gefährlichen Jugendverberber handelte, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf einen Monat Gefängnis.

Abiturz des Ballons „Delitzsch“.

Die vier Insassen tot.

Eine schwere Ballonkatakastroph hat sich während des Gewitters in der Nacht zum Sonntag bei Reichensachsen, einem Dorfe im Regierungsbezirk Kassel, ereignet. Der Ballon „Delitzsch“, der am Sonnabendabend 6 Uhr 15 Minuten in Bitterfeld aufgestiegen war, geriet in das Gewitter, der Ballon wurde zerföhrt und die vier Insassen des Ballons stürzten aus sehr beträchtlicher Höhe auf die Erde hernieder. Alle vier Herren waren sofort tot.

Ueber die Katakastroph erhalten wir folgende Depeschen:

Schwege, 17. April. Die Hülle des Ballons „Delitzsch“, der gestern von Bitterfeld aufgestiegen war, wurde heute bei Reichensachsen aufgefunden. Der Ballon ist anscheinend während des Gewitters vom Bliz getroffen worden. Alle vier Insassen sind tot.

Bitterfeld, 17. April. Die vier Insassen des Ballons „Delitzsch“ waren der Kaufmann Karl Lust aus Bitterfeld als Führer, der seine 25. Fahrt unternahm, Herr Leuchsenring von der Luftfahrergesellschaft, der den Münchener Ballon der Gesellschaft fahren sollte, und die Herren Hoeder und Graupner aus Leipzig. Der Ballon ist gestern abend 6 Uhr 15 Minuten am Werke Glettron II aufgestiegen. Er gehört dem Bitterfelder Verein. Der Aufstieg ging sehr glatt von statten. Es herrschte fast völlige Windstille und der Ballon zog in langsamer Fahrt in westlicher Richtung davon.

Schwege, 17. April. Die Fahrt des verunglückten Ballons „Delitzsch“ ging über Halle, Delitzsch, Niedereichstädt, Kölleda und Sömmerda. Um 12 Uhr nachts passierte der Ballon in 440 Meter Höhe Eisenach. Um diese Zeit scheint er in einen Gewittersturm geraten und nach Westen getrieben worden zu sein. Ueber dem Dorfe Reichensachsen ist er vom Bliz getroffen worden und mit großer Geschwindigkeit zur Erde gesürzt. Die Gondel ist wahrscheinlich mit furchtbarer Gewalt aufgestoßen, denn die Leichen weisen gräßliche Verletzungen auf. Zwei Leichen waren herausgeschleudert, während sich zwei in der Gondel befanden.

Nach einer weiteren Meldung hatte am Unglücksorte der Wessinger eines Grundstückes gegen 1 Uhr nachts ein eigentümlich lautes und trauerndes Geräusch wahrgenommen, wegen des tobenden Gewitters demselben jedoch keine besondere Bedeutung beigelegt. So wurden die Leichen der Verunglückten erst am Sonntagmorgen gegen 8 Uhr aufgefunden. Der Ballonkorb war auf einen alten Obstbaum niedergesürzt, den er unter sich begrub, die Hülle hatte sich losgerissen und war noch etwa einen Kilometer weitergetragen worden.

Der Befund der Leichen läßt erkennen, daß die Verunglückten einen schrecklichen Tod gefunden haben. Zwei der Verletzten sind mit dem Kopf auf die Erde aufgeschlagen und haben so schwere Verwundungen erlitten, daß sie ganz unkenntlich geworden waren. Die zwei anderen hatten sich krampfhaft an den Tauern der Gondel festgehalten und ihr Tod muß nach Ansicht der Ärzte durch schwere innere Verletzungen, Zerreißen der Därme, Quetschung der Lunge und Leber, Reißen der Herzadern, sofort nach dem Aufschlag eingetreten sein. Diese beiden zeigen keine sonstigen Verwundungen im Gesicht und doch bieten gerade ihre Totenmasken einen erschütternden Anblick. Ihr Antlitz ist grauenvoll verzerrt und die Todesangst malt sich in ihnen in so furchtbarer Weise, daß die Ärzte übereinstimmend erklärten, einen derartig erschütternden und unverwundbaren Eindruck beim Anblick von Toten noch niemals gehabt zu haben. Die erprobte Krankenschwester, die den Verletzten Beistand leisten wollte, verfiel beim Anblick dieser beiden Getöteten in Schreikämpfe und war lange Zeit bewußtlos.

Wie ist das Unglück entstanden?

Die Untersuchung der Hülle des verunglückten Ballons „Delitzsch“, welche gestern in Reichensachsen eingetroffene Herren vom Verein für Luftschiffahrt-Bitterfeld vorgenommen haben, läßt mit Sicherheit erkennen, daß das Unglück nicht durch Blizschlag herbeigeföhrt wurde. Der Ballon ist infolge der in der Nacht zum Sonntag im Berratal herrschenden Gewitter in eine starke Luftströmung geraten und nach unten gedrückt worden. Seine Jassassen haben durch Auswerfen von Ballast versucht, aus dem Bereich des Gewitters zu kommen, dem starken Widerstand der Luftströmungen aber hat der Ballon anscheinend nicht standgehalten und ist geplatzt. Für diese Annahme scheint auch das Fehlen eines Ventilbedeckels zu sprechen. Erst wenn dieser gefunden ist, glaubt man die genaue Ursache des Unglücks feststellen zu können. Als die Katakastroph eintrat, befand sich der Ballon nach Aufzeichnungen des in der Gondel aufgefundenen Apparates in 2600 Meter Höhe. Die Hülle soll heute nochmals untersucht werden. Die Leichen sind zur Bestattung freigegeben worden.

Das im Ballonkorbe aufgefundenene Fahrtsbuch gibt ausführliche Auskunft über Wind, Zeit und Höhenverhältnisse. Um 8 Uhr 30 Min. abends wurde bei 160 Meter Höhe Halle gesichtet, um 9 Uhr 15 Min. bei 190 Meter Niedereichstädt bei Erfurt. Dann stieg der Ballon langsam weiter hoch und erreichte bei Kölleda eine Höhe von 250 Metern. Um 12 Uhr nachts wurde Eisenach mit der Wartburg in 448 Meter Höhe passiert. Das ist die letzte Eintragung. Die Katakastroph muß sich also gegen 1 Uhr ereignet haben.

Wie ein hiesiges Blatt zu melden weiß, ist der Witwe des bei dem Absturz verunglückten Herrn Hoeder aus Leipzig der Tod ihres Gatten durch ein Verdrückungsinstitut gemeldet worden, das sich um die Beerdigung bewahrt. In Leipzig hat diese unerhörte Vummerei der zur Verdrückung Verpflichteten sehr berechtigtes Entrüstung hervorgerufen.

Noch ein Ballonunfall.

Der am Sonntagvormittag in Arnstadt aufgestiegene Ballon „Erfurt“ hatte am Nachmittag bei seiner Landung in der Nähe von Bitterfeld einen bedauerlichen Unfall. Zwei Jassassen des Ballons wurden bei dem Aufsprall aus der Gondel geschleudert, erlitten jedoch keine erheblichen Verletzungen. Der Führer des Ballons, Direktor Hermann aus Erfurt, zog sich bei der Landung einen doppelten Weinhbruch zu.

Vermischtes.

Ein neuer Flugrekord.

Der Aboliker Henri Farman unternahm am Sonntagabend mit seinem Zweiflügel in Begleitung eines Passagiers einen Flug von Stamps nach Orleans und zurück. Er legte die etwa 50 Kilometer lange Strecke in ungefähr 40 Minuten zurück und hat damit einen neuen Weltrekord für direkten Flug zu Zweien geschaffen.

Unwetter in England.

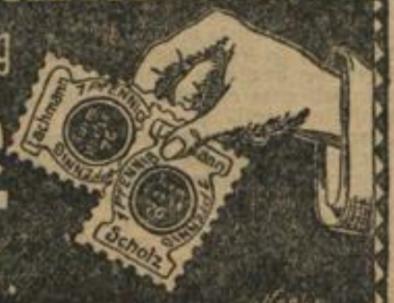
Wie ein Telegramm aus London meldet, ging auch in England in der Nacht zum Sonntag ein heftiges Gewitter nieder. In London wurden viele Straßen überflutet, der Straßenbahnverkehr ist an mehreren Stellen unterbrochen und verschiedene Personen wurden verletzt. Der Bliz schlug an mehreren Stellen ein, zündete aber nur in einem Falle. Auch in der Provinz hat nach den vorliegenden Meldungen der Sturm arg gehaust; in Marlborough wurde ein Schäfer vom Bliz erschlagen.

Eigenartige Ueberreichung einer Petition.

Die Bewohner von Villeneuve-le-Rois bei Paris, die seit Jahren vergeblich die Errichtung eines Bahnhofs fordern, veranstalteten am Sonntag unter Führung des Deputierten Argelès eine Kundgebung, indem sie das Bahngleis besetzten und zwei Schnellzüge durch Schwenken roter Fahnen zum Anhalten zwangen. Sie überreichten sodann den Lokomotivführern Schriftstücke, in denen die Forderung auf Errichtung eines Bahnhofs begründet wird, und eruchten sie, die Petitionen dem Direktor der Orleansbahnen zu übergeben.

Kleine Notizen. In Posen erschof ein 20 Jahre alter Arbeiter Dessert seine 17 Jahre alte Geliebte. Nach Verlobung der Lat beging der junge Mann Selbstmord. — Vom Bliz erschlagen wurde am Sonntag früh bei einem über Jarchau, Regierungsbezirk Magdeburg, niedergegangenen Gewitter der Schlächter Holz und seine Frau. Die Leiche des Mannes war bis zur Untermittelschicht entseht. — Bei dem Einsturze einer Eisenbahnbrücke in Valencia wurde ein junges Mädchen getötet; 30 Personen wurden verletzt. — In der Ortlichkeit Kelsfalda in Ungarn brannten infolge Unvorsichtigkeit spielender Kinder 192 Häuser samt den Nebengebäuden ab. — Der Postdampfer „Minnehaha“ ist auf der Fahrt von New York nach London bei den Scilly-Inseln gestrandet. Die Passagiere wurden an Land geföhrt.

Turmstr. 76
Warenhaus
Lachmann u. Scholz
doppelte Rabattmarken.
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag



Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom Montag, den 18. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Eisenbahnminister v. Dreitenbach, Finanzminister v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Nachtragsetat, der für den Umbau des Opernhauses 854 500 M. fordert.

Abg. v. Arnim (L.): Wir werden uns der Bewilligung der Forderung kaum entziehen können, wenn sie uns auch etwas überzählig kommt.

Abg. Schmieding (Z.) betont, daß seine Freunde in der Kommission die Notwendigkeit der Forderung genau prüfen würden.

Abg. Graf Wolffe (H.) äußert sich in demselben Sinne, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne ganz unverständlich.

Minister v. Dreitenbach erörtert die Schwierigkeiten, denen der Neubau eines neuen Opernhauses begegnet.

Abg. Frisch (natl.): Für die Frage des Neubaus des Opernhauses behalten wir uns völlig freie Hand vor; dieser Vorlage werden wir, wenn die Notwendigkeit nachgewiesen wird, zustimmen.

Abg. Dr. Bahndtke (fortsch. Sp.): Meine Freunde schließen sich dieser Erklärung an.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Darauf wird die zweite Lesung des Kultusetats fortgesetzt.

Kultusminister v. Trost zu Solz: Es ist von einer Abtrennung des Unterrichtsministeriums die Rede gewesen.

Der Dittrich hat angedeutet, daß in unseren Seminaren nicht der rechte christliche Geist herrsche.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

Abg. Cassel (fortsch. Sp.): Zu der Abtrennung der Medizinalabteilung vom Unterrichtsministerium hat sich auch der Kultusminister leider nicht geäußert.

vielmehr objektiv und eingehend geprüft. (Bravo! rechts.) Die Hauptsache ist, daß auch in den Schulen der polnischen Provinzen deutscher Geist verbreitet wird, daran ist festzuhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

Unsere prinzipielle Stellung zum Kultusetat habe ich im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, hier klarzulegen.

worden sind. Er hat erklärt, er sei zu den Vereinerungen gekommen durch seine Beschäftigung im preussischen Finanzministerium.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Zahl unserer „Schulpaläste“ vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

fagen, das ist ja nicht wahr, was Du da erzählst. Das ist für mich sehr peinlich und unangenehm, und wenn sie auf dem Schulweg sind, tauschen sie ihre Meinungen über das aus, was der eine und was der andere weiß. Ich komme da in eine außerordentlich peinliche Situation." Das sagte mir der Lehrer. Schon aus Rücksicht auf die Lehrer sollte man solchen Zwang nicht ausüben. Am 13. Februar 1898 hat der verstorbenen Holzpfeifer Söder, den man gewöhnlich nicht Antipathie gegen die Religion oder Feindschaft gegen die Kirche vorwerfen kann, hier im Hause gesagt: "Ich kann zunächst den Standpunkt des Ministers nicht teilen, der sich in einer so wichtigen Frage einfach den Ergebnissen der Rechtspredigt unterwerfen will. Ich finde die Frage viel zu groß und bedeutend. Sie steht weit über dem Niveau des Verwaltungskredits, auch weit über der tatsächlichen Rechtspredigt in der Sphäre, welche die tieferen Beziehungen des Menschen und der Familie umschließt. Ich halte es von meinem religiösen Standpunkt aus für unmöglich, das Kind eines Atheisten z. B. dazu zu veranlassen, daß es den Ateismus auswendig lernt." Das sind die Worte eines Herrn der Rechte dieses Hauses! Die heutige Schule kann ohne dogmatischen Unterricht auskommen, erziehen Sie nur wirkliche Pädagogen. Damit bin ich ausnahmsweise mit Herrn v. Redlich einverstanden, daß die Schule auch

gute Patrioten erziehen soll, nur gute Patrioten im anderen Sinne als Herr v. Redlich es meint. Wir halten die nicht für gute Patrioten, die sich auf Kosten des Volkes die Tasche füllen, die das Volk immer mehr in Abhängigkeit und Elend herunterdrücken möchten und die dem Volke nicht die Rechte geben wollen, die ihnen gebühren, wie sich das bei der Wahrscheinlichkeit wieder recht deutlich gezeigt hat. Wir halten dagegen die für gute Patrioten, denen das Wohl der Gesamtheit über das Wohl einzelner kleiner Klassen steht. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Wir meinen, daß auch jemand ein guter Patriot sein kann, ohne Seehandlungspräsident gewesen zu sein (Weiterleit.), ohne Frauenzimmerpolitik geleitet zu haben. (Weiterleit.) Die Religion muß aus der Schule entfernt werden. Aber der Abg. Cassel will die Religion der Schule erhalten. Es hat mir Vergnügen gemacht, aus dem Munde des Führers der Volkspartei, eine zu dem Nationalliberalen Rauver im Gegensatz stehende Ansicht zu hören. Es ist in der heutigen Zeit angebracht, daß wir das festhalten. Den freisinnigen und den Nationalliberalen möchte ich gern bringend rufen, dem Zentrum nicht den Gefallen zu tun, und ein bißchen Kulturkampf zu machen. Das ist etwas, was das Zentrum braucht. Die Finanzreform, die Wahrscheinlichkeiten des Zentrums hat das Zentrum so in die Klemme gebracht, daß sie gern ein bißchen Kulturkampf haben möchten, damit sie ihre eigenen Fehler verdecken können. Wir werden schon aus prinzipiellem Standpunkte dem Zentrum damit nicht entgegenkommen. Wenn die Liberalen darauf nicht einzulassen und dem Zentrum diesen Gefallen nicht tun, dann setzen sie das Zentrum bei der Reichstags- und Landtagswahl matt. Ich habe zu meiner Freude in Zentrumskreisen gesehen, wie das Licht dort hineingeht in das Volk. Nun liegt es aber an den Liberalen, dem Zentrum nicht die Möglichkeit zu geben, daß es vor seine

Bähler tritt mit dem Geschrei: Die Kirche ist in Gefahr! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Geschichtsunterricht muß reformiert und der Wahrheit angepasst werden. Vom neuen Kultusminister erwartet, wie das immer beim neuen Minister ist, jede Partei für sich etwas, nur wir Sozialdemokraten nicht. Zuerst ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der neue Minister einen Erlass über die Einschränkung der Prägung habe ergehen lassen. Ich hielt es gleich nicht für möglich. (Weiterleit.) Nachher stellte es sich auch heraus, daß der Erlass in Bayern ergehen war. (Weiterleit.) Hofprediger Graue sagte in seiner Abschiedspredigt: Ich wünsche von ganzem Herzen, daß der Teufel endlich einmal alles Pöfentum mit dem dummen Unfehlbarkeitsdünkel holen wolle! Das ist recht deutlich! Die Jugend soll in der Schule zum Kampf gegen die Rechte des Volkes präpariert werden.

Die Jugend gehört eben uns und der Kampf gegen die Jugendorganisationen wird nicht nützen. Mit Ihrer Radikalpolitik machen Sie uns unsere Jugend doch nicht abspenstig, im Gegenteil, Sie würgen unsere Bestrebungen erst dadurch, daß Sie unseren Bildungsanstalten mit der Polizei begegnen. Glauben Sie doch nicht, daß Sie mit Ihren sogenannten nationalen und religiösen Jugendvereinen, durch all die Schwarzschlappischen Ausgrabungen etwas erreichen. Sie prallen ab an dem gesunden Sinn und dem guten Geschmack unserer Jugend. Sie können das Recht wohl beugen, Sie können unsere Jugendorganisation auflösen, aber unsere Jugendbewegung werden Sie mit derartigen Mitteln nicht unterdrücken. Spottend wird unsere Jugend Ihre Bestrebungen vereiteln, unsere Arbeiterjugend mühten ja Idioten sein, wenn sie nicht einsehen, wie Sie hier mit ungleichen Wägen messen; wenn in einem nationalen Verein von Weltpolitik gesprochen wird, so ist das keine Politik, aber unsere Bildungsbestrebungen sind Politik. Sie erreichen durch Ihr Vorgehen gegen unsere Jugendorganisation nur das eine, daß man sich im Hause, in der Familie weit intensiver mit der Aufklärung der Jugend befaßt wird. Und steht die Presse, und stehen Millionen Bücher zur Verfügung, und wir werden es nicht daran fehlen lassen. Unsere Jugend kommt täglich mit älteren Gesellen, Arbeitkollegen und Kolleginnen zusammen, die so erfüllt sind mit sozialistischem Geiste, daß Sie nicht imstande sind, den Kampf dagegen aufzunehmen. Daran wird auch kein Erlass des Kultusministeriums irgend etwas ändern, die Zeit wird über diese Erlasse zur Tagesordnung übergehen, das Kultusministerium sollte es sich genügen lassen, mit der Schluppe, die es sich bei den Arbeiterturnvereinen geholt hat. Will sie noch weitere hinausführen in der Jugendbewegung, so haben wir nichts dagegen. Sie können mit derartigen Mitteln den Fortschritt nicht aufhalten. Die Jugend des Proletariats ist für Ihre Kultur- und bildungsfeindlichen Bestrebungen ein für allemal verloren. Sorgen Sie für Bildung und Freiheit, für Recht und Lust für das Volk, für Volksschulung und Volksgesundheit und damit auch für Volkswohlfahrt. Das sind die Aufgaben für ein wirkliches Kultusministerium. Dann muß es aber befreit sein von allen jenen

Schläden vorantastlicher Zeit, die den Weg zum Fortschritt hemmen (mit erhobener Stimme): trotz aller Chancen, die Sie gegen uns haben, werden doch an Ihre Stelle einmal andere Männer treten! (Ironische Juriste: Lauter!) Wiederholen Sie doch nicht immer die selben Worte! Ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß Sie geistig viel zu schwerfällig sind, als daß lauterer Reden etwas nützen könnte. — An Ihre Stelle werden andere Männer treten, die Preußen weiter bringen, vorwärts auf der Bahn zur wirklichen Kultur! (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde findet im Vindenkraße Nr. 69, born hier Zehpen - 1 - Adressen 1 - , wochentags von 12 bis 7 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Guthabe und eine Zahl als Versicherung beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.
N. 12. 1. Wenn Sie den Beweis dafür erbringen können: ja, 2. Gegenüber den Kindern sind Sie für alle Fälle unterhaltspflichtig. Gegenüber der Frau nur dann, wenn Sie einen Scheidungsgrund nicht haben. 3. Die Dauer des Scheidungsprozesses ist von dem lebend der Parteien vorgelegten Prozessmaterial abhängig. Das Scheidungsrecht der Kinder steht Ihnen trotz Gelezes zu; das Vormundschaftsgericht kann aber eine anderweitige Anordnung treffen. — G. 9. 23. Sie halten Sie zur Erhaltung der Kosten für verpflichtet. — G. 16. Ihre Schreiben ist unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 20. Die vollständigen Beiträge in 4 Jahren. — G. 20. Sie sind an den Betrag gebunden. — G. 10. 1. Wenn die Frau von dem Vorliegen des Abzahlungsvertrages bei der Schenkung Kenntnis gehabt hat, kann der Lieferant Herausgabe verlangen. 2. Rein. — G. 21. Wrangeisstraße. Rein. — G. 22. Sie könnten noch eingeschoben werden. — G. 7. Premauererlegen sind im wesentlichen Unterhaltungsvereine und geben vor, sich mit Politik nicht zu beschäftigen. Bleibt lesen Sie die Broschüre von Casselbach, erhältlich in der Buchhandlung Vorwärts zum Preise von 60 Pf. — R. 7. 1. Die Adresse können wir nicht liefern. 2. Wenn die Frau nicht der Erbschaft entzogen ist, hat sie auch die Pension. 3. Auf Antrag ja, wenn die Anwartschaft sich auf Erbendankstellung und Unterhaltungsrecht bezieht. — G. 8. Der Anspruch ist bei der Vermögensgegenstand anhängig, wenn die den Aufschubigungsanspruch begründende Folge des Unfalls erst jetzt bemerkbar geworden ist. Der Unternehmer haften nur, wenn ihm ein Verschulden nachgewiesen werden kann, für die laufenden und die nicht länger als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche. — T. G. 10. Die Ehe ist zulässig. — R. 11. Der Standpunkt der Krankenkasse entspricht dem Gesetz. — T. 17. Der Allgemeine Deutsche Verlobungs- und Standesamts-Anzeiger, Verlag W. H. Oppermann, Charlottenburg, Kantstr. 99, kommt die nächste Ausgabe in Frage. — R. 11. 1863. Sie sind, falls deutsches Recht in Frage kommt, zur Hälfte der Ihrer Ehefrau zugehörigen Teil des Erbes. — W. 3. So allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. Wir verweisen auf den Artikel "Steuerfragen" in Nr. 70 des "Vorwärts". — W. 57. In Betracht kommt die Städtische Schwesternschule. Anfragen sind an die Krankenhausdeputation im Rathaus zu richten; dort erfahren Sie auch die Bedingungen. — G. 23. 18. Rein. — G. 8. u. 9. 75. Ein Gerber wird Ihnen Auskunft geben können. — R. 7. 50. Berliner Verein für Ferienkolonien, Geschäftsstelle Luisenstr. 56 Sprechstunden 4-6. Es empfiehlt sich, vorher mit dem Sekretär zu sprechen.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 19. April.

Königl. Opernhaus. Siegtied. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der Baumkrieger.
Neues Königl. Opernhaus. Der Schatz.
Deutsches. Die Frau von Messina.
Kammerspiele. Gamin. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Die Lampe.
Römische Oper. Zigeunerliebe.
Deutsches. Das Konzert.
Kleines. Lucius.
Berliner. Tausend.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Deutsches. Die goldene Frau.
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.
Tranon. Thodore u. Cie.
Reißens. Das Nachspiel.
Thalia. Die Dorfkomödie.
Heddel. Frau Barrens Gewerbe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller. D. (Schiller-Theater.)
Schiller. Charlottenburg. Kain.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Al-Heidelberg.
Gastspiel. Mit Dabellat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volksoper. Der Wasserfisch.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Notte. Der Herr von Reichfeld.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metrov. Hallo!! — Die große Kugel.
Folies Caprice. Herr Wasserkröpf.
Casino. Der Herr von Reichfeld.
Gebr. Hermsfeld. Uebergangsbühne.
Neues. Die Waffen nieder.
Volks. Der Herr von Reichfeld.
Wagner. In den Lasterhöhlen von San Francisco. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Waldhalla. Spezialitäten.
Burgtheater. Spezialitäten. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Urania. Fandentrage 4N/49.
Abends 8 Uhr: Der Goldschmelzer.
Sterntheater. Anwaltsstr. 57-63.
Lesing-Theater. 8 Uhr: Das Konzert.
Ibsen-Zyklus. 8 Vorstellungen.
Parterre 50 resp. 40 M., 2. Rang 25 resp. 20 M.; auf Wunsch auch Teilabonnements auf die erste Hälfte von 7, oder die zweite Hälfte von 6 Vorstellungen. Letzte Vorstellung im Aben-Anfange Freitag, den 22. April. Der Verkauf ist eröffnet.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**
Theater des Westens.
Heute und folgende Tage 8 Uhr: Die geschiedene Frau.
Sonnt. 11 Uhr: Ein Walzertraum.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 19. April, abends 8 Uhr: Ein-Gastsp. d. Neuen Schauspielhauses
Al-Heidelberg
mit Karl Delus u. Harry Walden.
Morgen und folgende Tage: **Al-Heidelberg.**
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
(Le Gigo.)
Schwanz in 3 Akten v. R. Jarnacoz.
Morgen und folgende Tage: **Die große Kugel.**
Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Eingeladene Gastspiel des Herrn Rudolf Schildkraut.
Kaufmann von Venedig.
Aufspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Mittwoch: Klapperstich d. Königin.
Donnerstag, Freitag: Das Geiz des Hergens.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballmer-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Ende 11 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Aufspiel in 4 Akten v. Gailan Davis.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Lange.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Direktor Dr. P. Schwahn:
Der Halleysche Komet
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag 3 Uhr: Drei Paar Schuhe

Apollo Theater
Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm.
60 erste Klasse Kritiken!
9 Uhr: **Moran und Wiser,** Einmalen Jongleure mit Hüten.
10 Uhr: **Palmas Juveniles,**
20 englische Badische 20
Jung-England in Berlin.
Eingig Schiller. Ensemble dieser Art.

WINTERGARTEN
Cleo de Merode.
Siegwart Gentes
in seinem Sketch:
"Eine Opernprobe".
Rosina Casselli
mit ihrem Miniatur-Wunderhändchen.
Paul Conchas
der Arnee-Herkules in seiner Szene: "Im Feldlager" und das buntwechsellnde
April-Programm!
Karl Haverland
Anfang Theater. präg. 8 U.
17/79 Kommandantenstrasse 77/79.
Das wunderbare
April-Program.
Siliputaner-Truppe
prolongiert.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Gussy Holl
die reizende Parodistin
Ayoe
die dänische Vortragsdive
Georg Kaiser
und 14 ersteklassige
Varieté-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
!!! Lebend !!!
Prinz Atom
der kleinste Mensch der Welt.
Buddhas Wandertafel.
Weiß
Kann
Schreibt
Alles ohne Extra-Entree!

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5088.
Anfang 8 Uhr.
Eingig allein.
Die letzte Ehre.
Sonntag, den 23. April:
Premiere
der Kostümen
Wenn zwei daselbe tun.
Eine Konterreue-Comödie in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld.
Ein starkes Stück.
Schwanz von H. Hoff.
Bleibt zur Premiere bereit zu haben.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Mayol, Britten,
Schrader usw.)
Anfang:
Mittwoch
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Zirkus Colombo
Morgenstr. 6/7, am Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
14 Attraktions-Nummern.
Fontane u. Gerard,
renommierte Reitanstler.
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, 21. April 1910:
Auf Wunsch zum erstenmal
wiederholt!
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Hermann Sudermann.
Oral Text - Saarberg: Hans Reih.

Wahalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthal-Tor.
— Anfang 8 Uhr. —
Spezialitäten-Programm.
Lammer: Die allergrößte Kanone
Theaterbesucher freien Eintritt.
W. Noacks Theater
Dammstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Die Waffen nieder.
Soziales Drama in 4 Akten.
International. Tournee Theater u. Co.
Lebensnobelpreis.
Montag: Die Blinde von Paris.
Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan, Zubas.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
Bogenstr. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anl. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Bogenstr. 30 gültig.
25 Pf. auf allen Bühnen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Hermann Sudermann.
Oral Text - Saarberg: Hans Reih.

Sanssouci, Kottbuser
Strasse 8.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Tanz-
kränzchen
von
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
Sonnt. Abg. 5. wochent. 8 U.

Cranz's Volks-Theater
Köllner Straße 8.
Heute sowie jeden Dienstag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr. Radbum: Tanz.

Zirkus Busch.
Heute, Dienstag, den 19. April,
abends 7 1/2 Uhr. präk.:
Großer Gala-Abend.
Dompteur Henricksen
10 wilde Tiger 10
(völlig unerreichte konkurrenzlose Dressur).
Die her. Max Grig-Grigory-Truppe.
Geschw. Filits in ihren
Produktionen d. hohen Schule.
Hr. E. Schumann, Nudressur.
Clown Francois, Kanstreiter.
Reiterfamilie Prossor!
9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr:
Marja!
Vorher das große Galaprogramm.

Folies Caprice
Der Luftturner.
Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkröpf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-3 Uhr.
Freitag, den 22. April 1910:
Premiere.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitätenvorst. Um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Ländl. Singpiel v. R. Hofenfeld.
Ren! The 3 Albertos, phänomen.
Krausthaten X Mstr. Ottakar,
Kraupz doulanx X Erich Castell.
Franz Sobanski usw.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonnt. 4 U.: Truchschons Sommerreise.

Volgt-Theater
Gastspiel in Puhlmanns
Theater, Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 19. April 1910:
Der Raub der Sabinerinnen.
Woffe in 4 Akten
von F. und G. Schönlhan.
Raffensührung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Städtebau-Ausstellung
1. Mal bis 15. Juni. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule
Hardenbergstr. 33.
Waldgürtel Sport- u. Spielplatz,
Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt Vororte. Gartenstädte
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin,
2. Mal: Vortrag, 8 Uhr: Landes-
bau Prof. Gosecke: Welche Er-
wartungen dürfen wir an das Er-
gebnis des Wettbewerbs Groß-Berlin
knüpfen? (Lichtbilder).
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Verdiktum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

BAGENBECK kommt!

Fürst-Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Linienstraße,
Nähe Alexanderplatz.

**Grösste
Raubtier-Dressur-
Schauder Erde.**

Fürst-Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Linienstraße,
Nähe Alexanderplatz.

Gesellschaft für elektrische Koch- u. Untergrundbahnen in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.		RM.	Bl.
Noch nicht eingezahlte Einzahlung von 75 % a. d. Aktien Nr. 40 001 bis 50 000			
Bau- und Grundbesitz-Konto der Bahnanlage		7 500 000	—
Bau- und Grundbesitz-Konto der Erweiterungsbahnen		56 237 599	52
Konto Kraftwerk und Betriebsstätten		10 836 331	64
Konto Betriebsmittel		8 591 925	90
Vorrätiges Betriebsmaterial		6 683 392	75
Grundstücke und Gebäude		107 285	14
Büroinventar		4 532 918	38
Rolle		51 927	34
Bettpapiere		1 458 934	69
Guthaben bei der Deutschen Bank		4 103 789	39
Beschiedene Debitoren		8 697 844	96
		103 786 911	10

Passiva.		RM.	Bl.
Kapital		50 000 000	—
Gesetzl. Reservefonds		1 711 020	66
4 Proz. Schuldverschreibungen Ausgabe 1899		7 762 000	—
3 1/2 Proz. Schuldverschreibungen Ausgabe 1903		7 140 000	—
4 Proz. Schuldverschreibungen Ausgabe 1907		10 000 000	—
4 Proz. Schuldverschreibungen Ausgabe 1909		15 000 000	—
Depotbesitz an erworbenen Grundstücken		2 157 650	—
Bahnanlage-Aufwandsfonds		771 700	—
Geneuerungsfonds		2 582 335	02
Fonds für außergewöhnliche Ausgaben im Betriebe		500 000	—
Hilfsleistung für die Lohnsteuer		72 000	—
Zur Jahr 1910 fällig werdende Schuldverschreibungen für das Jahr 1909		506 761	65
Noch nicht vorgelegte ausgelagerte Schuldverschreibungen		4 725	—
Noch nicht erhalt. Dividenden u. Zinsen a. Schuldverschreib.		28 937	50
Beschiedene Kreditoren		8 279 517	27
Reingewinn des Jahres 1909		3 270 254	—
		103 786 911	10

Mit
Pulmonor
gibt's das pföufstbitterbrod!
"Pflanzl. Litter-Mangoverin"
100% H. Schinck & Cie A-G
Hamburg und Mannheim

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik
NAMKORI

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholaries
Spezialbräu.
Aerzlich empfohlen für
Nervöse, Bleichsüchtige,
nährnde Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pfg.
Überall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A-G
BERLIN - PANKOW.
Grösste Malzbierbrauerei Deutschlands.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung**
bequeme
bei kleinster Anzahlung in be-
kannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 53.

Die besten Bouillon-Würfel sind die von **MAGGI**

1 Würfel
für 1/4—3/8 Liter
je nach Geschmack

5 Pfg.

Man achte genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. — Zweigverein Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr,

finden für Berlin und Umgegend in folgenden Lokalen

15 Außerordentl. Mitglieder-Versammlungen

Statt:

1. im Lokal von Paul Obiglio, Schwedter Str. 23/24.
2. in Miems Festfälen, Gasenbelde 14/15.
3. bei Ewald, Schulstr. 29 (Klubhaus).
4. in Anton Bökers Festfälen, Weberstr. 17.
5. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
6. in Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
7. in Schöneberg bei Wilhelm Kuschke, Weininger Str. 8.
8. in Friedrichshagen bei Tinius, Wilhelmstr. 53.
9. in Köpenick bei Stippelohl, Schönfelder Str. 5.
10. in Groß-Lichterfelde bei Wahrendorf, Baekestr. 22.
11. in Teltow bei Bonow, Zehlendorfer Str. 3.
12. in Alt-Glienice bei Joch, Köpenicker Str. 45.
13. in Mariendorf bei Pieper, Bergstr. 35.
14. in Zehlendorf bei Miedts, Karlsru. 12.
15. in Steglitz-Friedenau bei Schönfeld, Friedenau, Rheinstr. 31.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass.

Ein jeder Kollege geht in das Lokal, welches er von seiner Wohnung aus am besten erreichen kann. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen, sofern dies nicht anders beschieden ist. 20/13*

Der Zweigvereinsvorstand.

Zur Beachtung!

Am Mittwoch, den 20. April, gelangt in allen Versammlungen ein besonderes Flugblatt über die außerordentlichen Maßnahmen zur Bewegung zur Ausgabe, dieses ist deshalb gut aufzuheben.

Die neuen Legitimationskarten zur Bewegung sind an die Bezirkskassierer verandt; diejenigen arbeitslosen Mitglieder, welche noch nicht im Besitz der Karte sind, werden ersucht, sich ihre Karte von dem zuständigen Bezirkskassierer abzuholen. — Alle übrigen Mitglieder erhalten ihre Legitimationskarten durch die Hauskassierer im Laufe dieser Woche.

Die Arbeitslosen müssen sich vom 18. April ab einer täglichen Kontrolle in den bisherigen Verkehrslokalen unterziehen in der festgesetzten Zeit von 8-12 und von 1-4 Uhr.

Nur der Kontrollstempel in der Legitimationskarte entbindet von der Zahlung des Extrastreifbeitrages für den Tag. — Der Streifbeitrag beträgt für alle in Arbeit stehenden Mitglieder des Zweigvereinsgebietes Berlin pro Tag 50 Pfennig.

Die Streifbeiträge müssen regelmäßig an die Hauskassierer jede Woche gezahlt werden.

Die Mitglieder werden ersucht, hierüber eine genaue Kontrolle anzustellen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 21. April 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress. 2. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 20. April 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Küchenmöbelbranche

im „Englischen Garten“, Ullanderstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. 2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Branchenleitung.

120/4*

Zur Beachtung! Die gedruckten Jahresberichte liegen in den Zahlstellen aus.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, in Fecher's Festfälen, Koppenstr. 29 (nicht im Gewerkschaftshaus):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stichwahl von zwei Revisoren. 2. Wahl eines Revisors zur Ortsverwaltung. 3. Beratung der Anträge zum Verbandstage. 4. Aufstellung der Kandidatenliste zur Delegiertenwahl. 5. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Mitglieder, die nicht Delegierte sind, können, soweit Raum vorhanden ist, als Gäste an der Versammlung teilnehmen. — Nichtdelegierte, die Anträge und Beschlüsse eingereicht haben, können diese Anträge in der Generalversammlung mündlich begründen. 82/8 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Maurer.

Mittwoch, den 20. April d. J., abends 8 1/2 Uhr

finden in allen Bezirken und Zahlstellen

Mitglieder-Versammlungen

Statt:

- Oranienburger Vorstadt in den Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7.
- Osten I bei Litfin, Remeler Str. 67.
- Osten II im Elysium, Landsberger Allee 41/42.
- Nord-Ost in den Luna-Festfälen, Neue Königstr. 7.
- Südosten bei Bäum, Raumystr. 6.
- Südwesten bei Habel, Bergmannstr. 6/7.
- Süden im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
- Wedding im „Neuen Klubhaus“, Schulstr. 29, großer Saal.
- Moabit bei Kirshkowski, Beusselstr. 9.
- Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.
- Rixdorf bei Wolff, Kirchhoffstr. 41.
- Schöneberg in den Neuen Rathaus-Sälen, Reininger Str. 8.
- Gr. Lichterfelde im Kaiserhof, Arandplatz.
- Steglitz bei Rohmann, Schloßstr. 117.
- Lichtenberg im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5.
- Köpenick bei Joch, Grünauer Straße.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Betonbaubranche. Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter bei Jannasch, Inselstr. 10.

Die noch fehlenden Lokale werden am Mittwoch an dieser Stelle bekannt gemacht.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht und Abstimmung über das Resultat der Vertragsverhandlungen im Lohngebiet Groß-Berlin.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Die Verbandsleitung.

137/11

Achtung!

Portiers und Fahrstuhlführer!

Mittwoch, den 20. April 1910, abends 8 1/2 Uhr,

in den „Spichernsälen“, Spichernstraße 3:

Große Versammlung aller Portiers und Fahrstuhlführer.

Tages-Ordnung:

Die Notwendigkeit der Krankenversicherungspflicht für unsere Berufskollegen.

Diskussion. — Beschiedenes.

Kollegen! Da die Behandlung dieses Themas für unsere Berufskollegen ein so äußerst wichtiges ist, muß ein jeder Kollege es für seine Pflicht betrachten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Branche: Fahrstuhlführer, Portiers).

Deutscher Portier-Verband.

Hühner, junge, beste Legger, 2/3, 2/4, sofort schlachtbare Brutputen, Brut-eier hochedelster Rassen, empfiehlt unter Garantie für Keckheit **Wegner, Berlin SO., Mariannenstraße 34.**

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba, Weinbergsweg 1, dir. a. Hofentwäler Tor. Billigste Bezugsquelle Versuch f. zur dauernden Mitgliedschaft

Ohne Anzahlung
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Bettwäsche, Steppdecken, Uhren, Bilder, Spiegel auf Teilzahlung. Beisch oder Karte erbeten. **Katzer, Hufelandstr. 49.**

Umsonst



Bügeleisen, Bestede, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von

Flammers Seife und Flammers Seifenpulver

Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



Flammer Seife u. Seifenpulver

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Dienstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volksbause: Generalversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Schütte über: Wilhelm Brade. Abrechnung vom 1. Quartal. Aufnahme neuer Mitglieder und Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Friedenau. Heute Dienstag, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wehde, Gohrdammstr. 60/61. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Gemeindeangelegenheiten usw. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Apelt, Berliner Straße 41, Mitgliederversammlung. Mittwoch: Flugblattverbreitung zu der Donnerstag im „Wilhelmspark“, Berliner Str. 9, stattfindenden Protestversammlung gegen den Gewaltstreik im Dorfparlament.

Lichtenberg. Heute Dienstag, den 19., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul John: „Die augenblickliche politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute Dienstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, in Speers Festhallen: öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Konsumgenossenschaftsbewegung. Verschiedenes.

Ostteil Treptow. Heute Dienstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Kadrenbahn: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mariehof. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet unsere Generalversammlung bei Preuß, Kurfürststraße statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Diskussion. Veratung eines Ortsstatuts. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Brix-Buckow. Heute 1/9 Uhr abends findet bei Jitz die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Stralau. Am Mittwoch, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Steinicke, Alt-Stralau 5, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt über: „Die Landarbeiter und der preussische Staat“. 2. Diskussion. 3. Bericht von Konferenzen. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Röpenitz. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins im „Stadttheater“, Friedrichstraße. Referent: Genosse Kagenstein. Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet bei Großlurt, Berlinerstraße 27, die Mitgliederversammlung statt. Die Bezirksleitung.

Korfswalde-Wittenau. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von Jachmetz statt. Vortrag des Genossen Udo.

Tegel. Heute Dienstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Julius Alppenlein, Spandauer Str. 4, die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Kassenbericht, Bericht von den letzten Gemeindevertreterwahlen und von der letzten Kreis-Generalversammlung, Raiffeiler und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Am Mittwoch, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in allen Bezirkslokale die Bezirksklassierung statt.

Berliner Nachrichten.

Sind approbierte „Naturärzte“ Kurpfuscher?

Man schreibt uns: In sämtliche Gerate von Groß-Berlin hat der bekannte Vorkämpfer für Naturheilverfahren, Alkoholmehlgut usw., Dr. med. Witsch in Hofensee, zwei Rundschreiben gerichtet, die auf sachlicher und wissenschaftlicher Grundlage zur Notwehr greifen, um gegen die Bestrebungen gewisser mächtiger Schulmediziner, approbierte Ärzte für Naturheilverfahren als Kurpfuscher zu kennzeichnen, energisch zu protestieren. Die freien, mit der sogenannten orthodoxen Medizin nicht durch die und dünn gehenden Beziehungen haben in Deutschland, wo auf diesem Gesundheitsboden ungefähr drei Millionen Menschen stehen, doch solchen Umfang angenommen, daß man an dieser Erscheinung nicht ohne weiteres vorübergehen und sie mit Spott oder Verleugung abtun kann. Die gewaltigen Erzeugnisse der Schulmedizin während der letzten Jahrzehnte haben wohl nicht verkennt werden. Wenn man aber bedenkt, daß auch bei der Univeritätsmedizin — wie brauchen ja nur an die Psychiatrie zu erinnern — noch ungeheure und verhängnisvolle Irrtümer vorkommen und daß auch hier jahrelang Anerkanntes stets von Neuem und angeblich Besseres abgelöst wird, so ist es nicht zu billigen, daß man alle approbierten Ärzte, die auf dem Boden der Naturheilkunde stehen, in der Öffentlichkeit als Kurpfuscher verächtlich zu machen sucht und nach dem ärztlichen Standgericht schreit. Doch auch mit der Naturheilkunde unter sachverständiger Hand dieses Gutes geleistet wird, kann gar nicht bestritten werden. Warum sollen nicht beide Richtungen friedlich und scheidlich nebeneinander bestehen können? Oder fürchten die orthodoxen Schulmediziner die Konkurrenz? Eine Zeitlang wurde darauf herumgeritten, daß die Naturheilrichtungen ärztefeindlich seien. Das ist ganz falsch. Heute ist aus der Naturheilmovement jede ärztefeindliche Tendenz verschwunden. Ja, die Naturheilvereine stehen mit vielen approbierten Ärzten in enger Verbindung. Nach Dr. Witsch ist das geheime Ziel der medizinischen Orthodoxie, sich ein Heil- und Monopol zu verschaffen und alle Freiheit auch auf geistlichem Gebiet in Deutschland abzuhängen. „Das Maß von Aufklärung, das dem Volke nützt, bestimmen wir“, hat einer dieser modernen medizinischen Dunkelmänner gesagt. Das kommt doch auf wissenschaftlichen Chauvinismus hinaus, auf die Sucht, irgendeine wissenschaftliche Richtung als alleinigmächtig anzuerkennen und gegenüber dem alles besser wissenden medizinischen Fachmann keine andere Ansicht gelten zu lassen. Die Wissenschaft aber ist eine Republik freier, gleichberechtigter Menschen, und Wissenschaft ist nicht allein auf unseren Hochschulen. Sie ist überall da, wo intelligente Erfahrungen machen, richtig deuten und zu einem System verarbeiten. Dr. Witsch, der sich nicht im mindesten als „Naturapostel“ aufstellen will, sondern nur im Sinne von drei Millionen freien Deutschen spricht, schließt sein zweites Rundschreiben mit folgenden interessanten Sätzen:

Wir befinden uns in einer eigenartigen politischen und sozialen Situation. Die alten Werte, die Jahrhunderte gegolten haben, sind in voller Auflösung begriffen. Neue Reime drängen mit Gewalt nach oben, und da der Staat die gärenden Geister nicht mehr zur Genüge beherrscht, so entstehen überall große Kampfbewegungen, die sozusagen einen Staat im Staate bilden. Dadurch wird natürlich sehr begünstigt, daß terroristisch veranlagte Gemüter an die Spitze kommen. So ist es auch in unserem medizinischen Stande. Es sind handfeste Leute, die sich bei uns als Retter der Zukunft gebärden und denen man anmerkt, daß sie gewohnt sind, mit ihren Mitmenschen kräftig umzuspringen. Daß solche Männer ein Horrorszenario beschreiben, das über die besten Standesfragen nicht hinausgeht, ist von vornherein wahrscheinlich. ... Wäre das Schicksal uns bald edlere Helfer ersuchen lassen, die für unseren Stand nicht mit den Waffen der Gewalt und des Hasses, sondern mit den höheren, der Liebe und des Geistes fechten.“

Also ganz wie in der hohen Politik. Der zunächst noch Schwächere soll von dem Mächtigeren erdrückt werden. Hier nicht bloß wirtschaftlich, auch noch moralisch. Der rein wissenschaftliche Streit der Ärzte beider Richtungen soll mal eine Sache für sich bleiben. Doch die Art und Weise, wie der Streit geführt wird, ist geeignet, daß die Öffentlichkeitspartei nimmt für die Naturheilärzte, die man eben sowohl aus wissenschaftlichem Fanatismus als aus kleinem Haderneid aus dem Sattel heben möchte.

Die Kirche als „Kientopp“.

Aus der Feder des Berliner Pastors Conrad ist soeben ein Schriftchen erschienen, das gegen die unästhetischen Vorführungen der Kinetographentheater Sturm läßt und gleichzeitig den erbaulichen Vorschlag macht, in den Kirchen kinematographische Vorstellungen zu veranstalten, natürlich mit Szenen aus dem Gebiete der Religion. Insbesondere soll den Gläubigen die Liebesarbeit der inneren Mission, die Deutschlandfahrt englischer Geistlicher und ein Luther-Festspiel im Wilde vorgeführt werden, aber nicht die hierfür ungeeignete Jesusgestalt. Auch in der Schule will Conrad den Kinetographen eingeführt wissen, wo — natürlich — der Patriotismus angefeuert werden soll durch „rührende“ Szenen aus dem Familienleben der Hohenzollern, durch das Treiben in der Kaserne (die Rekrutenmishandlungen werden hoffentlich nicht vergessen) und das Leben an Bord (mit Armhebung im Winkel von 45 Grad, hinter der Szene Hurrarufen!). In der für alte Beischwestern durchaus empfehlenswerten Schrift wird dann gewiß, daß auf den Films leidet das Abwürgen von Ratten durch Postierers noch nicht zu sehen ist. Hiermit berät der Verfasser eine starke Untermeinung, denn solche allerdings sehr widerlichen Films haben wir selbst schon gesehen. Für Pastor Conrads Weltanschauung und verknöchernte Lebensauffassung spricht es auch, daß er selbst Sportsgenossen und gymnastische Akte aus den Kientoppen verbannen will. Schließlich ließe es sich also nur noch das übrig, was für Staat und Kirche in den reaktionären, vollverdummenden Kram paßt. Nach diesen pastoralen Gedanken-sprüngen, für die wohl selbst die polizeiliche Kinetographen-gensur kein Verständnis hat, ist eben alles unästhetisch, woran andere, durchaus anständige Menschen nicht den mindesten Anstoß nehmen.

Die Kirche soll doch bloß nicht immer hinter jener Tür, wo sie selbst so gern steht, die Unmoral suchen. Es gäbe z. B. sehr interessante und lustige Films, wenn man auf der kinematographischen Leinwand die Kirchenlospflünderung des Mendanten Boh von Sankt Nazareth, die Salomonmeren des nach Mexiko ausgewanderten Schuldenpastors Berleschin von Gethemane, die bekannte Mißwirtschaft in der Berliner Stadtkasse, wo von Kirchenbeamten Hunderttausende unterschlagen worden sind, ferner die famose Aukoldgerei katholischer Geistlicher in Baden und selbstverständlich ein paar hundert Prachtexemplare der gefälligen „Parrer-Kathis“ vereignen möchte.

Eine nette Submissionsliste hat die seitens des königlichen Baumeisters in Oderberg erfolgte Ausschreibung der Bauarbeiten für die Errichtung von vier Schleusen bei Niederfinow gezeigt. Bei Los 1, das 680 000 Kubikmeter Bodenbewegung, Klammarbeiten und Mauerwerk umfaßt, wurde das niedrigste Gebot mit 807 000 Mark von der Firma Jomak u. Walter in Friedenau, das höchste mit 1 820 000 Mark von der Firma Kohl u. Schälmann in Berlin abgegeben. Die Differenz zwischen beiden Forforderungen beträgt also rund eine Million Mark.

Eigenartige Geschäftspraktiken.

Vor zwei Wochen, in Nr. 76 des „Vorwärts“, haben wir auf einen sonderbaren Geschäftsbetrieb, wie ihn das Pflegestellen- und Adoptionsbureau Koslowki, Kaiser-Friedrich-Straße in Wankow, darstellt, aufmerksam gemacht. Dieser Mann spekuliert auf Leute, die kleine Kinder in Pflege nehmen wollen und weist Pflegestellen nach. In erster Linie kommen für ihn natürlich die Gebührenden in Betracht, denn der Nachweis besteht im wesentlichen darin, daß er Briefen aus Zeitungsinseraten übermittelt — eine leichte Art, sein Geld zu verdienen, wenn auch die Kunden dieses Agenten davon schwerlich befriedigt sein werden. Mit welcher Fähigkeit er aber seinen Gebührenden eingutreiben bereit ist, davon weiß eine Frau R. zu erzählen, die er sogar vor das Gericht forderte, weil sie sich energisch weigerte, 6 Mark für eine Leistung dieses Vermittlers zu bezahlen, von der sie nicht das geringste erfahren hat. Sie meldete sich zu Anfang des Monats Februar auf ein Inserat der „Morgenpost“ und erklärte sich zur Annahme eines Pflegekindes bereit. Nach zwei Wochen erhielt die Frau ein Schreiben von Koslowki mit der Einladung, ihn in der Angelegenheit des Pflegekindes zu besuchen. Koslowki besprach der Frau, die der Einladung gefolgt war, ihr ein Pflegekind zu vermitteln. Er erlaubte sich über die Verhältnisse der Familie R., schrieb alles nieder, was die Frau ihm erzählte und verlangte dann wohlgenut sechs Mark „für die Auskunft“. Die Frau weigerte sich entschieden, diese sechs Mark, die sie als Vermittlungsgebühr betrachtete, zu bezahlen, ehe sie wenigstens mit den Angehörigen des in Pflege zu nehmenden Kindes bekannt gemacht worden sei. Dabei wollte aber der Agent nichts hören. Zuerst das Geld, hieß es bei ihm. Nach zwei Wochen kam er sogar in die Wohnung der Frau, um sich das Geld zu holen, und er teilte der Frau mit, daß sie das Kind in Pflege nehmen könne, sobald er seine sechs Mark habe. Der Frau war aber das Gebahren dieses Vermittlers schon so unangenehm geworden, daß sie nichts mehr mit ihm zu tun haben wollte. Er aber ließ nicht nach und bot seine Dienste brieflich noch einmal an. Die Frau verbat sich darauf jede weitere Belästigung, und nun drohte der Agent mit der Klage; er wollte um seinen Preis die sechs Mark fahren lassen. Seine Drohung führte er auch wirklich aus; er ließ einen Zahlungsbefehl ergehen, aber die Frau R. wurde dadurch nicht eingeschüchtert, wie er wohl erwartet hatte, sondern sie erhob Widerspruch, und am 14. April kam die Angelegenheit vor dem Amtsgericht Berlin-Weißhof zur Verhandlung. Wer sich darüber wunderte, woher dieser Mann den Put nahm, mit seiner Forforderung vor Gericht zu erscheinen, der wurde bald darüber aufgeklärt. Der Kläger legte nämlich sofort dem Richter einen Zettel vor, auf welchem die Frau R. durch ihre Unterschrift anerkannt hatte, daß sie Herrn Koslowki einen Auftrag gegeben habe, für dessen Ausführung, die erwähnte „Auskunft“, nämlich Koslowki die Heft verfertigen sechs Mark anzunehmen. Die Frau R. war verblüfft, sie wußte nichts von einem Auftrag oder einer Unterschrift. Sie behauptete, daß sie nur ihren Namen wegen ihrer Adresse bei Koslowki niedergeschrieben habe. Sie war erregt, verteidigte sich sehr ungeschickt und verstand es nicht, dem Richter die Sachlage klar zu schildern. Diesem kam es nur darauf an, festzusetzen, ob die Unterschrift echt sei. Die Frau wollte nicht befehlen, daß es nicht ihre Unterschrift sei, dagegen erklärte sich der Agent sofort bereit, eidlich zu erheben, daß Frau R. den Zettel unterschrieben habe. Der Richter verschob darauf seine Entscheidung auf eine Woche.

Wie immer die richterliche Entscheidung ausfallen mag, soviel steht fest, daß das ganze Geschäftsgebahren dieses Vermittlers die schärfste Verurteilung verdient, und harmlose Leute, die leicht anderen Vertrauen entgegenbringen, sollten sich besonders zur Vorsicht mahnen lassen und niemals bei solchen Vermittlungsgeschäften etwas unterzeichnen, was sie nicht genau zu ihrer Kenntnis genommen haben, sonst müssen sie gewärtig sein, daß ihre Vertrauensseligkeit so rücksichtslos ausgenutzt wird wie hier in diesem Falle.

Es wäre wünschenswert, daß die Staatsanwaltschaft die Geschäftsgebahrung des Herrn Koslowki einer näheren Betrachtung unterzöge.

Als ein gemeingefährlicher Gendarmenwachmeister wurde gestern vor dem Kriegsgericht der Reg. Landwehrinspektion der Wachmeister Somerst bezeichnet. Er war wegen Verleumdung und Mißbrauch des Dienstgewalts angeklagt, deren er sich schuldig gemacht hatte, als er eines Abends im Grunewald gegen ein Liebespaar einschritt, das sich geküßt hatte. Sein Verhalten gegen die Dame, die Telephonistin war, hat dem liebedurstigen Wachmeister die Anklage eingetragen. Das Urteil lautete auf zwei Monate drei Tage Gefängnis sowie auf Degradation und Entfernung aus der Gendarmerei.

Besuch des Hospitals in Buch. Nach einem Beschlusse des Kuratoriums für die städtischen Hospitäler und Stenchenanstalten darf der Besuch des Hospitals Buch nur noch mit Genehmigung des Vorsitzenden des Kuratoriums stattfinden. Die Besuchszeit ist auf Mittwoch von 3—5 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Anzahl der Teilnehmer soll 100 nicht überschreiten, auch dürfen Kinder nicht mitgebracht werden. Es werden den Besuchern, solange dies noch möglich ist, unbesetzte Häuser gezeigt.

Zeitungsvorlese. Wiederholt hat die Trinkerheilstätte Waldfrieden in Fürstenwalde in der Öffentlichkeit von sich reden gemacht, zuletzt noch im Vorjahre, wo es zwischen Herrn Dr. Waldschmidt-Charlottenburg, dem spiritus rector der Anstalt, und dem leitenden Arzt in Waldfrieden Dr. Kopff zu einem öffentlichen Skandal kam und das Ausschneiden Kopffs aus der Anstalt zur Folge hatte. Dr. Kopff hatte nicht alle Anordnungen Dr. Waldschmidts befolgt, weil sie seiner Meinung nach nicht im Interesse der Anstalt und der Pflanzlinge lagen. Jetzt macht Herr Dr. Waldschmidt erneut von sich reden. Und wird berichtet, daß kürzlich verschiedenen Patienten, die den „Vorwärts“ und die „Morgenpost“ lasen, eröffnet worden ist, daß diese Zeitungen in Zukunft nicht mehr gelesen werden dürften. Einem Hausdiener, der sich den „Vorwärts“ bestellt habe, sei das Geld wiederzugeben und das Blatt fortgenommen worden.

Diese Maßnahme wirkt auf die in der Heilstätte gelisteten Profilen ein großes Schlaglicht und kennzeichnet die Leitung dieser Anstalt. Die Patienten, die der vorgenannten Anstalt überwießen werden, sollen Heilung von ihrem Leiden finden. Die Ärzte, die hier angestellt sind, sollen durch geeignete Maßnahmen den Heilungsprozeß nach Möglichkeit fördern. Das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Dazu gehört aber nicht, den Patienten das Lesen bestimmter Zeitungen zu verbieten. Das wären ja Zustände, wie sie in Gefängnissen üblich sind. Gefangene sind aber die Patienten nicht, sondern Kranke. Und es muß deshalb gegen die neueste Verfügung der Anstaltsleiter entschieden Einspruch erhoben werden.

„Eine Musteranordnung“ von Arbeiterausstellungen besitzt ungewissheit die Verwaltung der städtischen Kanalisation, so schreibt uns ein Arbeiter der Rieselfelder aus Anlaß der Ablehnung der von den städtischen Arbeitern aufgestellten Forderungen. Bei der städtischen Kanalisation sind ungefähr 2500 Mann beschäftigt. Von diesen 2500 sind — sage und schreibe — 300 berechtigt, ihre Anträge von Ausschussmitgliedern vertreten zu lassen; für die anderen 2200 ist ein Ausschuss noch Ansicht der Direktion nicht erforderlich. Aber um so „wohlwollender“ war sie gegen die 300 Arbeiter, welche sich auf 6 Inspektionen verteilen. Eine jede Inspektion hat einen Ausschuss; auf kaum je ein halbes Dutzend Arbeiter kommt ein Ausschussmitglied resp. Ersahmann. Da nun die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf allen Inspektionen die gleichen sind, so ergibt sich das Schauspiel, das erstens die Anträge sechsmal eingereicht werden, zweitens sechsmal verhandelt werden und drittens mindestens immer sechsmal abgelehnt werden. Die Direktion der städtischen Kanalisation spricht den Ausschüssen auch das Recht ab, über Punkte zu sprechen, die unzulässig zu ihren Hauptaufgaben zu rechnen sind. Ueber Lohnfragen sind sie nicht zuständig, über Verfüzung der Arbeitszeit haben sie nichts zu sagen, auf die Arbeitsordnung haben sie gar keinen Einfluß. In der jetzt geltenden Arbeitsordnung stehen Pflichten, aber keine Rechte. Von Verbleib, Urlaub usw. ist keine Rede, ja, die Direktion geht sogar so weit und verbietet den Ausschüssen, unter sich zusammenzutreffen. Man höre folgende Verfügung:

„Die für die einzelnen Betriebsinspektionen gebildeten Arbeiterausstände sind zusammenzutreten und haben gemeinschaftlich den Betrieb im allgemeinen betreffende Anträge gestellt. Das ist unzulässig. Sollte sich der Fall wiederholen, so wird die Strafe eintreten.“

Wie reimt sich das mit den kürzlich in der bürgerlichen Presse verbreiteten Ausführungen des Stadtrats Ramsau zusammen? Um 150 Proz. sollen die Löhne steigen sein, hat der Kammerer behauptet. Hat er da etwa an die Rieselfelderarbeiter gedacht? Diese haben überhaupt noch keine allgemeine Zulage erhalten, solange die Rieselfelder bestehen. Im Jahre 1905 wurden die Wintergelöhne von 1 Mark auf 1,20 Mark festgelegt. Die Sommergelöhne von 1,50 Mark waren schon vor 20 Jahren so; mit Depurat gerechnet haben die Leute noch nicht einmal 900 Mark Einkommen. Die Rieselfelder haben immer noch einen Anfangslohn von 2,50 Mark. Wer von ihnen 10 Jahre ausgefallen hat, kann zu dem Höchstlohn von 3,25 Mark kommen bei ununterbrochener 15tägiger Arbeitszeit. Vom Sommerurlaub sind die Arbeiter der Rieselfelder ganz ausgeschlossen, angeblich, weil sie ja immer in „frischer Luft“ seien. Offenlich gehen jetzt den Rieselfelderarbeitern endlich die Augen auf und erkennen sie, daß es an der Zeit ist, sich um die Abstellung dieser und vieler anderer Mißstände da draußen auf den Gefilden des magistratischen Gütebüchters zu bemühen.

Das Ephelexem der Berliner Omnibusgesellschaft haben wir kürzlich aus Anlaß einer Verköstlichung des „Straßenbahnner“ charakterisiert. Der Schaffner Welsch hat sich bekanntlich zur Verpfehlung seiner Kollegen hergegeben und durch einen Herrn Wagner Berichte über seine Wahrnehmungen an die Direktion gelangen lassen. Letztere hat jetzt den genannten Schaffner auf die Automobillinie 8 nach dem Depot Usedomstraße versetzt und ihm eine andere Rügennummer, nämlich 1922, gegeben. Die neueste Nummer des „Straßenbahnner“ teilt nun mit, daß ein früherer Inspektor König, jetzt Gaswirt in der Lotzinger Straße 41, die gleiche Rolle gespielt hat. Auch er hat der Direktion wiederholt berichtet, ob und welche Leute an Versammlungen teilgenommen haben, die vom Transportarbeiterverband einberufen waren. König berichtete, daß bestimmte Angestellte Zettel bezw. Zeitungen verteilt hätten, und daß diese Personen n a c h u a d n a c h e n t r a s s e n worden seien.

Der „Straßenbahnner“ stellt fest, daß verschiedene Angestellte, die von König der Direktion als Mitglieder des Verbandes bezeichnet worden seien, gar keine Mitglieder waren.

Eine gewisse Befriedigung ruft die Tatsache hervor, daß Herr Inspektor König schließlich selbst aus dem Betriebe entlassen wurde. Das ist fast immer das Schicksal der Angeber. Auf die Dauer verbergen sich solche Charaktere selbst bei ihren Vorgesetzten keine Achtung. Sämtlich genug muß es aber um einen Betrieb bestellt sein, der nur durch ein raffiniertes ausgeklügeltes Angebersystem aufrechterhalten werden kann. Die Direktion trägt die Verantwortung dafür, daß immer mehr Personen zu moralisch verächtlichen Individuen herabsinken.

Revalerattentat auf einen Passagierdampfer. Durch einen nichtwürdigen Vubentreich sind am Sonntag die Passagiere eines Berliner Ausflugsdampfers in Lebensgefahr gebracht und eine Person verletzt worden. Als gegen 11 1/2 Uhr abends der Dampfer „Leopold Wilhelm“ der Reederei Koblitz von Rivienuß abgefahren war und etwa einen Kilometer zurückgelegt hatte, wurden plötzlich vom Ufer aus zwei Revolvergeschosse auf das Fahrzeug abgegeben. Während die eine Kugel an der Bordwand des Dampfers

abstrakte, Franz das andere Geschloß dem 25jährigen Fräulein Elise...

Ein Verdungslid ereignete sich am Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr in der Nähe der Villa Weihenburg bei Sadowa...

Strassenunfälle vom Sonntag. Nachmittags gegen 1/2 3 Uhr verfuhr die vierjährige Martha Busch, Schloßstr. 118 in Steglitz...

Von einem Geschäftswagen überfahren und getötet wurde am Montagmorgen gegen 6 Uhr an der Ecke Wall- und Kollstraße...

Kindesmord? Im Müllkasten des Hauses Rosenhaller Straße Nr. 56 fanden zwei Naturforscher gestern morgen eine große...

Festgestellt ist endlich die Person des Mannes, der vor acht Tagen im Treptower Park vergiftet aufgefunden wurde...

Aus der See gelandet wurde am 16. April umweit der „Eierhauer“ die Leiche einer unbekannt Frau...

Kadrennen zu Steglitz, 17. April. Ein sehr reichhaltiges Programm kam am Sonntag bei bestem Wetter und gutem Verlauf zur...

Das Landem Hauptfahren über 3000 Meter (300, 120, 80 Meter) gewonnenen Ritt-Stade vor Meyer-Schürmann und...

Strassenspernung. Das Tempelhofer Ufer von der Schöneberger Straße bis zur Lindenwalder Straße wird behufs Um...

Vorort-Nachrichten.

Steglich-Friedenau. Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 24. April, nachmittags 2 Uhr, im Reinschloß, Friedenau, Rheinstraße 80, eine künstlerische Frühlingsfeier...

Charlottenburg. Todesfall von der Leiter. Ein einschlägiger Unglücksfall hat sich am gestrigen Montagvormittag in der Umlandstraße ereignet...

Schöneberg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend 1/2 11 Uhr in der Velziger Straße. Dort wurde die siebenjährige Tochter Käthe des Stereotypens Braunschweig vor dem elterlichen Wohnhause...

Unter einen Stadtbahnzug geworfen. Zwischen den Stationen Schöneberg und Ebersstraße warf sich gestern ein Lebendmörder vor die Lokomotive eines herabkommenden S-Bahnzuges...

Ein Kind verbrannt. In der Vorbergstraße 18 hat sich vorgestern nachmittags wieder ein schweres Brandunglück zugetragen, bei dem der 2 1/2-jährige Sohn Rudolf des Portiers Ahrend den Tod fand...

Ober-Schöneweide. Bei der am 16. April erstmalig stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahl für Ober- und Nieder-Schöneweide war das Ergebnis wie folgt: Liste I (Hirsch-Dunder) 55 Stimmen, 1 Beisitzer; Liste II (Deutschnational) 83 Stimmen, 2 Beisitzer; Liste III (gelbe Werkliste) 90 Stimmen, 2 Beisitzer; Liste IV (Leipzig Verband) 67 Stimmen, 2 Beisitzer; Liste V (Zentralverband) 33 Stimmen, 1 Beisitzer.

Grünau. Mit dem Ausfall der Gemeindevertreterswahl beschäftigte sich die Generalversammlung des Wahlvereins. Der Referent Gen. Richter suchte die Gründe dafür, daß uns der Sieg nicht zugefallen ist, in dem sonderbaren Verhalten des hiesigen Bürgervereins...

Weihensee. Bei der gestrigen Nachwahl zur Gemeindevertretung im alten Ortsteil siegte trotz der größten Anstrengung der bürgerlichen Partei unser Kandidat Genosse Bloch mit 164 gegen 147 Stimmen der Gegner...

Potsdam. Aus der Stadterordnetenversammlung. Der Stadterordnete Bernhard hatte in einer November Sitzung anlässlich einer Rede des Oberbürgermeisters über die Bürgerverversammlung bei Heinrich den Zwischenruf „freie Sekte“ gemacht...

Wasserstands-Nachrichten. Der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Die Krankenkassenangeestellten und die Reichsversicherungsordnung. Eine stark besuchte Versammlung, von Krankenkassenangeestellten aus Berlin und der Provinz Brandenburg, die am Sonntag im Rittersaal in der Kaiser Wilhelmstraße tagte...

Die Versammlung endete mit der debattelosen einstimmigen Annahme nachstehender Resolution: Die am 17. April versammelten Kassenangeestellten von Berlin und der Provinz Brandenburg lehnen die im Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Regelung ihrer Anstellungsverhältnisse entschieden ab...

Wieder einer! Aus Narni wird dem „Messaggero“ berichtet, daß der dortige Kaplan Mario Valentini in der Sakristei der Kirche von S. Francesco überreicht wurde, während er sich an einem achtjährigen Knaben geistlichlich betrug...

Ein gräßliches Schwindlerpaar. In Tours wurden der Graf und die Gräfin Sulzb de Clatigny verhaftet, weil sie der Amerikanerin Frau Loime für den Preis von ungefähr einer Million Frank wertlose gefälschte Bilder als Correggio, Tizian und Murillo verkauft hatten.

Eingegangene Druckschriften. Die soeben erschienene Nummern des „Postillon“ enthält an Bildern und Illustrationen: Der Sozi glücklich Schiff, Die Himmelstute, Ein der Nacht an England, Eine alte Kugel in neuem Gewande...

Witterungsüberblick vom 18. April 1910, morgens 8 Uhr. Stationen: Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Seidz, Aachen, Paris.

Table with 4 columns: Stationen, Witterungsüberblick (Wolkendeckung, Windrichtung, Windstärke, Temperatur) for various locations including Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Seidz, Aachen, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 19. April 1910. Rechts ziemlich kühl, am Tage wieder wärmer, vorwiegend heiter, bei lebhaften südlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Table with 4 columns: Wasserstand (am 17. 4., seit 16. 4. in mm) and Wasserstand (am 17. 4., seit 16. 4. in cm) for locations: Remel, Teltow, Regal, Unterberg, Weichsel, Horn, Oder, Kottbus, Frankfurt, Berlin, Schramm, Landsberg, Rega, Tordamm, Elbe, Reimnitz, Dresden, Barmby, Magdeburg, Galle, Großh., Gabel, Emden, Spree, Spremberg, Brestow, Beyer, Ribben, Rhein, Burgillanbau, Raib, Köln, Kader, Heilbronn, Rain, Weithem, Wösel, Teier.

7 + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Bruder und Schwager, der Bauarbeiter

Alois Sandmann
nach langem schweren Leiden am Sonntag, den 17. April, sanft entschlafen ist. 17496

Familie Sandmann.
Familie Gebel.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter

Alois Sandmann
nach längerem Leiden an der Pleuritis am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Rixdorf-Britz.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 17. April, verstarb nach langem Leiden unser langjähriges, treues Mitglied, der Kollege

Alois Sandmann.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Arbeiter-Gesangverein Britz.

Am Sonntag, den 17. April, entschlief sanft nach längerem Leiden unser lieber Gesangsbruder

Alois Sandmann
im Alter von 28 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Am 16. d. M. verstarb unser Mitglied

Charlotte Schubert geb. Goldbach
(2. Bezirk).

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband deutscher Textilarbeiter. Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Siderin

Charlotte Schubert
am 16. April starben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins, der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Karl Wendland
am Sonnabend, den 16. d. M., im Alter von 46 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute (Dienstag) nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt. (Gang bis Ringbahn-Poststraße). 133/9

Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Am 17. d. M. ist nach langem, schweren Leiden unser Mitglied und Kollege

Max Scholz.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Jahreshalle Berlin.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachm. 5 Uhr, auf dem Neuen Jakob-Friedhof in Rixdorf statt.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Schönhauser Vorstadt.)

Nachruf.

Am 15. April verstarb unser Mitglied, der Kollege

Ernst Frenzel.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat gestern stattgefunden.

Ferner verstarb am 15. April unser Kollege

Ferdinand Block
(Bezirk Bismarcksdorf).
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat Sonntag, den 17. April, stattgefunden.
Der Zweigvereinsvorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie sämtlichem Personal der Firma Paul Schönlitz, Seidelstraße, und den Genossen des III. Berliner Reichstags-Wahlkreises, Bezirk 253, unseren innigsten Dank. 17396

Lina und Willi Gräber.

Danksagung.

Nur auf diesem Wege ist es uns möglich, für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit, sowie der Konfirmation unserer Tochter Ella so zahlreich erwiesenen Kuchnerkamkeiten unseren allerherzlichsten Dank auszusprechen. 17386

Gränau, den 16. April 1910.

Familie Lindenhayn, Gränau.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters unseren herzlichsten Dank.

Marie Müller nebst Kindern,
Jablonskistraße 11.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders

Richard Petratz
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes sowie dem Personal der Firma Gebr. Weidner unseren herzlichsten Dank. 51942

Hermann Petratz nebst Frau und Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Bräutigams

Hermann Riemei
sagen wir allen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank. 51912

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters dargebracht worden sind, sagen wir allen, insbesondere den Herren Kollegen und Beamten der Firma H. Boritz (Zegel), unseren herzlichsten Dank.

Albertine Warstat
und Kinder.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Husten

5500 nos. begl. Zeugnisse über Kaiser's Brust-Caramellen beweisen den vorzüglichsten Erfolg bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten etc. Arztl. erprobte, Paket 30 Pf. Dafür aus anderen Rück-sichten als angeblich „besser“ Angebotenes weise energisch zurück.

Zu haben in Apotheken und Drogerien. Engros-Lager Richard Thiele, Berlin S. 61, Bärwalderstr. 8. Tel.: IV. 12.

Orts-Krankenkasse Weissensee.
General-Versammlung
der Vertreter
am Donnerstag, den 28. April er.,
abends 8 Uhr, im Restaurant „Grä-laten“, hier, Ledderstraße 122.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1909 durch den Vorstand.
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-kommission und Dechargeerstellung für den Vorstand und den Rechen-danten.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes (1. Arbeitsgeber).
4. Antrag der Beamten auf Gewäh-rung einer Feuerungszulage bezüg-lich Abänderung der Besoldungs-ordnung.
5. Verschleßbes. Beschwerden gegen die Geschäftsführung werden in der General-versammlung nur beantragt, wenn dieselben mindestens drei Tage vor der Versammlung im Kassenlokal schriftlich abgegeben werden.

Am Eintritt sind nur die mit Legi-mation versehenen Vertreter be-rechtigt. 274/9

Weissensee, den 14. April 1910.
Der Vorstand:
R. Fuhrmann, Vorsitzender.

Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter zu Berlin.

Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Brunnhallen, Kom-mendantenstraße 58/59:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Kassenbericht pro I. Quartal 1910. 3. Verschleßbes. Einem regen Besuch — auch Gäste — steht entgegen.

Der Vorstand. 285/5
J. A. Friedrich, Vorsitzender, Bor-nikmannstr. 30, II.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203. Ede Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Schneidererei für elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.

Fertig und nach Mass. — Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung
Wochenrate von **1 Mk.** an

J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40

direkt am Hacke-schen Markt, im Laden u. I. Etage.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

50000
von 2227 Gew. von 5 bis 5000 Mark

30000
u. ein Hauptgewinn Mark.

20000

Originallose a 2.— Mark.
Porto u. Liste 30 Pf. extra,
empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischalls & Co., Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen Lotterio- und Zigarrengeschäften.

Karl!
Haus ist schwer erkrankt, komme sofort!

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-bandagen, Leibbinden, Ge-radehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Kranken-pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.

Berlin N.,
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-lotten, angenehm u. weich am Körper.

Meine Frau war ihr Leben lang über 50 Jahre mit einer höhllichen

Flechte

behaftet. Kein gesund. Flechten hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie Zuder's Patent-Medizinale-Zeife angewendet hat, sieht sie sich wie neugeboren. In 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Zuder's Patent-Medizinale-Zeife ist Tausende wert. G. B. in L. a. Sid. 50 Pf. (15 1/2 g) u. 1.50 M. (35 1/2 g, härteste Form). Dagegen Zuder's Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Zuder's Zeife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. In all. Apoth., Drog. u. Parfüm. erh. Nichts anderes auf-recken lassen. Es gibt dafür kein. Ersatz!



Das Geheimnis

wo ich all die hübschen Sachen her-kommen habe, will ich Dir jetzt verraten, liebes Männchen. Ich ver-wende nämlich seit einiger Zeit zu meiner Wäsche nur noch das echte **Wollschonwäpfer „Goldperle“** wo jedes Paket zu ein schönes und nützliches Geschenk enthält. Man achte beim Einkauf genau auf den Namen „Goldperle“ und Schütz. Kaminfeger. — Allein-Fabrikant: Carl Gantner, Göttingen.

Bei 1 Mark wöchentlich

Teilzahlung

erhalten Sie die elegantesten Herren-Garderoben fertig oder nach Maß direkt vom

Schneidermeister M. Katz

Dresdener Str. 76
(nahe Thalia-Theater)
kein Laden.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Pumpen
aller Art für Abessinler- u. Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.

Paul Gries,
Berlin SO. 16,
Köpenicker Straße 44.

Stempel-Abritt
von 36942

Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
Nehet schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Kautschuk-Typen „Perfekt“ C. zum Zusammensetzen einzelner Wörter (sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Hygien. Gummwaren Katalog gratis u. franko. Viele Beispielen. W. Heide, Mayer, Steinhilf Nord 5, Berlin.

MANOLI

ÜBERALL

Torpedo-Schreibmaschinen,
Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgenommen. Vorführung kostenlos.
Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
Amt IV, 3014.

Drei Tropfen

Kaol

flüssige Metall-Politur
machen das schmutzigste Metall spiegelblank
in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.
Fabr.: Lubczynski & Co., Berlin NO.

Stoff-Reste

ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc. die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir zu bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—.

Tuchfabrik-Lager
Koch & Seeland
Gesellschaft m. b. H.
Robstraße 2. — Sonntags geöffnet. 20318

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet zwölftelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; beagl. Harn- (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- u. Robrenstraße, I. 6724. Perf. Nachspr. bisfr. u. kostenl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegant. Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, I
Eingang Tilsiter-Strasse.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C.,
zwischen Bobnhofer Alexanderplatz und Goltzplatz. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz, Ecke Oranien-
straße 61, I
im Hause der National-Bank.
(früher Prinzenstr. 28)

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. gratis u. fr.
H. Unger, Gummwaren-Fabrik
Berlin NW., Friedrichsstraße 91/9

J. Baer
Ecke
Badstr. 28 Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Eleg. Paletots,
Großes Stofflager
zur Anfertigung n. Maß
Allerbilligste, streng feste Preise.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten!!
Wolle-Reste! Moquette
Plüsch-Reste! Satteltaschen
Zimmer- und Treppen-
Läuferstoffe
Kokos, Haargarn, Velour etc.
Muster bei näherer
Angabe franko.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vollen beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in
jetztlichen Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavallieren nur kurze Zeit gebraucht.
Für jede Figur (auch für den dünnsten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, selbsthaft billig. Außerdem
Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 M. | Gebroch-Anzüge . . . 14 18 22 26 M.
Kostett-Anzüge . . . 10 12 16 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M.
Kost-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. | Gacetts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** Andreaskirche, an der
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 80. 277/20*
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

